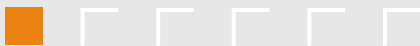




Bundesministerium  
der Finanzen

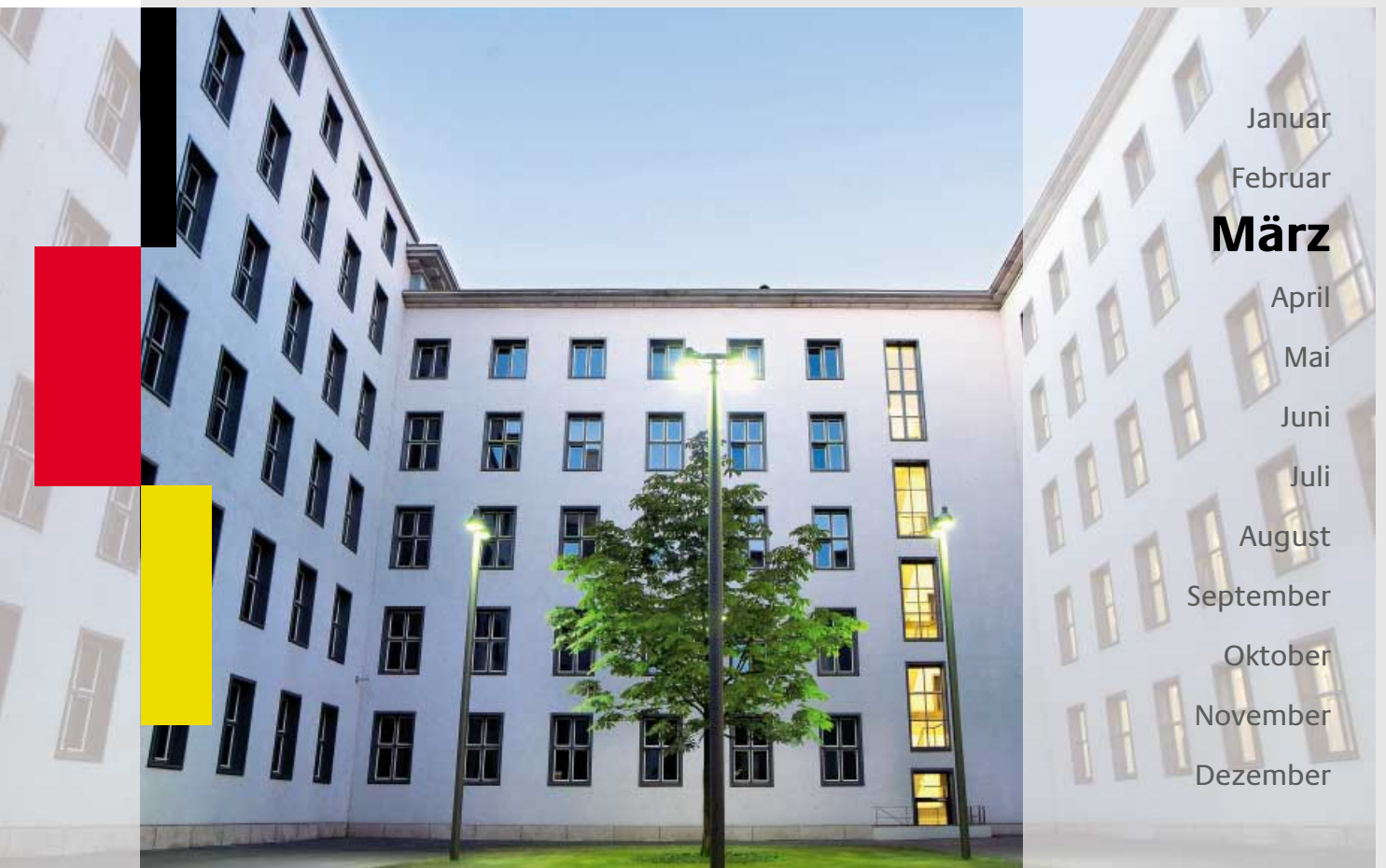
Das Ministerium



# Monatsbericht des BMF 2006

Januar  
Februar  
**März**

April  
Mai  
Juni  
Juli  
August  
September  
Oktober  
November  
Dezember





# Monatsbericht des BMF März 2006



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Dezember 2005 .....	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	30
Termine .....	33
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>35</b>
Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009 .....	37
Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms .....	49
Was darf die deutsche Kreditwirtschaft von der neuen Bundesregierung erwarten? .....	57
EU-Frühjahrgipfel – Position der Bundesregierung zum Lissabon-Fortschrittsbericht .....	61
Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinvestitionen .....	71
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>79</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	82
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	104
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	108

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-  
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.  
Bundesministerium der Finanzen  
Redaktion Monatsbericht  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundeshaushalt 2006 und der Finanzplan 2005 bis 2009 wurden am 22. Februar 2006 zusammen mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom Bundeskabinett verabschiedet. Vor dem Hintergrund einer schwierigen finanzpolitischen Ausgangslage hat sich die Bundesregierung auf einen sehr moderaten Ausgabenkurs und ein Bündel von Konsolidierungsmaßnahmen verständigt. Um die Konjunkturerholung nicht zu gefährden, sollen die Maßnahmen im Bereich des Abbaus von Steuervergünstigungen und der Ausgabenkürzungen jedoch in wesentlichen Teilen erst im nächsten Jahr finanzwirksam werden. Die Konsolidierungsstrategie basiert zudem auf einer Stärkung des Wachstums: Das Wirtschaftswachstum wird durch das Programm zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Höhe von 25 Mrd. € bis zum Jahr 2009 unterstützt.

Auf der Ausgabenseite sind bis zum Jahr 2009 Einsparungen in Höhe von rd. 32 Mrd. € vorgesehen. Weiterhin werden Subventionen entschlossen abgebaut, wobei der Schwerpunkt auf dem Abbau von steuerlichen Vergünstigungen liegt. Die Erhöhung des Umsatzsteuersatzes um drei Prozentpunkte ermöglicht nicht nur eine dauerhafte Stabilisierung der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte, sondern auch eine Absenkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt.

Weitere wichtige Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung liefern die Begrenzung der Beitragssätze zur Sozialversicherung auf unter 40 % sowie die geplante Reform der Unternehmensbesteuerung ab 2008. Nur eine solche Doppelstrategie aus Konsolidierung und Wachstum schafft die notwendige Grundlage, um ab dem Jahr 2007 die zentralen finanzpolitischen Ziele der Bundesregierung zu erreichen –



die Einhaltung der Regelgrenze des Artikels 115 Grundgesetz und die Unterschreitung der Defizitgrenze des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Die Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms zeigt, dass das finanz- und wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung mit den Verpflichtungen des Maastricht-Vertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Einklang steht: Für das Jahr 2007 erwarten wir auf Basis dieses Programms einen Rückgang der Defizitquote auf 2 ½ % des Bruttoinlandsproduktes. In den Folgejahren soll die Defizitquote weiter um ½ Prozentpunkt jährlich zurückgeführt werden.

Ein wichtiges Element des Koalitionsvertrages ist das Kapitel Finanzmarktpolitik. Ein hohes Maß an Solidität, Stabilität und Verlässlichkeit zählt zu den grundlegenden Eigenschaften des deutschen Bankenmarktes. Effiziente Kapital- und Kreditmärkte sind wichtig für das Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung. An die Erfolge der bisherigen Finanzmarktförderung wird die Bundesregierung anknüpfen und sich für die Weiterentwicklung eines nachhaltigen und zukunftsgerichteten Finanzstandorts Deutschland einsetzen.

Im Zentrum des EU-Frühjahrgipfels steht traditionell die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union. Bei ihrem Treffen am 23./24. März 2006 werden die Staats- und Regierungschefs insbesondere über die weitere

Umsetzung der so genannten Lissabon-Strategie beraten. Die im März 2000 in Lissabon von den Staats- und Regierungschefs verabschiedete Strategie bietet die notwendige längerfristige Reformperspektive für die Europäische Union. Ziel sind dauerhaftes Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, ein hohes Maß an sozialem Zusammenhalt und Umweltschutz. Die EU-Kommission hat im Januar 2006 ihren jährlichen Fortschrittsbericht veröffentlicht, der den Stand der Umsetzung bewertet. Die Bundesregierung nimmt in ihrem Positionspapier Stellung zu den Vorschlägen der EU-Kommission und stellt ihre Prioritäten für den kommenden EU-Frühjahrgipfel dar. Ein besonderer Schwerpunkt sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene sind dabei die Fragen von besserer Rechtsetzung und Bürokratieabbau.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte nicht allein einem quantitativen Ziel folgen, sondern auch qualitativ ausgerich-

tet sein. So sind wachstumswirksame Ausgaben zu identifizieren, also jene Ausgaben, von denen eine positive Wirkung auf Entstehung und Erhalt langfristiger Wachstumspotenziale erwartet werden kann. In diesem Zusammenhang hat das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität zu Köln in Zusammenarbeit mit der Planung Transport Verkehr AG in einem Forschungsauftrag die „Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinvestitionen“ untersucht. Eine qualitative Konsolidierung vereint damit das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts mit einer auf Wachstum ausgerichteten Politik.



Dr. Thomas Mirow  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Dezember 2005 .....	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	30
Termine .....	33



# Finanzwirtschaftliche Lage

Der vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegte Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2006 und der Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009 wurden am 22. Februar 2006 vom Bundeskabinett

beschlossen. Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006 richtet sich die Haushaltsführung nach den Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz.

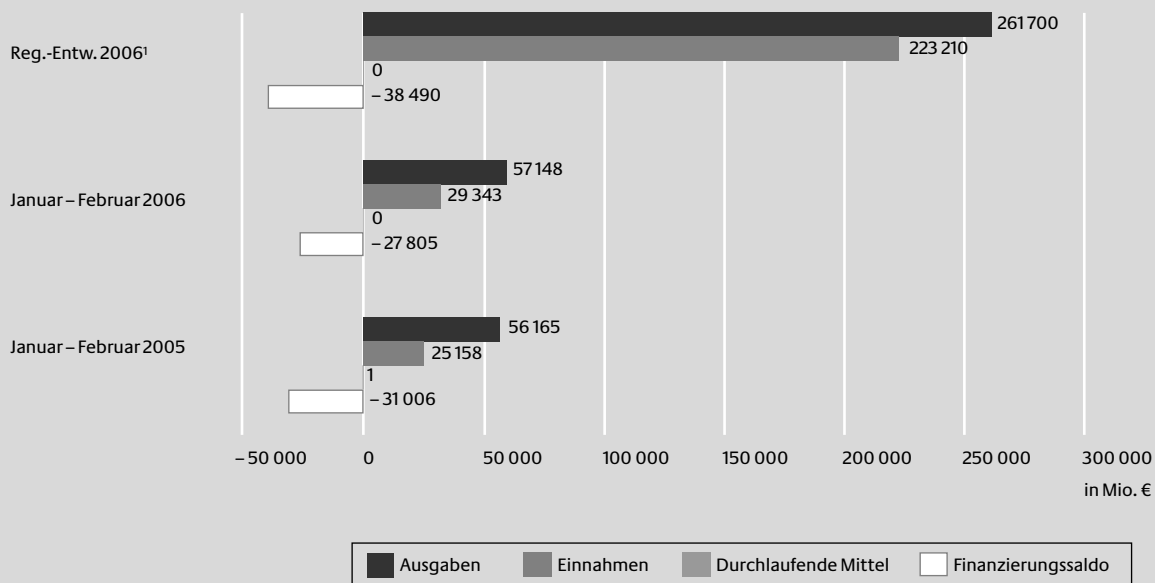
## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis Februar 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,7	57,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	1,8
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	29,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,3	16,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	192,5	25,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,2	7,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 38,5	- 27,8
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 26,4
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 38,3	- 1,5

<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

<sup>2</sup> Buchungsergebnisse.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist zu Jahresbeginn noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von – 27,8 Mrd. € ableiten.

Die Ausgaben bis einschließlich Februar überschritten mit 57,1 Mrd. € die Ausgaben des

Vorjahreszeitraums um knapp 1,0 Mrd. € (1,8 %). Die Einnahmen des Bundes insgesamt lagen mit 29,3 Mrd. € um rund 4,1 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis. Hieran haben die Verwaltungseinnahmen einen erheblichen Anteil. Sie lagen bis einschließlich Februar um knapp 2,4 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis. Bei den Verwaltungseinnahmen wirken sich Einnahmen aus

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	48 006	8 671	15,2	8 316	14,8	4,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 974	1 121	2,0	1 031	1,8	8,7
Verteidigung	27 712	4 888	8,6	4 634	8,3	5,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 672	1 428	2,5	1 486	2,6	– 3,9
Finanzverwaltung	3 390	454	0,8	496	0,9	– 8,5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 445	1 753	3,1	1 623	2,9	8,0
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	121	0,2	106	0,2	14,2
BAföG	1 090	283	0,5	297	0,5	– 4,7
Forschung und Entwicklung	7 237	963	1,7	956	1,7	0,7
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 442	28 169	49,3	27 761	49,4	1,5
Sozialversicherung	74 772	17 720	31,0	17 795	31,7	– 0,4
Arbeitslosenversicherung	0	935	1,6	285	0,5	–
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 295	6 451	11,3	4 888	8,7	32,0
darunter: Arbeitslosengeld II	24 400	4 709	8,2	3 820	6,8	23,3
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 600	634	1,1	413	0,7	53,5
Wohngeld	1 000	101	0,2	163	0,3	– 38,0
Erziehungsgeld	2 830	459	0,8	473	0,8	– 3,0
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 865	525	0,9	640	1,1	– 18,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	914	120	0,2	114	0,2	5,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 650	192	0,3	402	0,7	– 52,2
Wohnungswesen	1 131	162	0,3	371	0,7	– 56,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 193	1 989	3,5	1 593	2,8	24,9
Regionale Förderungsmaßnahmen	868	93	0,2	157	0,3	– 40,8
Kohlenbergbau	1 582	1 582	2,8	1 076	1,9	47,0
Gewährleistungen	1 400	87	0,2	162	0,3	– 46,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 854	995	1,7	838	1,5	18,7
Straßen (ohne GVFG)	5 870	475	0,8	396	0,7	19,9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 438	854	1,5	833	1,5	2,5
Bundeseisenbahnvermögen	5 430	650	1,1	630	1,1	3,2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 453	162	0,3	148	0,3	9,5
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 759	14 407	25,2	14 685	26,1	– 1,9
Zinsausgaben	37 991	14 267	25,0	14 543	25,9	– 1,9
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>261 700</b>	<b>57 148</b>	<b>100,0</b>	<b>56 165</b>	<b>100,0</b>	<b>1,8</b>

<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

Sondereffekten wie der vorzeitigen Schuldentilgung anderer Staaten, die Vereinnahmung des Aussteuerungsbetrags der Bundesagentur für Arbeit sowie Einnahmen aus der streckenbezogenen LKW-Maut aus. Die Steuereinnahmen lagen mit knapp 25,0 Mrd. € um 1,8 Mrd. € (7,8 %) über dem Ergebnis vom Vorjahr. Hauptursäch-

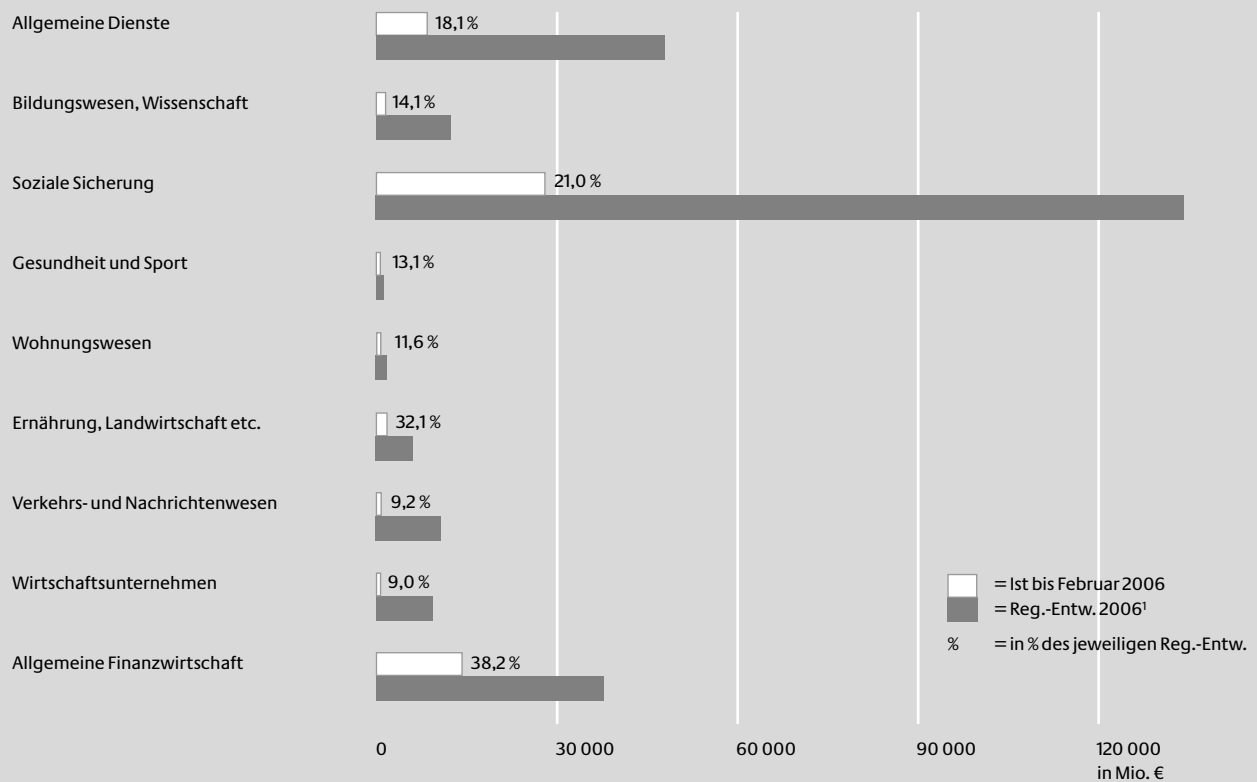
lich hierfür war die Fortsetzung der positiven Entwicklung bei den Gemeinschaftsteuern und hier besonders bei den gewinnabhängigen Steuern. Zudem sind die geringeren Eigenmittelabführungen an die EU, die haushaltstechnisch bei den Steuereinnahmen als Negativbeträge veranschlagt werden, mit ausschlaggebend.

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>239 667</b>	<b>53 544</b>	<b>93,7</b>	<b>53 374</b>	<b>95,0</b>	<b>0,3</b>
Personalausgaben	26 245	4 951	8,7	4 929	8,8	0,4
Aktivbezüge	19 827	3 604	6,3	3 593	6,4	0,3
Versorgung	6 418	1 347	2,4	1 336	2,4	0,8
Laufender Sachaufwand	18 068	2 334	4,1	2 076	3,7	12,4
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 475	176	0,3	132	0,2	33,3
Militärische Beschaffungen	8 426	1 206	2,1	991	1,8	21,7
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 167	953	1,7	953	1,7	0,0
Zinsausgaben	37 991	14 267	25,0	14 543	25,9	- 1,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 970	31 911	55,8	31 769	56,6	0,4
an Verwaltungen	13 764	2 030	3,6	1 887	3,4	7,6
an andere Bereiche	143 206	29 967	52,4	29 949	53,3	0,1
darunter:						
Unternehmen	16 716	3 116	5,5	2 394	4,3	30,2
Renten, Unterstützungen u.a.	30 386	5 820	10,2	6 658	11,9	- 12,6
Sozialversicherungen	92 089	20 250	35,4	20 120	35,8	0,6
Sonstige Vermögensübertragungen	394	81	0,1	56	0,1	44,6
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>23 216</b>	<b>3 604</b>	<b>6,3</b>	<b>2 791</b>	<b>5,0</b>	<b>29,1</b>
Finanzierungshilfen	16 249	3 088	5,4	2 343	4,2	31,8
Zuweisungen und Zuschüsse	12 748	1 579	2,8	1 499	2,7	5,3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 913	1 284	2,2	607	1,1	111,5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	588	224	0,4	237	0,4	- 5,5
Sachinvestitionen	6 967	517	0,9	448	0,8	15,4
Baumaßnahmen	5 495	371	0,6	304	0,5	22,0
Erwerb von beweglichen Sachen	936	95	0,2	91	0,2	4,4
Grunderwerb	536	51	0,1	54	0,1	- 5,6
<b>Globalansätze</b>	<b>- 1 183</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>261 700</b>	<b>57 148</b>	<b>100,0</b>	<b>56 165</b>	<b>100,0</b>	<b>1,8</b>

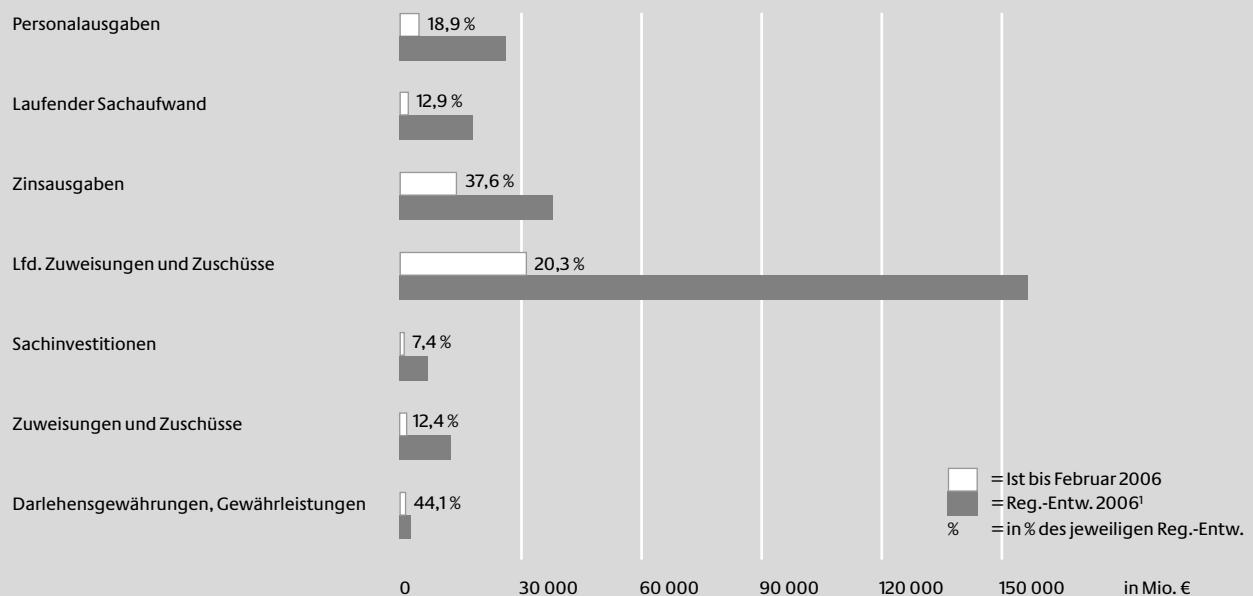
<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Februar 2006



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Februar 2006



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>192 514</b>	<b>24 969</b>	<b>85,1</b>	<b>23 153</b>	<b>92,0</b>	<b>7,8</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	150 514	22 476	76,6	21 602	85,9	4,0
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	73 664	8 684	29,6	8 283	32,9	4,8
davon:						
Lohnsteuer	53 405	6 804	23,2	6 776	26,9	0,4
veranlagte Einkommensteuer	4 032	- 207	- 0,7	- 412	- 1,6	- 49,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 880	682	2,3	831	3,3	- 17,9
Zinsabschlag	3 072	1 171	4,0	1 173	4,7	- 0,2
Körperschaftsteuer	8 275	234	0,8	- 85	- 0,3	-
Steuern vom Umsatz	75 531	13 718	46,8	13 260	52,7	3,5
Gewerbesteuerumlage	1 319	74	0,3	59	0,2	25,4
Mineralölsteuer	39 983	1 184	4,0	1 238	4,9	- 4,4
Tabaksteuer	14 600	1 654	5,6	1 433	5,7	15,4
Solidaritätszuschlag	10 333	1 419	4,8	1 370	5,4	3,6
Versicherungsteuer	8 730	3 270	11,1	3 331	13,2	- 1,8
Stromsteuer	6 600	701	2,4	685	2,7	2,3
Branntweinabgaben	2 189	120	0,4	113	0,4	6,2
Kaffeesteuer	990	140	0,5	195	0,8	- 28,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 515	0	0,0	0	0,0	-
BNE-Eigenmittel der EU	- 16 600	- 3 858	- 13,1	- 4 710	- 18,7	- 18,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 600	- 960	- 3,3	- 955	- 3,8	0,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 159	- 1 193	- 4,1	- 1 176	- 4,7	1,4
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>30 696</b>	<b>4 373</b>	<b>14,9</b>	<b>2 005</b>	<b>8,0</b>	<b>118,1</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 845	35	0,1	30	0,1	16,7
Zinseinnahmen	348	37	0,1	29	0,1	27,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	11 178	1 577	5,4	569	2,3	177,2
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>223 210</b>	<b>29 343</b>	<b>100,0</b>	<b>25 158</b>	<b>100,0</b>	<b>16,6</b>

<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2006

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Februar 2006 um + 4,1 %. Dabei nahmen die gemeinschaftlichen Steuern um + 4,0 %, die Bundessteuern um + 0,4 % und die Ländersteuern um + 15,3 % zu.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) blieben im Februar mit – 15,8 % weit hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Ausschlaggebend dafür ist die im Vergleich zum Vorjahresmonat um + 2,9 Mrd. € höhere Abführung von EU-Eigenmitteln. Im Januar hatte der umgekehrte Effekt für ein deutliches Plus bei den Steuereinnahmen des Bundes gesorgt.

Die im Januar (+ 0,9 %) begonnene Aufwärtsentwicklung bei der Lohnsteuer setzte sich im Februar 2006 mit + 0,8 % weiter fort. Dies ist umso bemerkenswerter, als das Einkommen im Februar 2005 durch die Verlagerung flexibler Lohnbestandteile vom Dezember 2004 in den Januar 2005 infolge der Tarifsenkung zum 1. Januar 2005 verstärkt worden war. Ein Grund für die positive Entwicklung könnte in vermehr-

ten Lohnsteuerzahlungen auf Abfindungen liegen, die spätestens im Dezember 2005 vereinbart und in diesem Fall im Januar 2006 ausgezahlt wurden. Die Empfänger können auf diese Weise noch vom Freibetrag auf Abfindungszahlungen profitieren.

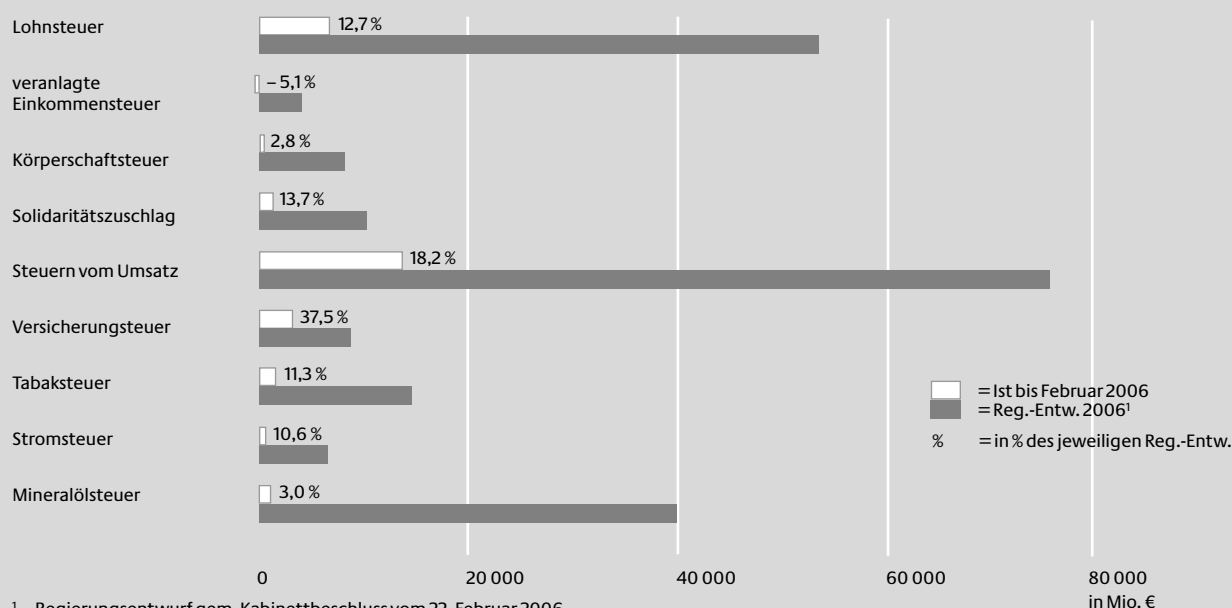
Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich im Vorjahresvergleich deutlich um gut 300 Mio. €, trotz der um rund 100 Mio. € gewachsenen Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer.

Bei der Körperschaftsteuer ergaben sich Mehreinnahmen in Höhe von 320 Mio. € gegenüber dem Februar des Vorjahres. Dies kann, wie auch bei der veranlagten Einkommensteuer, als Indiz für die anhaltend gute Gewinnsituation der Unternehmen gewertet werden.

Die starken Schwankungen bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag setzten sich im Februar mit einem starken Ausschlag nach unten (– 35,9 %) fort. Da die großen Dax-Konzerne allerdings bereits die Zahlung hoher Dividenden in 2006 angekündigt haben, ist im weiteren Verlauf des Jahres mit einer positiven Aufkommensentwicklung zu rechnen.

Der beim Zinsabschlag im Verlauf der vergangenen sechs Monate zu beobachtende

### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Februar 2006





Aufwärtstrend wurde durch einen Rückgang um –3,5 % unterbrochen. Auch hier dürfte sich angesichts der nach oben gerichteten Durchschnittsverzinsung bei fest verzinslichen Wertpapieren wieder an die positive Entwicklung der Vormonate anknüpfen lassen.

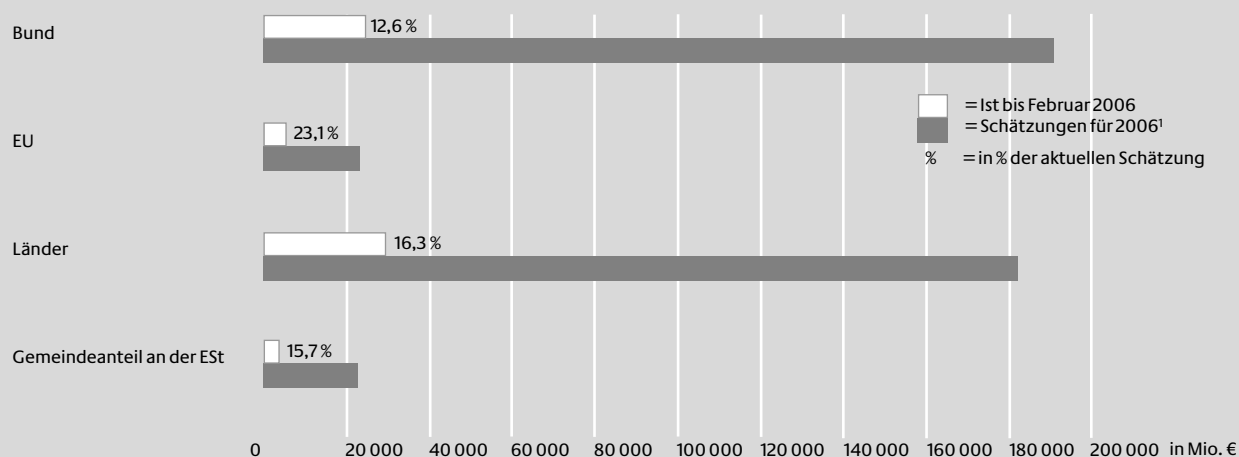
Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stieg im Februar 2006 um + 3,6 %. Bei der Betrachtung von Umsatzsteuer (– 1,4 %) und Einfuhrumsatzsteuer (+ 27,1 %) zeigt sich das gleiche Bild wie in den Vormonaten: Deutlichen Zuwächsen bei der Einfuhrumsatzsteuer stehen schwache Ergebnisse bei der Umsatzsteuer gegenüber.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern legte im Februar nur leicht um + 0,4 % zu. Bei den aufkommensstarken Steuerarten lagen Tabaksteuer (+ 7,5 %), Solidaritätszuschlag (+ 3,2 %) und Stromsteuer (+ 33,7 %) im Plus, während sich bei Mineralölsteuer (– 4,2 %) und Versicherungsteuer (– 2,5 %) Einbußen ergaben. Die positive Entwicklung der Tabaksteuereinnahmen lässt u. a. auf Vorratskäufe durch Konsumenten von Steckzigaretten schließen, da diese ab April 2006

wie Fertizigaretten versteuert werden müssen. Hinzu kommt die aufkommensstabilisierende Wirkung der letzten Steuersatzerhöhung im September 2005. Abzuwarten bleibt allerdings, ob der Anstieg der Verbrauchszahlen bei Fertizigaretten im Januar 2006 bereits den Beginn der Rückkehr zu alten Verbrauchsgewohnheiten nach den Erhöhungsstufen bedeutet. Der Rückgang bei der Mineralölsteuer spiegelt die nach wie vor andauernde Zurückhaltung der Autofahrer bei der Kfz-Nutzung infolge der hohen Kraftstoffpreise wider.

Bei den reinen Ländersteuern war ein kräftiger Zuwachs von + 15,3 % zu verzeichnen. Die Basis dafür war ein deutliches Plus bei der Grunderwerbsteuer (+ 36,6 %). Dieser bereits im Januar zu beobachtende Effekt (+ 41,7 %) liegt in Immobilienkäufen, die zur Sicherung des Anspruchs auf Eigenheimzulage noch zum Jahresende 2005 getätigt wurden, begründet. Die Zugewinne bei der Erbschaftsteuer (+ 33,1 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (+ 4,2 %) trugen ebenfalls einen erheblichen Teil zu dem guten Ergebnis bei.

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Februar 2006



<sup>1</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2005).

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2006	Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2006	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € <sup>4</sup>	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	9 194	0,8	19 338	0,8	120 100	1,0
veranlagte Einkommensteuer	- 374	.	- 486	.	11 255	15,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	440	- 35,9	1 364	- 17,9	9 760	- 1,9
Zinsabschlag	556	- 3,5	2 662	- 0,1	6 982	- 0,1
Körperschaftsteuer	324	.	467	.	16 550	1,3
Steuern vom Umsatz	13 549	3,6	25 901	3,5	142 200	1,8
Gewerbesteuerumlage	117	16,2	188	27,9	3 132	- 12,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	52	29,4	122	.	2 620	- 0,4
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>23 859</b>	<b>4,0</b>	<b>49 556</b>	<b>4,1</b>	<b>312 599</b>	<b>1,5</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Mineralölsteuer	1 399	- 4,2	1 184	- 4,3	39 900	- 0,5
Tabaksteuer	1 181	7,5	1 654	15,4	14 600	2,3
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	87	5,6	119	5,4	2 180	1,8
Versicherungsteuer	2 809	- 2,5	3 270	- 1,8	8 730	- 0,2
Stromsteuer	265	33,7	701	2,3	6 600	2,1
Solidaritätszuschlag	644	3,2	1 419	3,6	10 333	0,2
sonstige Bundessteuern	114	- 10,8	157	- 29,6	1 448	- 1,1
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 499</b>	<b>0,4</b>	<b>8 504</b>	<b>1,3</b>	<b>83 791</b>	<b>0,3</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	314	33,1	668	10,5	4 207	2,7
Grunderwerbsteuer	549	36,6	1 101	39,1	4 680	- 2,3
Kraftfahrzeugsteuer	637	4,2	1 883	40,1	8 700	0,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	138	0,4	295	4,1	1 880	3,7
Biersteuer	49	- 5,9	114	- 2,9	775	- 0,3
sonstige Ländersteuern	131	- 5,2	152	9,4	359	- 16,2
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 817</b>	<b>15,3</b>	<b>4 215</b>	<b>28,5</b>	<b>20 601</b>	<b>0,1</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	329	35,4	612	30,3	3 270	- 3,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	677	.	960	0,5	3 600	10,5
BNE-Eigenmittel	3 305	.	3 858	- 18,1	16 600	10,1
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>4 312</b>	<b>.</b>	<b>5 429</b>	<b>- 11,5</b>	<b>23 470</b>	<b>8,1</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>12 328</b>	<b>- 15,8</b>	<b>23 978</b>	<b>8,4</b>	<b>190 713</b>	<b>0,3</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>14 178</b>	<b>4,7</b>	<b>29 778</b>	<b>6,7</b>	<b>182 585</b>	<b>1,2</b>
<b>EU</b>	<b>4 312</b>	<b>.</b>	<b>5 429</b>	<b>- 11,5</b>	<b>23 470</b>	<b>8,1</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>1 671</b>	<b>4,0</b>	<b>3 685</b>	<b>3,2</b>	<b>23 493</b>	<b>2,0</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>32 505</b>	<b>4,1</b>	<b>62 886</b>	<b>5,3</b>	<b>420 261</b>	<b>1,2</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2005.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Februar leicht gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Januar bei 3,47 % lag, notierte Ende Februar bei 3,50 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 2,55 % Ende Januar auf 2,66 % Ende Februar. Die Europäische Zentralbank hat am 2. März 2006 beschlossen, die Leitzinsen erneut um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 8. März liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte

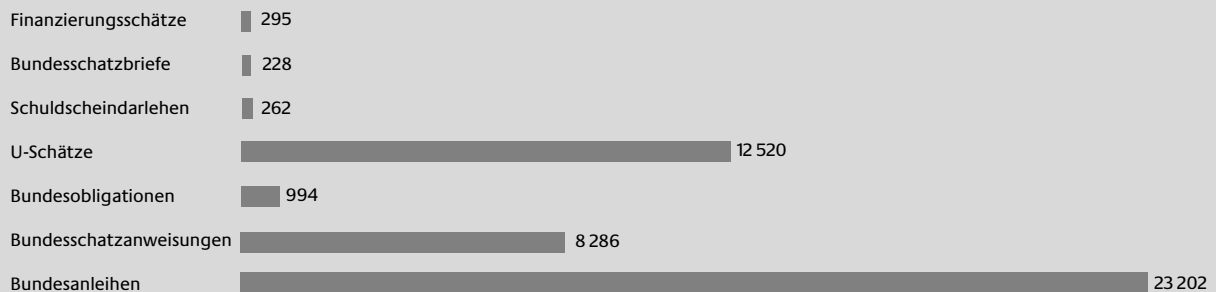
bei 2,50 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,50 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,50 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Februar erneut zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 5674 auf 5796 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3691 auf 3775 Punkte (Monatsendstände).

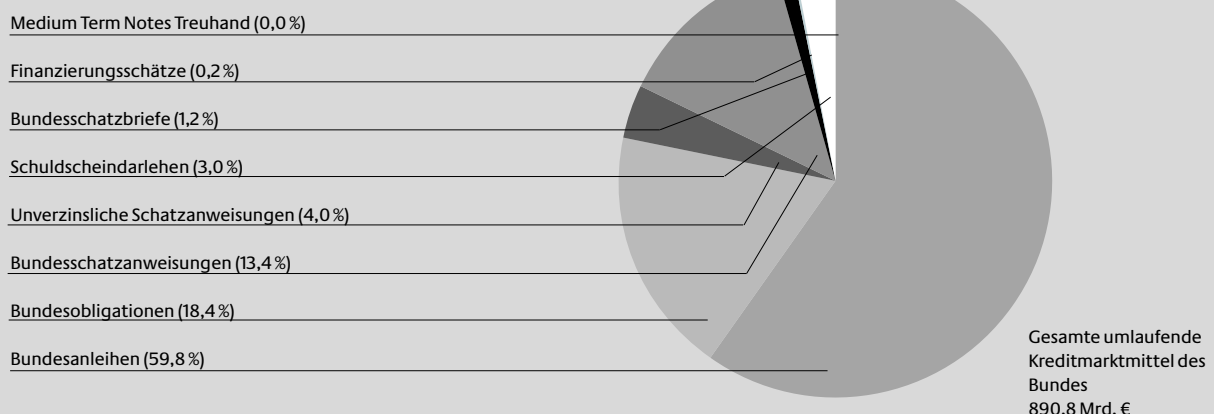
## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet stieg im Januar 2006 auf

### Kreditaufnahme des Bundes bis Februar 2006 in Mio. €



### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 28. Februar 2006



7,6 % (nach 7,3 % im Dezember 2005). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum November 2005 bis Januar 2006 lag mit 7,5 % geringfügig unter dem Wert des Vergleichszeitraums Oktober bis Dezember 2005 (7,6 %; Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum von 9,4 % im Dezember 2005 auf 9,9 % im Januar 2006 an. Das Wachstum der Kreditvergabe im Euroraum, insbesondere der Wohnungsbaukredite in einigen Ländern, ist damit nach wie vor kräftig. In Deutschland erhöhte sich die vorgenannte Kreditwachstumsrate ebenfalls von 2,5 % im Dezember 2005 auf 3,4 % im Januar 2006.

## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Januar und Februar 2006 45,8 Mrd. €. Davon wurden 40,9 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen, im Privatkundengeschäft des Bundes sowie über Schuldscheindarlehen realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 28. Februar 2006 um 0,54 % auf 890,8 Mrd. € reduziert.

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sondervermögen im 1. Quartal 2006 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	13,1	6,3	–	19,4
Bundesobligationen	–	14,3	–	14,3
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,7	0,0	0,0	0,7
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,3	0,3	0,5	1,1
MTN Treuhand	–	–	–	–
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>20,1</b>	<b>26,8</b>	<b>21,5</b>	<b>68,5</b>

### Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Zinszahlungen	13,3	2,6	1,0	16,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

Der Bund beabsichtigt, im 1. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 64 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2006 auf rund 68,5 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2006 auf rund 16,9 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2006

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135291 WKN 113 529	Aufstockung	4. Januar 2006	10 Jahre fällig 4. Januar 2016 Zinslaufbeginn: 25. November 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2007	8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137123 WKN 113 712	Aufstockung	18. Januar 2006	2 Jahre fällig 14. Dezember 2007 Zinslaufbeginn: 14. Dezember 2005 erster Zinstermin: 14. Dezember 2006	8 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135275 WKN 113 527	Aufstockung	25. Januar 2006	30 Jahre fällig 4. Januar 2037 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2006	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135291 WKN 113 529	Aufstockung	15. Februar 2006	10 Jahre fällig 4. Januar 2016 Zinslaufbeginn: 25. November 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2007	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137131 WKN 113 713	Neuemission	8. März 2006	2 Jahre fällig 14. März 2008 Zinslaufbeginn: 10. März 2006 erster Zinstermin: 14. März 2007	ca. 9 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141489 WKN 114 148	Neuemission	22. März 2006	5 Jahre fällig 8. April 2011 Zinslaufbeginn: 24. März 2006 erster Zinstermin: 8. April 2007	ca. 8 Mrd. €
<b>1. Quartal 2006 insgesamt</b>				<b>ca. 46 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114874 WKN 111 487	Neuemission	16. Januar 2006	6 Monate fällig 12. Juli 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114882 WKN 111 488	Neuemission	13. Februar 2006	6 Monate fällig 16. August 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114890 WKN 111 489	Neuemission	13. März 2006	6 Monate fällig 13. September 2006	ca. 6 Mrd. €
<b>1. Quartal 2006 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Nach den vorliegenden Konjunkturdaten deutet sich ein guter Einstieg in das 1. Quartal an. Die wirtschaftliche Erholung ist dabei weiterhin im Wesentlichen von einer hohen ausländischen Dynamik geprägt. Auch die Indikatoren zur Inlandsnachfrage vermitteln Optimismus, geben aber noch kein einheitliches Bild einer nachhaltigen Aufwärtsentwicklung. Die Situation der öffentlichen Einnahmen stellt sich jedoch seit Jahresbeginn etwas günstiger dar. Die Steuereinnahmen sind im Februar insgesamt um 4,1 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hierfür sind aber eher strukturelle als konjunkturelle Faktoren verantwortlich. So könnte der erneute Anstieg der Lohnsteuereinnahmen im Februar (+ 0,8 % gegenüber dem Vorjahr) auf vermehrte Lohnsteuerzahlungen auf Abfindungen zurückzuführen sein, die spätestens im Dezember 2005 vereinbart und im Januar 2006 ausgezahlt wurden, damit die Empfänger auf diese Weise noch vom Freibetrag auf Abfindungszahlungen profitieren können. Auch die gesetzlichen Rentenkassen verbuchten bereits im Januar einen deutlichen Einnahmezuwachs, der allerdings wesentlich darauf zurückzuführen ist, dass die Arbeitgeber ab diesem Jahr die monatlichen Sozialbeiträge für ihre Beschäftigten zwei Wochen früher als bisher überweisen müssen. Dies führt in diesem Jahr zu 13 Zahlungsterminen und damit zu einem Einnahmeplus bei den Sozialversicherungen und den Rentenkassen: Mitte Januar erhielten die Sozialversicherungen die Dezember-Abgaben, Ende Januar dann jene für den laufenden Monat. Darüber hinaus haben viele Unternehmen offenbar die Option, die Zahlung des 13. Monatsbeitrags auf sechs Monate zu strecken, nicht genutzt. Dieser Einnahmezuwachs ist jedoch nicht konjunkturell begründet; erst ein Übergreifen des Aufschwungs auf den Arbeitsmarkt wird die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte grundlegend verbessern. Auch die deutliche Zunahme des Aufkommens der

Steuern vom Umsatz im Februar um 3,6 % ist differenziert zu betrachten. So resultierte dieser Anstieg wie auch schon in den Vormonaten allein aus dem außerordentlich kräftigen Zuwachs der Einfuhrumsatzsteuer (+ 27,1 %). Demgegenüber zeigt sich die noch labile Verfassung der Binnenkonjunktur am Umsatzsteueraufkommen, das im Februar zurückging (- 1,4 %).

Vom Außenhandel kamen zu Beginn dieses Jahres wieder deutliche Impulse. Im Zweimonatsvergleich (Dezember/Januar gegenüber Oktober/November) wurde der Wert der Warenausfuhr um saisonbereinigt 1,7 % ausgeweitet. Damit lag er um 12,4 % höher als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Dabei stellte sich die Entwicklung der Ausfuhr in die EU-Länder weiterhin wesentlich dynamischer (+ 14,2 %) als in Drittländer (+ 11,7 %) dar. Den kräftigeren Exporten standen noch stärkere Importzuwächse gegenüber: Im Zweimonatsvergleich nahm die Wareneinfuhr in nominaler Rechnung im Verlauf um 5,1 % zu, das Ergebnis der Vorjahresperiode wurde um 18,0 % überschritten. Der merkliche Anstieg dürfte zum einen auf weitere Importpreisteigerungen für Energie und Rohstoffe zurückzuführen sein. Zum anderen könnte er aber auch eine zunehmende Inlandsnachfrage signalisieren, die sich bereits in einem merklichen Zuwachs der Inlandsbestellungen der Investitionsgüterhersteller, insbesondere im Maschinenbau, zeigte. Das kräftige Plus bei den Auslandsaufträgen dürfte sich in den nächsten Monaten in spürbaren Exportzuwächsen niederschlagen. Darauf deuten auch die sehr optimistischen Exporterwartungen der Industrieunternehmen im ifo-Konjunkturtest hin.

Neben den außenwirtschaftlichen Impulsen signalisiert auch die Fortsetzung des aufwärts gerichteten Entwicklungstrends von industrieller Produktion und Nachfrage einen guten Einstieg ins 1. Quartal. So erhöhte sich die Industrieproduktion im Zweimonatsvergleich

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			2.Q.05	3.Q.05	4.Q.05	2.Q.05	3.Q.05	4.Q.05
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 138	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,0
jeweilige Preise	2 246	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 684	+ 1,5	+ 1,8	- 0,9	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,7
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,5	- 0,1	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	555	+ 6,0	+ 5,7	- 1,9	+ 0,9	+ 7,4	+ 4,9	+ 8,3
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 468	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,8
Bruttolöhne und -gehälter	909	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,6
Sparen der privaten Haushalte	159	+ 3,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 3,7	+ 3,9	+ 1,5
<b>Außenhandel</b>	2005		Veränderung in % gegenüber					
<b>Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge/</b>	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Dez 05	Jan 06	2- Monats- durch- schnitt	Dez 05	Jan 06	2- Monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	786	+ 7,5	+ 0,9	+ 3,3	+ 1,7	+ 11,5	+ 13,3	+ 12,4
Waren-Importe	626	+ 8,7	+ 5,7	+ 3,0	+ 5,1	+ 17,4	+ 18,7	+ 18,0
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe</b>								
Industrie (Index 2000 = 100) <sup>1,2</sup>	110,1	+ 4,4	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 6,4	+ 3,6	+ 5,0
Inland <sup>1,2</sup>	101,9	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 3,4	+ 0,9	+ 2,1
Ausland <sup>1,2</sup>	123,5	+ 6,8	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,7	+ 10,6	+ 7,3	+ 8,9
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	74	- 5,7	- 1,4	- 8,0	- 5,6	- 2,8	- 3,8	- 3,1
in konstanten Preisen von 2000								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>1,2</sup>	103,7	+ 2,9	+ 0,7	- 0,1	+ 0,5	+ 4,7	+ 3,2	+ 4,0
Inland <sup>1,2</sup>	106,4	+ 3,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 5,7	+ 4,8	+ 5,2
Bauhauptgewerbe <sup>1</sup>	76,1	- 5,3	+ 3,8	- 7,3	- 0,6	- 1,6	- 9,2	- 5,4
<b>Auftragseingang (Index 2000 = 100)</b>								
Industrie <sup>1,2</sup>	108,5	+ 5,1	- 0,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 5,1	+ 10,6	+ 7,8
Inland <sup>1,2</sup>	98,1	+ 1,9	+ 0,4	- 0,6	+ 0,3	- 0,4	+ 5,3	+ 2,4
Ausland <sup>1,2</sup>	121,5	+ 8,6	- 1,0	+ 3,3	+ 1,7	+ 10,9	+ 15,9	+ 13,4
Bauhauptgewerbe <sup>1</sup>	72,5	- 2,6	+ 7,5	- 11,2	+ 2,8	+ 7,6	+ 7,3	+ 7,5
<b>Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)</b>								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	102,1	+ 0,9	- 0,7	+ 0,9	- 0,1	- 0,5	+ 2,0	+ 0,6
Großhandel (ohne Kfz.)	106,3	+ 2,7	+ 0,7	- 2,3	- 0,2	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,2
<b>Arbeitsmarkt</b>	2005		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Dez 05	Jan 06	Feb 06	Dez 05	Jan 06	Feb 06
Erwerbstätige, Inland	38,78	- 0,2	- 14	- 43	-	- 112	- 110	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 10,9	- 111	+ 63	- 5	+ 140	- 75	- 241
<b>Preisindizes</b>	2005		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Dez 05	Jan 06	Feb 06	Dez 05	Jan 06	Feb 06
Importpreise	101,4	+ 4,3	+ 0,3	+ 0,9	-	+ 6,8	+ 6,8	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	+ 5,2	+ 5,6	+ 5,9
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	+ 0,9	- 0,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1
<b>ifo-Geschäftsklima</b>	saisonbereinigte Salden							
<b>Gewerbliche Wirtschaft Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussindustrie)</b>	Jul 05	Aug 05	Sep 05	Okt 05	Nov 05	Dez 05	Jan 06	Feb 06
Klima	+ 0,4	+ 0,0	+ 2,3	+ 7,8	+ 6,5	+ 9,9	+ 15,6	+ 16,9
Geschäftslage	- 1,7	- 5,0	+ 1,5	+ 6,5	+ 5,0	+ 7,6	+ 11,7	+ 14,2
Geschäftserwartungen	+ 2,5	+ 5,2	+ 3,1	+ 9,0	+ 8,0	+ 12,2	+ 19,5	+ 19,7

<sup>1</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.<sup>2</sup> Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

um 0,6 %. Allerdings resultierte die Zunahme ausschließlich aus der vermehrten Herstellung von Vorleistungsgütern (+ 1,5 %), während die Produktion von Investitions- und Konsumgütern leicht zurückging (– 0,1 % und – 0,2 %). Der starke Anstieg der Produktion von Vorleistungsgütern stellt – aufgrund seiner Vorlaufeigenschaft – ein positives Konjunktursignal dar. Da ein überproportionaler Anteil der neu produzierten Vorleistungsgüter auf Lager gehalten worden sein dürfte, könnte dies ein Grund dafür sein, weshalb der Industrieumsatz mit 0,3 % deutlich weniger stark zunahm als die industrielle Erzeugung. Für die Zeit ab Januar 2003 werden nunmehr die ausländischen Umsätze (+ 0,7 % im Zweimonatsvergleich) getrennt nach Euro- und Nicht-Euroraum ausgewiesen. Danach stiegen die Umsätze im Nicht-Euroraum zuletzt (im Zweimonatsvergleich) leicht stärker (+ 0,9 %) als diejenigen im Euroraum (+ 0,6 %). Die industriellen Umsätze im Inland insgesamt stagnierten, da der höhere Umsatz von Vorleistungs- und Investitionsgütern (+ 0,7 % und + 0,4 %) durch den Umsatzrückgang in der Konsumgüterindustrie (– 1,4 %) vollständig kompensiert wurde. Zusammen mit der positiven Ausrichtung der Stimmungsindikatoren im Verarbeitenden Gewerbe (ifo-Geschäftsklimaindex und Einkaufsmanagerindex) deutet das Gesamtbild der Industrieindikatoren, insbesondere die weiter gestiegene Nachfrage nach Industrieerzeugnissen (Zweimonatsvergleich + 1,1 %), auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Belebung in den nächsten Monaten hin. Gleichwohl zeigt sich die Außenwirtschaft unverändert als hauptsächlicher Impulsgeber, auch aufgrund eines überdurchschnittlichen Umfangs an Großaufträgen: Die Auslandsbestellungen legten wiederum stärker zu als die Inlandsorder (+ 1,7 % und + 0,3 %). Hier erfolgt jetzt ebenfalls ein nach Euro- und Nicht-Euroraum getrennter Nachweis der Auslandsnachfrage. Danach zeigt sich, dass der Orderzuwachs im Dezember/Januar ausschließlich aus dem Euroraum (+ 4,8 %) kam und der Nicht-Euroraum die Auslandsnachfrage dämpfte (– 0,9 %). Im Inland verbesserte sich vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern (+ 0,7 %), was ein Wiedereinsetzen der Erholung der Ausrüstungsinvestitionen signalisiert. Bestellungen von Vorleistungsgütern nahmen nur

wenig zu (+ 0,3 %), und Bestellungen von Konsumgütern gingen etwas zurück (– 0,5 %).

Die Bauproduktion wurde im Januar witterungsbedingt deutlich reduziert, im Zweimonatsvergleich fiel der Rückgang allerdings nicht so stark aus (– 0,6 %); gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode war er allerdings mit 5,4 % erheblich. Die stärker als saisonüblich kalte Witterung könnte das Bauhauptgewerbe im gesamten 1. Quartal spürbar negativ beeinflussen, wenngleich sich die Stimmung im Februar gemäß ifo-Konjunkturtest weiter verbesserte.

Während industrielle Produktion und Umsätze von Konsumgütern noch ein Bild mit gedämpfter Dynamik zeichnen, scheint die positive Stimmung in der Wirtschaft zunehmend auch auf die Verbraucher übergreifen. So ist der GfK-Konsumklimaindex in den ersten beiden Monaten dieses Jahres angestiegen, und für März wird eine weitere Aufhellung erwartet. Dabei könnten die Konsumenten die gute wirtschaftliche Lage und die optimistische Stimmung der Unternehmen mit der Hoffnung auf eine spürbare Verbesserung der Arbeitsmarktsituation verknüpft haben. Die Einzelhändler hoffen auf Sondereffekte im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft und den Vorzieheffekten der 2007 anstehenden Umsatzsteueranhebung (kräftiger Anstieg des ifo-Geschäftsklimas im Einzelhandel), die sich bereits in der Zunahme des realen Einzelhandelsumsatzes im Januar gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt + 0,9 %) angedeutet haben könnten. Im Zweimonatsvergleich hat sich der Einzelhandelsumsatz allerdings kaum verändert. Dies macht deutlich, dass das Monatsergebnis zwar einen guten Einstieg in das neue Jahr darstellt, aber noch keine grundlegende Trendwende anzeigt. Eine nachhaltige Belebung des privaten Konsums kann nur in Gang kommen, wenn der sich abzeichnende wirtschaftliche Aufschwung auch zu spürbaren Beschäftigungseffekten und somit zu einer Verbesserung der Einkommenssituation führt. Hier gibt es einen ersten Lichtblick: Die Einkaufsmanager signalisierten zum fünften Mal in Folge, dass die Unternehmen mehr Beschäftigte einstellen als entlassen.

Allerdings ist dies an den Arbeitsmarktzahlen bisher noch nicht eindeutig nachzuvollziehen.

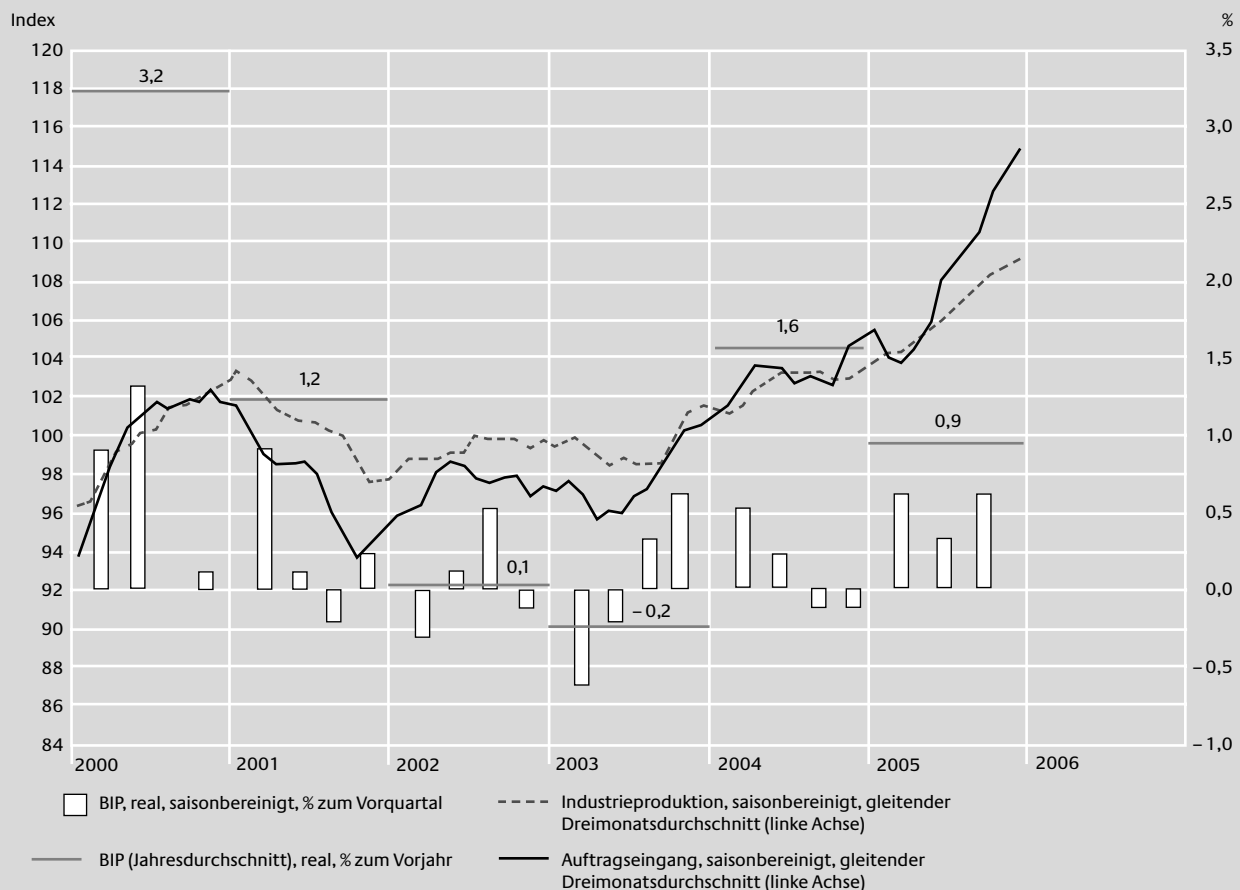


Die Interpretation der Arbeitsmarktzahlen wird weiterhin durch Sonderfaktoren erschwert. So überzeichnet der durch die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe starke Anstieg der arbeitslosen Personen im Februar 2005 den Rückgang im Vorjahresvergleich: Nach Ursprungszahlen waren im Februar 5,05 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 241 000 weniger als vor einem Jahr. Allerdings war die registrierte Arbeitslosigkeit im Februar 2005 allein aufgrund der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe um 140 000 Personen gestiegen. Demgegenüber unterzeichnet die Neuregelung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld zum 1. Februar 2006 den saisonbereinigten Rückgang im Februar um 5 000 Personen im Vergleich zum Vormonat. Dieser Effekt wird von der Bundesagentur für Arbeit auf bis zu 10 000 Personen geschätzt (Zähltag liegt in der Monatsmitte) und zeigt sich insbesondere in einem überdurch-

schnittlich großen Rückgang aus Erwerbstätigkeit von Personen ab 45 Jahren. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort Deutschland (Inlandskonzept) verminderte sich im Januar saisonbereinigt gegenüber Vormonat (– 43 000 Personen) nach einem Rückgang von monatsdurchschnittlich 11 000 Personen im 4. Quartal 2005. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Zahl erwerbstätiger Personen ebenfalls (– 110 000), hauptsächlich aufgrund des Rückgangs der voll sozialversicherungspflichtigen sowie der Abnahme ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigung.

Eindeutig positiv ist jedoch, dass sich die Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr deutlich verlangsamt. Darüber hinaus ist zu beachten, dass ein großer Teil des Rückgangs durch die sinkende Teilnehmerzahl an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und einen mittlerweile

## BIP-Wachstum sowie Produktion und Auftragseingang in der Industrie



geringeren Ersatz durch nicht sozialversicherungspflichtige Zusatzjobs zu erklären ist. Die Zahl ungeförderter Stellenangebote ist saisonbereinigt wieder gestiegen, nachdem sie im Januar deutlich zurückgegangen war. Auch im Vergleich zum Vorjahr gab es einen wesentlich höheren Arbeitskräftebedarf auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Neben der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit wird die Kaufkraft der privaten Haushalte zudem durch den Preisauftrieb bei den Energieträgern belastet. Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich im Februar um 0,4 % im Vergleich zum Vormonat, nachdem er im Januar um 0,5 % gesunken war. Die Jahresteuerrate lag wie bereits im Januar bei 2,1 %. Der Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr wurde vor allem durch überdurchschnittliche Preiserhöhungen der Mineralölerzeugnisse (leichtes Heizöl: + 33,3 %, Kraftstoffe: + 13,3 %) beeinflusst. Spürbare Preisanstiege gab es ebenfalls bei Haushaltsenergie (Strom: + 4,0 %, Gas: + 19,1 %, Umlagen Zentralheizung, Fernwärme: + 22,0 %). Dass der Kaufkraftverlust der privaten Haushalte lediglich aus der Energieverteuerung resultiert, sich im Inland aber kein Preisdruck aufbaut, zeigt sich daran, dass die Jahresteuerrate ohne Heizöl und Kraftstoffe nur bei 1,3 % gelegen hätte. Die Energiepreiserhöhung zeigt sich weit aus deutlicher auf den Ebenen der Import- und der Erzeugerpreise. So erhöhte sich der Importpreisindex im Januar um 0,9 % gegenüber dem Vormonat und um 6,8 % gegenüber dem Vorjahr. Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse hätte die Jahresteuerrate für Importgüter 2,9 % betragen. Darüber hinaus gab es signifikante Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr bei Eisenerzen (+ 68,8 %), Rohkupfer (+ 63,3 %) und Rohkaffee (+ 30,1 %). Der Erzeugerpreisindex erhöhte sich im Februar um 0,7 % gegenüber dem Vormonat und um 5,9 % im Vergleich zum Vorjahr – die kräftigste Teuerungsrate seit Juni 1982. Auch hier resultierte der Preisschub im Wesentlichen aus der Energieverteuerung: Ohne Energie wären die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr lediglich um 1,1 % gestiegen.

## Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Dezember 2005

– vorläufiges Ergebnis –

Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Dezember 2005 vor.

Nach den vorläufigen Abschlussdaten für das Jahr 2005 hat sich die Situation der Länderhaushalte im Vergleich zu den Vorjahren weiter verbessert. Das Gesamtdefizit der Länder 2005 lag hiernach bei 24,1 Mrd. € und fiel damit rund 2,9 Mrd. € niedriger aus als geplant. Im Vergleich zum vorläufigen Ergebnis 2004 konnte das Gesamtdefizit um rund 1,0 Mrd. € verringert werden. Damit wurde der niedrigste Defizitstand seit dem Jahr 2000 erreicht. Die Länder konnten wie schon 2004 auch in diesem Jahr insgesamt wieder eine positive Einnahmeentwicklung verzeichnen. Die Einnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr (Januar bis Dezember) um +1,9% auf rund 235,4 Mrd. € und übertrafen die Haushaltsansätze um 3,2 Mrd. €. Die Gesamtausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich um +1,3% auf insgesamt 259,5 Mrd. €. Die Haushaltsplanungen sahen um rund 0,3 Mrd. € niedrigere Ausgaben vor.

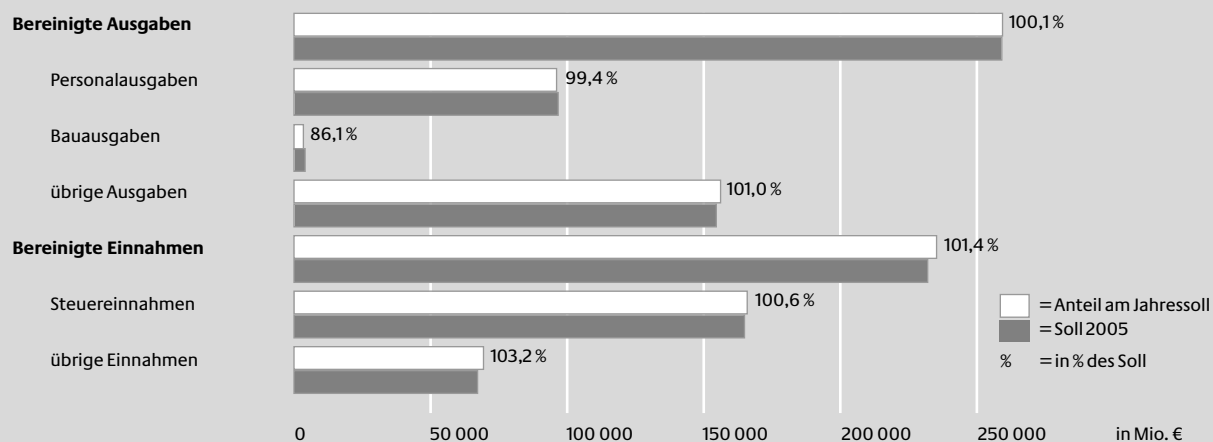
In den westdeutschen Flächenländern fielen die Ausgaben um +1,7% höher aus als im Vorjahr. Die Ansätze in den Haushaltsplanungen wurden um rund 1,0 Mrd. € überschritten. Die Einnahmen stiegen um +1,9% auf rund 161,9 Mrd. € und übertrafen die Haushaltsansätze um rund 2,3 Mrd. €. Während sich die Personalausgaben

um –0,1% verringerten, sanken die Bauausgaben um –7,8% gegenüber dem Vorjahr. Das Defizit war mit 16,3 Mrd. € rund 1,3 Mrd. € niedriger als geplant und erreichte nahezu den Wert des Vorjahres.

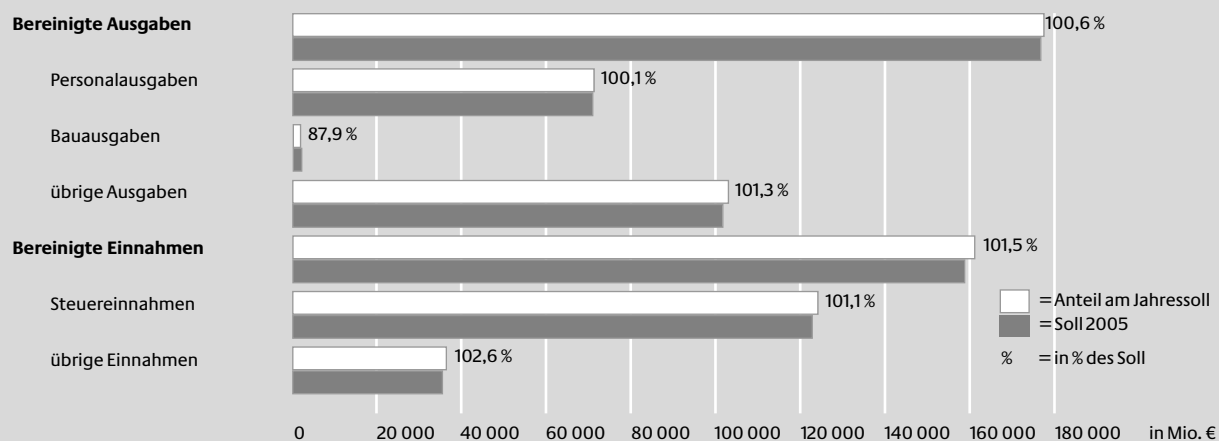
In den ostdeutschen Flächenländern nahmen die bereinigten Ausgaben leicht um –0,7% auf 51,4 Mrd. € ab und unterschritten die Haushaltsplanungen für das Jahr 2005 um rund 1,5 Mrd. €. Die Bauausgaben gingen um –15,5% zurück und die Personalausgaben verringerten sich um –5,6% gegenüber dem Vorjahr. Obwohl die Steuereinnahmen von Januar bis Dezember 2005 in den ostdeutschen Flächenländern um –3,6% niedriger ausfielen, lagen die Gesamteinnahmen mit 48,3 Mrd. € leicht über dem Vorjahresniveau (2004: 47,9 Mrd. €), aber rund 1,1 Mrd. € unter den Planansätzen für 2005. Das Finanzierungsdefizit der Flächenländer Ost sank von 3,8 Mrd. € im Vorjahr auf 3,1 Mrd. € in 2005.

In den Stadtstaaten nahmen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um +2,5% zu. Während die Bauausgaben um +1,3% stiegen, verringerten sich die Personalausgaben um –1,2% im Vergleich zum Vorjahr. Die Einnahmen erhöhten sich hier deutlich um +3,9% und überstiegen damit die in den Länderhaushalten eingestellten Ansätze um rund 2,0 Mrd. €. Das Finanzierungsdefizit fiel mit 4,7 Mrd. € rund 0,3 Mrd. € niedriger aus als im Vorjahr, die Haushaltsplanungen lagen gut 1,0 Mrd. € höher.

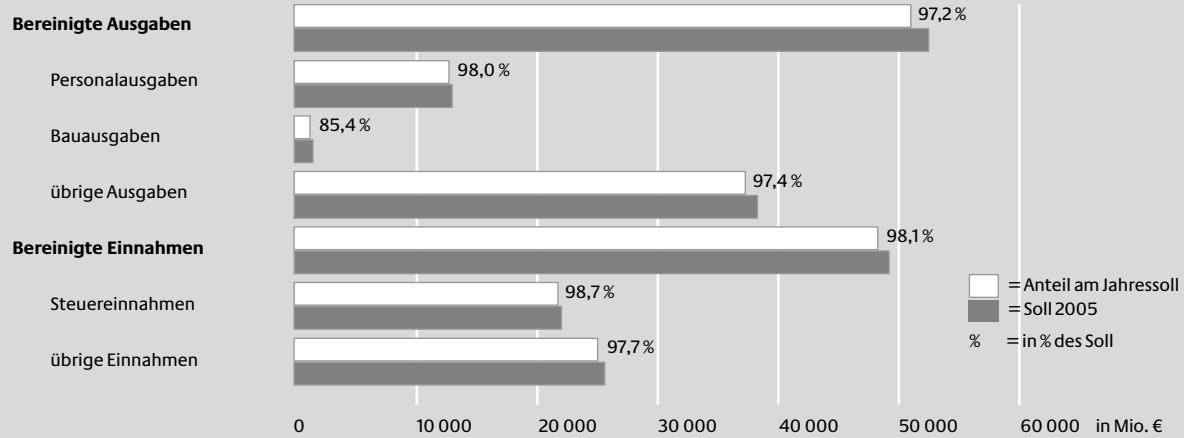
## Länder insgesamt



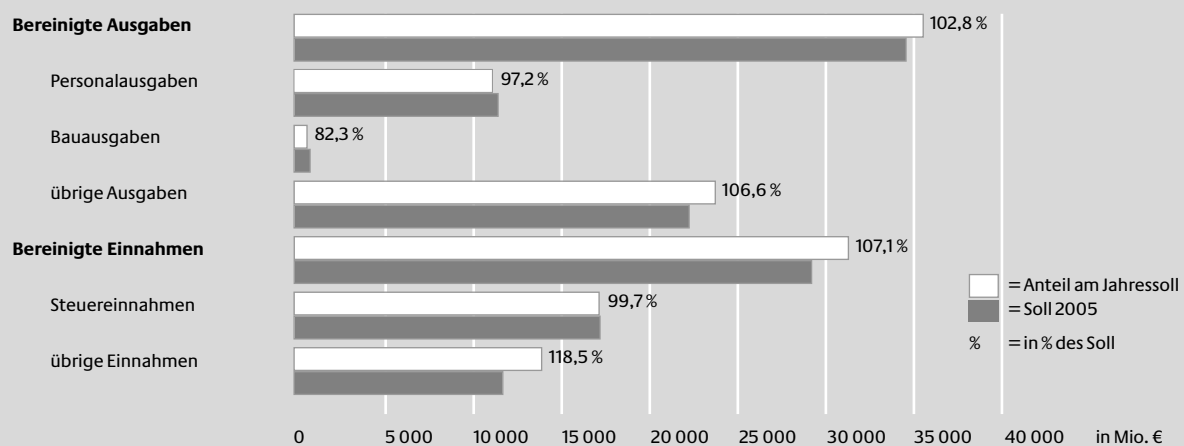
## Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 14. März 2006 in Brüssel

### Vorbereitung des Europäischen Rates am 23./24. März 2006

Der zentrale Beitrag des ECOFIN-Rats für den Frühjahrsgipfel ist das Kernpunktepapier der österreichischen Präsidentschaft mit dem Fokus auf eine nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Europa. Erörtert wurden zudem der Bericht des ECOFIN-Rats zu den Möglichkeiten eines Beitrages der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa sowie der Fortschrittsbericht der EU-Kommission (KOM) zum Bürokratiekostenabbau.



#### – Kernpunktepapier

Als Beitrag des ECOFIN-Rats für den Frühjahrsgipfel nahmen die Minister das von der österreichischen Präsidentschaft vorbereitete Kernpunktepapier („Key Issues Paper“) an. Darin werden die aus Sicht des ECOFIN-Rats prioritären wirtschaftspolitischen Aktionsfelder für 2006 formuliert:

- Nutzung der wirtschaftlichen Erholung zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte,
- Verbesserung der Nachhaltigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen,
- Erhöhung der Beschäftigung in Europa,
- Setzen der richtigen Anreize für Innovation,
- Schaffung eines besseren Unternehmensklimas, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und

- Gewährleistung einer kohärenten EU-Energiepolitik in einem globalen Kontext.

Das Kernpunktepapier wird dem Europäischen Rat übermittelt.

#### – Bericht der Europäischen Investitionsbank

Der ECOFIN-Rat nahm den Bericht zum Beitrag der EIB zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa an. Die Minister begrüßten die von der EIB vorgeschlagenen Initiativen. Anvisiert sind insbesondere eine Risikobeteiligungsfazilität in den Bereichen FuE und Innovation sowie Investitionen in Infrastrukturprojekte wie z.B. Transeuropäische Netze (TEN). Die stärkere Risikobeteiligung der EIB ist darauf gerichtet, Finanzierungsprobleme insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen am Markt zu kompensieren. EIB-Präsident Maystadt stellte nochmals die Grundsätze der neuen Initiative dar:

- keine Ausweitung des Gesamtvolumens der Darlehen, sondern Neuausrichtung der Darlehen in Einklang mit den geltenden Kapitalvorschriften bzw. der für 2010 vorgesehenen Kapitalerhöhung der EIB,
- Zusammenlegung von Haushaltsmitteln der Gemeinschaft und EIB-Mitteln,
- stärkere Rolle der EIB bei der Vorbereitung und Durchführung von Projekten der Mitgliedstaaten im Rahmen der europäischen Kohäsionspolitik.

Der Bericht wird dem Europäischen Rat übermittelt.

#### – Bessere Rechtsetzung

Im Nachgang zu den Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rats vom November 2005 über die Einführung einer „Gemeinsamen Methode zur Mes-

sung administrativer Lasten für Unternehmen durch EU-Gesetzgebung“ erläuterte Kommissar Almunia den Ministern den Fortschrittsbericht der Kommission zur Entwicklung quantitativer Ziele im Rahmen der Bürokratiekostenmessung. Vorgesehen ist, die gemeinsame Messmethode zunächst im Bausektor zur Anwendung zu bringen.

Die Präsidentschaft stellte ergänzend ihr Papier zur Reduzierung der Verwaltungskosten bei EU-Programmen vor. Hiernach soll nicht nur der Verwaltungsaufwand von Unternehmen in den Mitgliedstaaten verringert werden, sondern auch der Verwaltungsaufwand von EU-Programmen und -Maßnahmen selbst. Beispielsweise verursache das Forschungsrahmenprogramm einen Verwaltungsaufwand von ca. 20 % des Programmolumens, die Programme Sokrates und Leonardo ca. 40 %. Kernpunkte des Vorschlags sind die effizientere Abwicklung der Programme, vereinfachte Verwaltung und Finanzverfahren, harmonisierte Kontrollverfahren und eine erhöhte Kostentransparenz. Die Umsetzung sollte rasch erfolgen, da Ende 2006 die Programme für die Periode 2007 bis 2013 bereits verabschiedet würden.

Der ECOFIN-Rat beschloss, die Fortschritte der Initiative „Bessere Rechtsetzung“ in einer der nächsten Tagungen weiter zu erörtern.

## Stabilitäts- und Wachstumspakt

### – Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

Im Rahmen der jährlichen haushaltspolitischen Überwachung nahm der ECOFIN-Rat die von der Kommission empfohlenen Ratsstellungen zu den aktualisierten Stabilitätsprogrammen von Portugal, Irland, Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, Griechenland, Spanien und Italien sowie zu den aktualisierten Konvergenzprogrammen der Nicht-Euroländer Großbritannien, Litauen, Polen, Zypern und Malta an. Gleichzeitig beschloss der Rat die Veröffentlichung seiner Stellungnahmen. Die Programme wurden als insgesamt solide und im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt stehend charakterisiert.

Die Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms war am 22. Februar 2006 nach der

Verabschiedung im Kabinett an KOM und Rat übermittelt worden. Im Programm wird das finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmenpaket der Bundesregierung erläutert, mit dem die gesamtstaatliche Defizitquote bis 2007 auf 2 ½ % des BIP zurückgeführt werden soll. Für die Folgejahre wird eine weitere Reduktion der Defizitquote um jährlich ½ Prozentpunkt angestrebt. In seiner Stellungnahme zum deutschen Stabilitätsprogramm begrüßt der Rat ausdrücklich das deutliche Bekenntnis der Bundesregierung zur Haushaltskonsolidierung. Das den Projektionen im Stabilitätsprogramm zugrunde liegende Makro-Szenario geht von einem realen BIP-Wachstum in Höhe von 1,4 % im Jahr 2006 und von 1 % im Jahr 2007 aus. Das Szenario wird vom Rat als plausibel eingeschätzt. In der Stellungnahme wird betont, dass die geplante Unternehmensteuerreform den aufgezeigten Konsolidierungspfad nicht gefährden darf. Die Ratsstellungnahme kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass die im Programm dargestellte haushaltspolitische Linie im Einklang mit dem Ziel steht, das übermäßige gesamtstaatliche Defizit bis spätestens 2007 zu korrigieren. Damit wird das Konzept der Bundesregierung bestätigt, das eine strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit Impulsen für ein dauerhaft höheres Wachstum miteinander verbindet.

### – Defizitverfahren Deutschland

Der ECOFIN-Rat setzte Deutschland im Defizitverfahren nach Art. 104.9 EG-Vertrag in Verzug. Deutschland wird aufgefordert, das Defizit bis 2007 unter die Grenze von 3 % zurückzuführen. Der Abbau des strukturellen Defizits über die Jahre 2006 und 2007 soll kumulativ wenigstens 1 % betragen. Bis zum 14. Juli 2006 ist von Deutschland ein erster Bericht über die Maßnahmen zur Defizitrückführung vorzulegen.

Minister Steinbrück unterstrich, dass Deutschland die Empfehlung der KOM akzeptiere. Dies stärke Glaubwürdigkeit und Vertrauen in den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die Bundesregierung sei „sehr selbstbewusst und sicher“, dass Deutschland das Defizitkriterium ab 2007 wieder erfüllen werde. Der Haushaltsentwurf 2007 werde zeigen, dass das Defizit im kommenden Jahr bei 2 ½ % liegen werde.

Minister Steinbrück erläuterte die deutsche Finanzpolitik, die eine Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung mit der strukturellen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verbinde. 2006 stehe eine die Konjunktur unterstützende Politik im Mittelpunkt, die Haushaltskonsolidierung stehe 2007 im Vordergrund.

Der Eurogruppenvorsitzende Juncker sprach ein ausdrückliches Lob für den „sehr ausgewogenen Policy-Mix“ entsprechend dem reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt aus. Die Rücksichtnahme auf die konjunkturelle Entwicklung komme nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa zugute. Der Vorsitzende Grasser sowie der niederländische Finanzminister Zalm bezeichneten die deutsche Bereitschaft, den Verfahrensschritt zu akzeptieren, als „beachtlich“ und „beispielhaft“ für die zukünftige Paktanwendung.

#### – Defizitverfahren Italien

Der ECOFIN-Rat billigte den Bericht der Kommission, wonach Italien mit den im Stabilitätsprogramm dokumentierten Maßnahmen geeignete Maßnahmen zur geforderten Defizitrückführung ergriffen hat. Voraussetzung sei jedoch die konsequente Umsetzung der angekündigten Maßnahmen. Italien befindet sich seit Juli 2005 im Defizitverfahren. Der Rat hatte nach Art. 104.7 EG-Vertrag die Empfehlung an Italien gerichtet, das Defizit bis 2007 wieder unter die 3%-Grenze zu führen. Über die ergriffenen Maßnahmen zur Defizitrückführung hatte Italien bis zum 12. Januar 2006 zu berichten.



### EU-Haushalt

Der ECOFIN-Rat nahm mit qualifizierter Mehrheit die Empfehlung an das Europäische Parlament an, die Kommission für den Haushalt 2004 zu entlasten.

Wie auch in den letzten zehn Jahren hatte der Europäische Rechnungshof seine Zuverlässig-

keitserklärung wegen einer zu hohen Fehlerquote nicht erteilt. Der ECOFIN-Rat hatte entsprechend im November 2005 Schlussfolgerungen zu einem Maßnahmenkatalog („Integrierter Interner Kontrollrahmen“) der Kommission angenommen, durch den der Europäische Rechnungshof in die Lage versetzt werden soll, eine positive Zuverlässigkeitserklärung im Haushaltsentlastungsverfahren abzugeben. Die Niederlande, Dänemark und Großbritannien kritisierten die mangelnde Umsetzung der Maßnahmen. Der Vorsitz kündigte erneute Befassung des Rates mit dem Maßnahmenkatalog an.

Die Minister nahmen zudem Schlussfolgerungen zu den Leitlinien des EU-Haushaltes 2007 an. Hierin erklärt der Rat noch vor Beginn der Verhandlungen mit Kommission und Parlament, wo aus seiner Sicht Schwerpunkte im Haushaltsverfahren 2007 liegen. In den Schlussfolgerungen zu den Haushaltsleitlinien 2007 werden die folgenden Punkte hervorgehoben:

- Bekräftigung der Notwendigkeit zur Haushaltsdisziplin,
- Einhaltung ausreichender Spielräume bei der Ausgestaltung des Haushalts im Rahmen der zulässigen Obergrenzen, um in 2007 auf unvorhergesehene Ereignisse (z.B. Tsunami, Irak) reagieren zu können,
- Begrenzung der Zahlungsermächtigungen im Haushalt 2007. Berücksichtigung der Erfahrungswerte aus der Vergangenheit, der Absorptionsfähigkeit sowie der tatsächlichen Bedürfnisse für 2007 bei der Festlegung der Zahlungsermächtigungen.



## Termine

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 7./8. April 2006 – Informeller ECOFIN in Wien
- 8./9. April 2006 – ASEM-Finanzministertreffen in Wien
- 21. bis 23. April 2006 – IWF-Frühjahrstagung/G 7-Finanzministertreffen in Washington
- 4./5. Mai 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 21./22. Mai 2006 – Jahresversammlung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- bis Mitte Februar 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 16. Februar 2006 – Finanzplanungsrat
- 22. Februar 2006 – Kabinettsbeschluss
- 17. März 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 28. bis 31. März 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 7. April 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 5. April bis 31. Mai 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- 9. bis 11. Mai 2006 – Steuerschätzung
- 1. Juni 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 20. bis 23. Juni 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 7. Juli 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Mitte/Ende Juli 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006	April	März 2006	21. April 2006
	Mai	April 2006	22. Mai 2006
	Juni	Mai 2006	21. Juni 2006
	Juli	Juni 2006	20. Juli 2006
	August	Juli 2006	21. August 2006
	September	August 2006	21. September 2006
	Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006

## Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

**Fachblick** – Die Bundeszollverwaltung – Jahresstatistik 2005

**Fachblick** – Gewerblicher Rechtsschutz – Jahresbericht 2005

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen  
– Referat Bürgerangelegenheiten –  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)  
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>



## Analysen und Berichte

Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009 .....	37
Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms .....	49
Was darf die deutsche Kreditwirtschaft von der neuen Bundesregierung erwarten? .....	57
EU-Frühjahrgipfel – Position der Bundesregierung zum Lissabon-Fortschrittsbericht .....	61
Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinvestitionen .....	71



# Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009

1	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption .....	37
1.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2005 bis 2009 .....	37
1.2	Finanzpolitische Ausgangssituation .....	38
1.3	Wachstumsorientierte Haushaltspolitik .....	39
2	Eckdaten des Bundeshaushalts 2006 und des Finanzplans bis 2009 .....	42
3	Wesentliche Politikbereiche .....	44
4	Personalhaushalt .....	48

## 1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption

### 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2005 bis 2009

Im Jahr 2005 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um real 0,9 % gestiegen. Bereinigt um den Arbeitstageeffekt belief sich die Zuwachsrates auf 1,1%; dies entspricht dem Vorjahreswert. Dabei blieb es auch im vergangenen Jahr bei der nun schon seit geraumer Zeit andauernden heterogenen Entwicklung zwischen außenwirtschaftlicher Stärke und binnenwirtschaftlicher Schwäche. Zwar deutete sich eine Erholung der Ausrüstungsinvestitionen an, aber der private Konsum stagnierte.

In diesem Jahr dürften angesichts einer lebhaften Weltkonjunktur sowie einer weiter verbesserten Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt die wesentlichen Wachstumsimpulse weiterhin von der Auslandsnachfrage ausgehen. Allerdings sind die Aussichten gut, dass die Impulse aus dem Ausland mehr und mehr auf die Binnenwirtschaft ausstrahlen. Dazu tragen auch die positiven Wirkungen der Maßnahmen des Regierungsprogramms bei. Zunächst dürften die Ausrüstungsinvestitionen verstärkt erfasst werden. Hierfür wesentlich sind die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, die Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms, die Anhebung

der Umsatzgrenze für die Ist-Versteuerung bei der Umsatzsteuer sowie die Erhöhung der Verkehrsinvestitionen. Für den privaten Konsum ist im Jahr 2006 zwar auch mit einer leichten Belebung zu rechnen. Diese dürfte allerdings hauptsächlich auf Sonderfaktoren (Fußballweltmeisterschaft, Vorzieheffekte im Vorfeld der Umsatzsteuererhöhung zum 1. Januar 2007) zurückzuführen sein.

Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen. Allerdings wird der Rückgang dadurch überzeichnet sein, dass infolge der – zum 1. Januar 2005 erfolgten – Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die registrierte Arbeitslosigkeit zunächst markant zugenommen hatte, im weiteren Jahresverlauf dann aber wieder deutlich abgenommen hat. Auch aus der Entwicklung der Erwerbstätigkeit kann noch keine wesentliche Besserung abgelesen werden. Im Jahresdurchschnitt ist hier von einer Stagnation auszugehen.

In ihrer Jahresprojektion erwartet die Bundesregierung in diesem Jahr eine Zunahme des BIP um real etwa 1 ½ % (spitz gerechnet 1,4 %). Mittelfristig werden die stärksten Wachstumsimpulse – wie in den Jahren zuvor – von den Exporten ausgehen, während die Binnennachfrage erst allmählich wieder stärker zum Wirtschaftswachstum beitragen dürfte. Unter der Berücksichtigung der makroökonomischen Rahmenbedingungen sowie der Maßnahmen des Regierungsprogramms dürfte das BIP im Zeitraum 2005 bis 2009 um durchschnittlich real etwa 1 ½ % p. a. zunehmen. Bei der dargestellten

wirtschaftlichen Entwicklung wird erwartet, dass die Beschäftigung wieder zunimmt.

Eine ausführlichere Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2005 bis 2009 finden Sie auch im Beitrag „Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms“, S. 49 ff. in diesem Heft.

## 1.2 Finanzpolitische Ausgangssituation

Die schwierige ökonomische Ausgangslage hat zuletzt deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. So verzeichnete der Bund 2005 eine Nettoneuverschuldung, die mit 31,2 Mrd. € den ursprünglichen Planwert deutlich um 9,2 Mrd. € überschritt. Unter Berücksichtigung realisierter Einmalentlastungen von

rund 20 Mrd. € belief sich der „Negativ-Saldo“ zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben auf über 50 Mrd. €. Das entspricht einem Anteil von etwa 20 % des gesamten Ausgabevolumens des Bundeshaushalts.

Die Struktur des Bundeshaushalts ist geprägt durch die Sozialausgaben. Deren Anteil an den Gesamtausgaben ist von etwa einem Drittel zu Beginn der 90er Jahre auf mittlerweile mehr als die Hälfte angestiegen. Zusammen mit den Zinsen und Personalausgaben werden bereits etwa drei Viertel der Bundesausgaben für diese konsumtiven Zwecke gebunden. Diese Struktur lässt derzeit nur wenig Spielraum für zukunftsorientierte Akzente (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1:

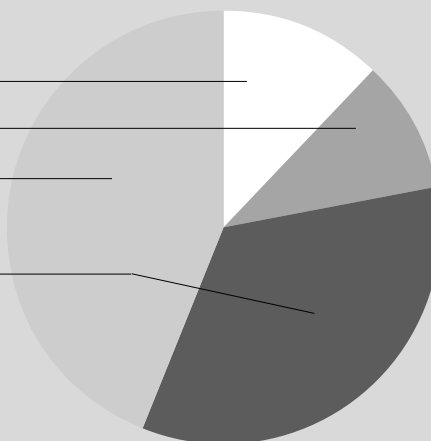
### Entwicklung der Ausgabenstruktur im Bundeshaushalt – Ist 1991 –

Personalausgaben (ohne Soziales) (12,1%)

Zinsausgaben (9,9%)

Übrige Ausgaben (43,9%)

Soziale Sicherung (u. a. Bundesausgaben für Renten, Arbeitsmarkt, Kindergeld, soziale Kriegsfolgeaufgaben) (34,1%)



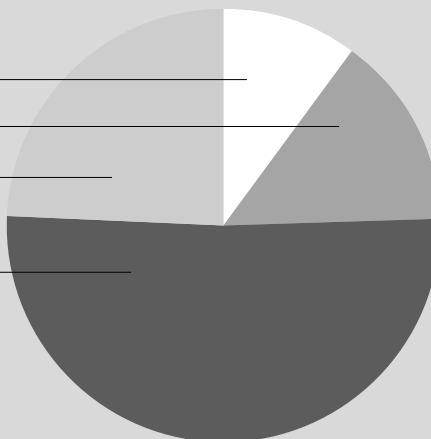
### Entwicklung der Ausgabenstruktur im Bundeshaushalt – Ist 2005 –

Personalausgaben (ohne Soziales) (10,1%)

Zinsausgaben (14,4%)

Übrige Ausgaben (24,3%)

Soziale Sicherung (u. a. Bundesausgaben für Renten, Arbeitsmarkt, Kindergeld, soziale Kriegsfolgeaufgaben) (51,2%)



### 1.3 Wachstumsorientierte Haushaltspolitik

Sanieren, Reformieren und Investieren – das ist der neue politische Dreiklang, der für alle Politikbereiche handlungsleitend ist. Für die Haushalts- und Finanzpolitik bedeutet das, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voranzubringen, durch Wachstumsimpulse bereits kurzfristig die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu stellen und durch Strukturreformen und Investitionen in die Zukunft die dauerhafte Finanzierbarkeit der staatlichen Leistungen sicherzustellen.

Zur Sanierung der öffentlichen Haushalte hat sich die Bundesregierung auf ein Bündel von Konsolidierungsmaßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite verständigt (siehe Kasten), das mit Rücksicht auf die noch fragile Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2006 zu

wesentlichen Teilen erst im kommenden Jahr finanzwirksam wird. Im Vordergrund stehen Anpassungen bei konsumtiven Ausgaben (z.B. gezielte Einsparungen bei Subventionen und sonstigen Fördertatbeständen, Einsparungen bei der öffentlichen Verwaltung), Maßnahmen zum Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen sowie einzelne Steuersatzanhebungen. Eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen (Abbau der Eigenheimzulage, Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen, Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm) hat die Bundesregierung bereits umgesetzt, weitere werden noch in diesem Jahr in Kraft treten. Das Haushaltsbegleitgesetz 2006 wurde parallel zu den Beratungen zum Bundeshaushalt 2006 auf den Weg gebracht.

#### Kasten: Wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen

- Reduzierung der Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Gesetzliche Krankenversicherung in 2007 auf 1,5 Mrd. €, vollständige Streichung ab 2008;
- Wegfall des bisherigen Defizitzuschusses an die Bundesagentur für Arbeit (etwaiger vorübergehender Unterstützungsbedarf wird künftig im Wege – auch überjähriger – Darlehen gewährleistet);
- Einleitung von Einsparungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende in 2006, die sich bei voller Wirksamkeit ab 2007 auf rd. 4 Mrd. € belaufen (u. a. Absenkung des Rentenversicherungsbeitrags für Empfänger von Arbeitslosengeld II von 78 € auf 40 €, Abschaffung des Rentenversicherungsbeitrags für erwerbstätige Leistungsbezieher, Einbeziehung unter 25-Jähriger in die Bedarfsgemeinschaft bei Neufällen und Weiterbewilligungen, Einschränkung des Erstwohnbezugs unter 25-Jähriger bei Neufällen, konsequente Bekämpfung von Leistungsmissbrauch);
- Verminderung des allgemeinen Bundeszuschusses zur Rentenversicherung (im Jahr 2006 um 170 Mio. € und ab 2007 um 340 Mio. €) sowie Herabsetzung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung für Bezieher von Arbeitslosengeld II. Die aus diesen Maßnahmen resultierenden Belastungen bei der Sozialversicherung werden dort aufgefangen durch die Begrenzung der Sozialversicherungsfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen (auf einen Grundlohn von 25 € die Stunde) und die Anhebung der Pauschalbeiträge für geringfügig Beschäftigte von 25 % auf 30 %;
- Entdynamisierung und Verminderung der den Ländern aufgrund des Regionalisierungsgesetzes zustehenden Mittel;
- Einsparungen von 200 Mio. € jährlich im Bereich der Landwirtschaft;
- Verminderung der Ausgaben der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ ab 2007 um 100 Mio. € jährlich;
- Einsparungen im staatlichen Bereich in einer Größenordnung von 1 Mrd. € ab 2006;

- Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen in einem Gesamtvolumen von rd. 19 Mrd. € (2006 bis 2009), u. a. Anpassung bei der Entfernungspauschale und Senkung des Sparerfreibetrags ab 2007. Die derzeit vollständige Steuerbefreiung für Biokraftstoffe wird zum 1. Januar 2007 durch eine Quotenlösung für Biokraftstoffe ersetzt;
- Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes und des Regelsteuersatzes der Versicherungssteuer zum 1. Januar 2007 um jeweils drei Prozentpunkte auf 19 %. Ein Prozentpunkt aus dem Aufkommen aus der Erhöhung der Umsatzsteuer steht allein dem Bund zu. Damit wird die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 6,5 % auf 4,5 % unterstützt. Die Steuersatzerhöhungen – einschließlich der Anhebung des Einkommensteuersatzes für Spitzenverdiener (ohne gewerbliche Einkünfte) – entlasten den Bundeshaushalt bis 2009 um insgesamt rd. 28 Mrd. €.

Das Sanierungskonzept führt insgesamt zu einer Entlastung des Bundeshaushalts von rd. 79 Mrd. € im Zeitraum 2006 bis 2009, die Haushalte von Ländern und Kommunen werden zusammen um rd. 38 Mrd. € entlastet.

Die Bundesregierung verbindet die notwendige Konsolidierungspolitik, die auf längere Sicht die Basis für ein dauerhaftes Wachstum verbessert, mit Maßnahmen, die bereits kurzfristig die Wachstumsdynamik erhöhen. Notwendig ist ein kräftiger und nachhaltiger Wachstumsschub durch Innovationen und Investitionen, auch um ein ausreichend stabiles konjunkturelles Umfeld für die notwendige weitere Haushaltskonsolidierung ab 2007 zu erreichen. Das noch labile Wirtschaftswachstum in 2006 könnte nicht nur eine sofortige hohe Konsolidierung nicht verkraften, sondern bedarf auch einer zusätzlichen Stützung.

Die Bundesregierung legt in dieser Legislaturperiode zur Stärkung besonders zukunfts-trächtiger Bereiche ein Sofortprogramm mit einem Gesamtvolumen von rd. 25 Mrd. € (Bund) auf, um bereits kurzfristig übergreifend wirkende Wachstumsimpulse zu setzen. Die stärkere Akzentuierung von „Zukunftsbereichen“ wird mittel- und langfristig positiv auf den Haushalt zurückwirken. Im Einzelnen werden folgende Bereiche besonders gefördert:

- **Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE):** Bis 2009 werden zusätzlich 6 Mrd. € für besonders zukunfts-trächtige FuE-Vorhaben zur Verfügung gestellt. Das trägt dazu bei, bis

zum Jahr 2010 die Ausgaben von Staat (Bund und Länder) und Wirtschaft für FuE auf 3 % des BIP zu steigern. Dabei sollen  $\frac{1}{3}$  der Ausgaben von der öffentlichen Hand und  $\frac{2}{3}$  der Ausgaben von der Wirtschaft aufgebracht werden. Länder und Wirtschaft sind aufgefordert, ihre FuE-Investitionen ebenfalls zu steigern. Besonders zukunfts-trächtige Bereiche wie Bio-, Nano-, optische, Informations- und Kommunikationstechnologien, Mikrosystemtechnik, Energietechnologie sowie Umwelt- und Raumfahrttechnik werden gezielt unterstützt. Mit der Exzellenzinitiative zur Stärkung der Hochschulforschung sowie dem Pakt für Forschung und Innovation wird die deutsche Forschung gestärkt. Die Maßnahmen werden unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in einem Gesamtkonzept gebündelt und konkretisiert. Die Bundesregierung wird noch in 2006 eine „High-Tech-Strategie Deutschland“ veröffentlichen, mit der die Förderung von Spitzentechnologien ressortübergreifend neu ausgerichtet wird. Damit sollen eine Brücke von der Forschung zu den Zukunftsmärkten geschlagen und Wege zu einer Innovationspolitik aus einem Guss aufgezeigt werden.

- **Belebung der Wirtschaft:** Zur Förderung des Mittelstandes und zur allgemeinen Belebung der Wirtschaft werden bis Ende 2009 aus dem Bundeshaushalt zusätzlich rd. 9,4 Mrd. € eingesetzt. Auf dem Weg zu einer grundlegenden Unternehmenssteuerreform werden die Abschreibungsbedingungen für die Unterneh-



men deutlich verbessert. Zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen wird die Umsatzgrenze bei der Umsatzbesteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Ist-Versteuerung) in den alten Bundesländern von 125 000 € auf 250 000 € angehoben und in den neuen Ländern über das Jahr 2006 hinaus bis Ende 2009 auf 500 000 € festgesetzt. Die Investitionszulage wird in bisheriger Höhe über das Jahr 2006 hinaus fortgeführt. Mit dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm werden die energetische Gebäudesanierung intensiviert, nachhaltige Impulse für die Baukonjunktur und den wirtschaftlichen Aufschwung gesetzt sowie ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

- **Erhöhung der Verkehrsinvestitionen:** Im Zeitraum 2006 bis 2009 werden die Mittel für Verkehrsinvestitionen um insgesamt 4,3 Mrd. € erhöht. Die zusätzlichen Investitionsmittel kommen allen drei Verkehrsträgern – Schiene, Straße und Wasserstraße – zugute. Die Aufteilung der Mittel erfolgt mit dem Ziel, schnell hohe Beschäftigungsimpulse zu erreichen.
- **Förderung der Familien:** Die Bundesregierung wird für die Eltern von ab dem 1. Januar 2007 geborenen Kindern ein neues Elterngeld einführen, das als einkommensabhängige Leistung ausgestaltet wird und das bisherige Erziehungsgeld ablöst. Insgesamt stellt der Bund hierfür von 2007 bis 2009 3 Mrd. € zusätzlich bereit. Die Einführung eines Elterngeldes wird im Zusammenspiel mit dem Ausbau der Kinderbetreuung die Entscheidung für Kinder unterstützen und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme leisten.
- **Fortentwicklung der Dienstleistungsgesellschaft – Haushalt als Arbeitgeber:** Private Haushalte werden zunehmend zu einem wichtigen Feld für neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Deshalb werden bereits ab diesem Jahr haushaltsnahe Dienstleistungen, private Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen im Haushalt sowie Kinderbetreuungs- und Pflegekosten stärker als bislang steuerlich gefördert (Bundesanteil rd. 2,5 Mrd. €); Bei der steuerlichen Berücksichtigung der erwerbsbedingten Kinderbetreuung werden Familien mit Kindern zukünftig

stärker entlastet als bisher. Eltern können rückwirkend zum 1. Januar 2006 zwei Drittel der Aufwendungen für die Kinderbetreuung, höchstens 4 000 € jährlich, steuerlich geltend machen. Auch Aufwendungen für Arbeitskosten bei der Renovierung, Modernisierung und Instandhaltung des Wohnraums können künftig steuerlich geltend gemacht werden. Daneben werden Haushalte mit mindestens einer pflegebedürftigen Person bzw. deren Angehörige zusätzlich entlastet, indem auch hier – neben der schon bestehenden Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen – eine weitere Steuerermäßigung für die Inanspruchnahme von zusätzlichen Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige eingeführt wird.

## 2 Eckdaten des Bundeshaushalts 2006 und des Finanzplans bis 2009

Der Bundeshaushalt 2006 und der Finanzplan bis 2009 sehen folgende Eckwerte vor (siehe Tabelle).

Die Bundesregierung setzt mit dem Haushaltsentwurf 2006 und der bis 2009 reichenden Finanzplanung den moderaten Ausgabenkurs der vergangenen Jahre fort: Die Ausgaben im Regierungsentwurf 2006 liegen mit rd. 262 Mrd. € nur um etwa 0,7 % über den Ist-Ausgaben des vergangenen Jahres. Der Finanzplan weist für das Jahr 2007 einen deutlichen Ausgabenanstieg von 7,4 Mrd. € ggü. dem Jahr 2006 auf. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Zuweisung des Aufkommens eines zusätzlichen Mehrwertsteuereinkommens an die Bundesagentur für Arbeit (2007: rd. 6,5 Mrd. €), mit dem eine Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um zwei Prozentpunkte auf 4,5 % ermöglicht wird. Bereinigt um die (haushaltsneutrale) Umfinanzierung zur Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags,

steigen die Ausgaben über den gesamten Finanzplanungszeitraum (2005 bis 2009) hinweg nur um jahresdurchschnittlich rd. 0,7 % an.

Die Investitionen des Bundes erhöhen sich trotz des moderaten Ausgabenkurses auf über 23 Mrd. € jährlich.

Für das Jahr 2006 werden für den Bund insgesamt Steuereinnahmen von rd. 192,5 Mrd. € erwartet. Vor allem infolge der Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes, der Versicherungssteuer und des weiteren Abbaus steuerlicher Sonderregelungen steigt das Steueraufkommen des Bundes über rd. 212,3 Mrd. € in 2007, 221,1 Mrd. € in 2008 auf 228,2 Mrd. € im Jahre 2009.

Zu den sonstigen Einnahmen zählen vor allem: Erlöse aus Privatisierung und aus der Tilgung von Forderungen, Einnahmen aus der LKW-Maut, der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank und der Aussteuerungsbetrag, den die Bundesagentur für Arbeit für die vom Arbeitslosengeld zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II) überwechselnden Leistungsempfänger entrichtet. Das 25-Mrd.-€-Sofortpro-

Tabelle: Eckwerte Bundeshaushalt 2006 und Finanzplan bis 2009

	Soll 2005	Ist 2005	Entwurf 2006	Finanzplan		
				2007	2008	2009
	in Mrd. €					
<b>Ausgaben</b>	<b>254,3</b>	<b>259,8</b>	<b>261,7</b>	<b>269,1</b>	<b>272,5</b>	<b>275,3</b>
Veränderung ggü. Vorjahr in %			0,7 <sup>1</sup>	2,8	1,3	1,0
Bereinigte Veränderung ggü. Vorjahr in % <sup>2</sup>			0,7 <sup>1</sup>	0,4	0,9	1,0
Jahresdurchschnittliche bereinigte Veränderung 2005 bis 2009 <sup>2</sup>			0,7	0,7	0,7	0,7
<b>Einnahmen</b>						
Steuereinnahmen	190,8	190,1	192,5	212,3	221,1	228,2
Sonstige Einnahmen	41,5	38,5	30,9	34,8	30,1	27,1
Nettokreditaufnahme	22,0	31,2	38,3	22,0	21,3	20,0
Nachrichtlich: <b>Investitionen</b>	<b>22,7</b>	<b>22,9</b>	<b>23,2</b>	<b>23,3</b>	<b>23,3</b>	<b>23,4</b>

Differenzen durch Rundung möglich.

<sup>1</sup> Steigerung ggü. Ist 2005.

<sup>2</sup> Ab 2007: Bereinigung um die (haushaltsneutrale) Weiterleitung des Aufkommens aus einem Umsatzsteuerpunkt an die Bundesagentur für Arbeit zur Unterstützung der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags (2007: rd. 6,5 Mrd. €; 2008: rd. 7,6 Mrd. €; 2009: rd. 7,8 Mrd. €).

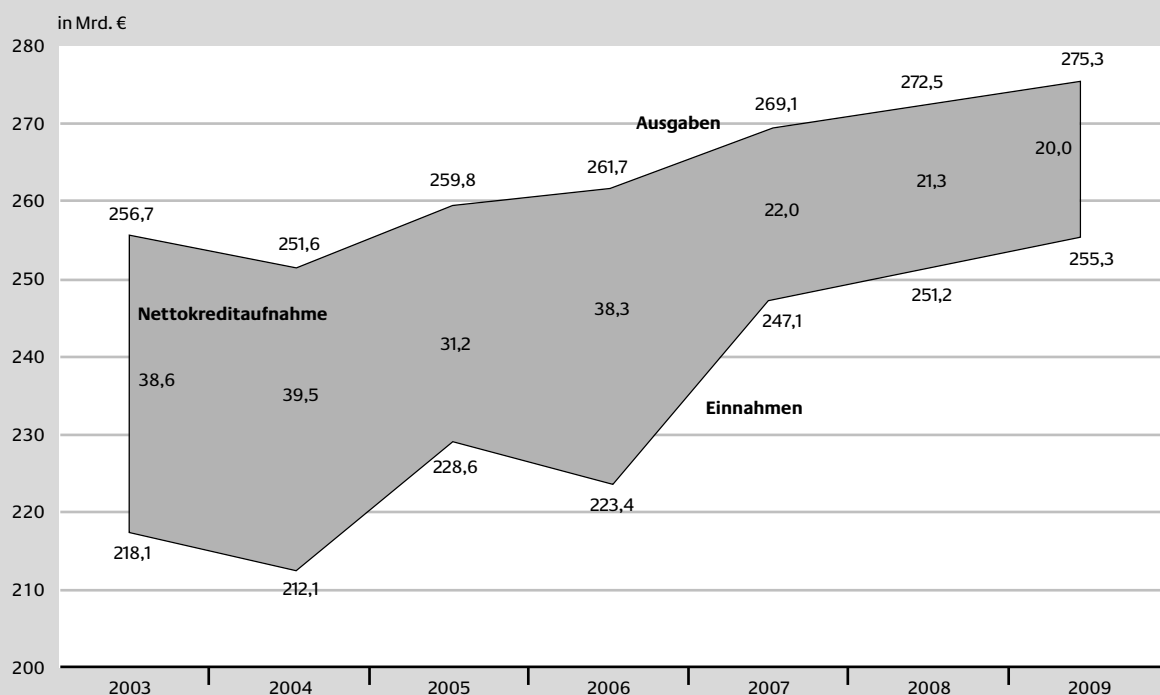
gramm der Bundesregierung für mehr Wachstum, Beschäftigung und Innovation wird etwa zur Hälfte über einen Zukunftsfonds finanziert. Dieser speist sich aus dem im Bundeshaushalt veranschlagten Anteil des Bundesbankgewinns und aus zusätzlichen Privatisierungserlösen. Alle Potenziale bei Einmalmaßnahmen werden konsequent genutzt. Hierzu zählen insbesondere die Neuordnung des ERP-Sondervermögens und die Privatisierung der Deutschen Bahn AG.

Der Regierungsentwurf 2006 weist eine Nettokreditaufnahme von 38,3 Mrd. € aus. Die Nettokreditaufnahme überschreitet damit deutlich die Regelgrenze des Art. 115 GG. Dies ist aus konjunkturellen Gründen jedoch gerechtfertigt und wird in solchen Fällen von der Verfassung auch ermöglicht. Obwohl – mit konkreten Einzelmaßnahmen und dem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren – zusätzliche Wachstumsimpulse gesetzt werden, liegt die diesjährige Nettokreditaufnahme unterhalb der Ergebnisse für die Jahre 2003 (38,6 Mrd. €) und 2004 (39,5 Mrd. €). Der Bundeshaushalt 2006 ist

damit ein Haushalt des Übergangs, mit dessen Wachstumsimpulsen der Boden für die ab 2007 verstärkt einsetzende strukturelle Konsolidierung bereitet wird.

Ab 2007 liegt die Nettokreditaufnahme wieder unterhalb der verfassungsrechtlichen Regelgrenze. Die – in der Entwicklung der Steuereinnahmen zum Ausdruck kommende – dauerhafte Stabilisierung der Einnahmenbasis sowie der moderate Ausgabenkurs tragen dazu bei, dass die Nettokreditaufnahme im kommenden Jahr auf 22,0 Mrd. € zurückgeführt werden kann, um dann bis 2009 auf 20,0 Mrd. € zu sinken.

**Abbildung 2: Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben und Nettokreditaufnahmen**  
(Ist 2003 bis 2005, Soll 2006 bis 2009)



### 3 Wesentliche Politikbereiche

Das 25-Mrd.-€-Sofortprogramm setzt Wachstumsimpulse vor allem in den Bereichen, die für die langfristige Entwicklung Deutschlands von zentraler Bedeutung sind. Auch über die Maßnahmen des 25-Mrd.-€-Sofortprogramms hinaus setzen der Haushalt 2006 und der Finanzplan bis 2009 wichtige Akzente für die Stärkung von Forschung, Entwicklung und Bildung, die Förderung vor allem der mittelständischen Wirtschaft und die Belebung der Investitionen. Weiterhin prägend für die Struktur des Bundeshaushalts ist der hohe Anteil der Sozialausgaben. Mit dem Haushalt 2006 werden rd. 134 Mrd. € für Sozialausgaben zur Verfügung gestellt. Schwerpunkte sind dabei Leistungen an die Gesetzliche Rentenversicherung und die Arbeitsmarktausgaben. Der Bundeshaushalt bleibt damit in hohem Maße ein Instrument des sozialen Ausgleichs.

#### Bildung und Forschung

Die im Einzelplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Verfügung stehenden Mittel werden unter Berücksichtigung der geänderten Ressortaufteilung 2006 gegenüber dem Vorjahres-Soll um rd. 5,6 % gesteigert.

- Die Projektförderung im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung steigt um rd. 14,1 %.
- Die Exzellenzinitiative mit einem Gesamtvolumen von 1,9 Mrd. € schafft mit Graduiertenschulen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Exzellenzclustern und „Zukunftskonzepten der universitären Spitzenforschung“ ein Umfeld, in dem auf höchstem Niveau geforscht werden kann. Das Programm beginnt 2006, der Bundesanteil für die erste Bewilligungsrunde beträgt 142,5 Mio. €.
- Der Pakt für Forschung und Innovation stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Forschungseinrichtungen. Für die Förderung der großen Forschungseinrichtungen stehen 2006 rd. 3,3 Mrd. € zur Verfügung.
- Die Ausgaben für das BAföG steigen auf 1090 Mio. €; damit wird der Erhöhung der Anzahl der Leistungsempfänger Rechnung getragen.

- Das Ganztagsschulprogramm, für das insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung stehen, wird fortgesetzt.

#### Wirtschafts- und Technologieförderung

- Für die Förderung von Forschungs- und Technologievorhaben sowie der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen sind im Jahr 2006 insgesamt rd. 720 Mio. € vorgesehen.
- Beim innovativen Mittelstand stehen anwendungsnahe, schnell umzusetzende und wirksame Kooperationsprojekte mit der Wirtschaft im Vordergrund. Neue Initiativen, wie die Förderung der Einstiegsforschung und ein neuer Wettbewerb zur Förderung branchenübergreifender Projekte im Rahmen der industriellen Gemeinschaftsforschung, werden bewährte Programme ergänzen. Schwerpunkte sind zudem die Weiterentwicklung der Brennstoffzellentechnologie und die Entwicklung von hocheffizienten konventionellen Kraftwerken.
- Im neu gestalteten ERP-Innovationsprogramm fördert der Bund verstärkt mittelständische Unternehmen und Freiberufler mit Zinszuschüssen zu Darlehen.
- Bei der Weltraumforschung hat Deutschland auf dem Ministerrat der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) im Dezember 2005 für die kommenden Jahre rd. 1,8 Mrd. € für die europäische Raumfahrt gezeichnet. Für die Finanzierung über Beiträge an die ESA ist mit jährlich rd. 552 Mio. € Vorsorge getroffen. Das nationale Weltraumprogramm wird auf höherem Niveau mit rd. 166 Mio. € pro Jahr fortgesetzt.
- Für ein neues Luftfahrtforschungsprogramm 2007 bis 2012 werden im Bundeshaushalt 2006 die Voraussetzungen für eine erste Ausschreibungsrunde geschaffen, eine weitere Projekttranche wird zu einem späteren Zeitpunkt vergeben. Das Gesamtvolumen wird deutlich über dem des laufenden Programms (160 Mio. €) liegen.
- Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verbleibt 2006 noch auf Vorjahresniveau mit Bundes-

mitteln in Höhe von rd. 700 Mio. €. Einschließlich komplementärer Landes- und EU-Mittel stehen damit jährlich insgesamt rd. 1,7 Mrd. € zur Verfügung. Der ganz überwiegende Teil davon fließt in die neuen Länder. Für die Jahre 2007 bis 2009 ist für die Gemeinschaftsaufgabe ein Niveau von rd. 600 Mio. € jährlich vorgesehen.



## Verkehr und Wohnungswesen

- Im Haushalt 2006 stehen – einschließlich der Mittel aus dem 25-Mrd.-€- Sofortprogramm – für Investitionen in die Verkehrsträger insgesamt rd. 9,1 Mrd. € zur Verfügung. In den Jahren 2007 bis 2009 werden die Verkehrsinvestitionen bei jeweils rd. 9 Mrd. € verstetigt und liegen damit erheblich über dem Niveau des bisherigen Finanzplans von jahresdurchschnittlich rd. 8 Mrd. €. Zusammen mit den Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und den sonstigen Investitionen im Verkehrsbereich erreichen die Verkehrsinvestitionen i.w.S. im Jahr 2006 rd. 11 Mrd. € (Jahresdurchschnitt 2006 bis 2009 rd. 10,8 Mrd. €).
- Mit Finanzhilfen für die Städtebauförderung in Höhe von rd. 0,5 Mrd. € jährlich im Finanzplanungszeitraum unterstützt der Bund, insbesondere mit den Programmen „Soziale Stadt“, „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“, die Lösung struktureller Probleme in den Städten. Hinzu kommt die Altschuldenhilfe für die von Leerständen betroffene Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern, für die der Bund rd. 1,1 Mrd. € bis zum Jahr 2012 bereitstellt.

## Renten- und Krankenversicherung

- Mit rd. 77,4 Mrd. € stellen die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung auch im Jahr 2006 den weitaus größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar.

- Im Bereich des Gesundheitswesens ist der Bundeshaushalt geprägt von der im Jahr 2004 eingeführten pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Nach 1 Mrd. € im Jahr 2004 und 2,5 Mrd. € im Jahr 2005 sind 2006 dafür 4,2 Mrd. € vorgesehen. Mit der zur Finanzierung beschlossenen dreistufigen Erhöhung der Tabaksteuer (letzte Stufe September 2005) wurden jedoch bei weitem nicht die erwarteten Mehreinnahmen für den Bundeshaushalt erzielt. Der Finanzplan sieht daher eine schrittweise Abschaffung dieses Zuschusses vor: Im Jahr 2007 werden letztmalig 1,5 Mrd. € an die GKV gezahlt. Die GKV wird durch die Absenkung des pauschalen Bundeszuschusses für die versicherungsfremden Leistungen sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel und weitere Medizinprodukte um jährlich 5 Mrd. € belastet (rd. 0,5 Beitragssatzpunkte). Damit droht der GKV – trotz der vom Deutschen Bundestag in 2. und 3. Lesung am 17. Februar 2006 beschlossenen kurzfristig wirksamen Maßnahmen des Gesetzes zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung – bereits ab 2007 eine erneute Defizitentwicklung. Zur Sicherstellung der weiteren finanziellen Konsolidierung der GKV und Gewährleistung der angestrebten Beitragssatzstabilität ist im Koalitionsvertrag für das Jahr 2006 eine Reform der GKV vorgesehen. Dabei wird eine der großen Herausforderungen darin bestehen, die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens durch stabile Finanzstrukturen zu sichern.

## Arbeitsmarkt

- Für die Grundsicherung für Arbeitsuchende sind im Haushalt 2006 insgesamt 38,3 Mrd. € vorgesehen, davon 24,4 Mrd. € für das Arbeitslosengeld II.
- Für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden in 2006 6,5 Mrd. € veranschlagt, nachdem im Jahr 2005 3,56 Mrd. € verausgabt wurden. Den Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Trägern vor Ort wird damit, insbesondere im Hinblick auf die relativ geringen Verbindungen aus 2005,

ein großer Spielraum für Neubewilligungen ermöglicht. Ein besonderer Schwerpunkt wird bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Älterer gesehen. Im Rahmen der Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer werden in 2006 hierfür zusätzlich 267 Mio. € zur Verfügung stehen. Für Verwaltungskosten sind 2006 3,5 Mrd. € vorgesehen (Ausgaben 2005 3,05 Mrd. €).

- Im Jahr 2006 beteiligt sich der Bund zu 29,1% an den Kosten der Unterkunft, die grundsätzlich von den Kommunen zu tragen sind. Hierfür sind 3,6 Mrd. € im Regierungsentwurf 2006 veranschlagt. Über die Beteiligungsquote in den Folgejahren ist noch zu entscheiden.
- Nachdem der Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Jahr 2005 mit 0,4 Mrd. € niedriger als ursprünglich erwartet ausgefallen ist, ist im Jahr 2006 kein Zuschuss mehr erforderlich. Dies ist auch auf das Vorziehen des Fälligkeitstermins des Sozialversicherungsbeitrags zurückzuführen, das zu einer einmaligen Mehreinnahme von rd. 3,1 Mrd. € führt. Die BA weist in ihrem Haushalt 2006 einen Überschuss von 1,8 Mrd. € aus.
- Zum 1. Januar 2007 wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte auf 4,5 % gesenkt. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung der Beitragssatzsenkung durch Einsatz des Steuermehraufkommens eines Umsatzsteuerpunktes. Für einen gesonderten regelgebundenen Transfer an die BA werden in den Jahren 2007 bis 2009 jährlich zwischen rd. 6,5 Mrd. € und rd. 7,8 Mrd. € aufgebracht. In den Folgejahren steigt der Betrag mit dem Wachstum des Umsatzsteueraufkommens.
- Der Bund wird Defizite der BA ab 2007 nicht mehr durch Zuschüsse, sondern durch Darlehen ausgleichen. Diese Darlehen sind von der BA an den Bund zurückzuzahlen, sobald ihre Einnahmen die Ausgaben übersteigen.

## Familie

- Bei den Leistungen an die Familie sind in wichtigen Bereichen Ausgabensteigerungen vorgesehen. So steigen die für 2006 veranschlagten Ausgaben für Unterhaltsvorschuss um 17,5 Mio. € auf 277,5 Mio. € und für Erziehungsgeld um 90 Mio. € auf 2,83 Mrd. €.

- Im Finanzplan ist das Elterngeld, das ab 2007 das Erziehungsgeld ablösen wird, mit Nettokosten von 1 Mrd. € jährlich berücksichtigt.
- Mit dem Modellprogramm zu Mehrgenerationenhäusern, für das bis 2009 88 Mio. € bereitgestellt werden, und dem Projekt „Frühe Förderung gefährdeter Kinder – Prävention durch Frühförderung“ (10 Mio. € bis 2009) initiiert der Bund bei Ländern und Kommunen neue Wege der Familien- und Kinderförderung.
- Familienpolitik ist nicht zuletzt eine Querschnittsaufgabe, der sich der gesamte Bundeshaushalt (z.B. beim Kindergeld) stellt. Das Gesamtvolumen aller familienpolitischen Maßnahmen belief sich in 2005 auf insgesamt rd. 59 Mrd. €.



## Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

- Die landwirtschaftliche Sozialpolitik gewährleistet, dass die landwirtschaftlichen Familien eine auf ihre besonderen Bedürfnisse abgestimmte soziale Absicherung erhalten. Dafür sind 2006 insgesamt rd. 3,8 Mrd. € vorgesehen.
- Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, für die 2006 insgesamt 615 Mio. € veranschlagt sind, stellt weiterhin das zentrale Instrument der Bundesregierung zur Koordinierung und Vereinheitlichung der Agrarstrukturpolitik in Deutschland dar.
- Die Verbraucherschutzpolitik, für die 2006 rd. 104 Mio. € vorgesehen sind, ist eine Querschnittsaufgabe, die beinahe sämtliche Bereiche der politischen Agenda betrifft. Neben den Fragen der Lebensmittelsicherheit und des allgemeinen gesundheitlichen Verbraucherschutzes haben rechtliche und wirtschaftliche Fragen an Bedeutung gewonnen.

## Verteidigung

- Die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt werden 2006 mit rd. 23,9 Mrd. € veranschlagt. Darüber hinaus können 2006 bis zu einer Höhe von rd. 520 Mio. € Mehreinnahmen aus der Veräußerung überschüssigen Materials, aus Grundstücksverkäufen und Vermietung/Verpachtung sowie aus Einsparungen durch Umstrukturierung und Effizienzsteigerung für die Transformation der Bundeswehr verwendet werden.
  - Im Finanzplanungszeitraum steigt der Plafond auf rd. 24,9 Mrd. € im Jahr 2009 an und gewährleistet damit eine sichere Grundlage für die Neuausrichtung der Bundeswehr. Die Bundeswehrplanung wird auf der Grundlage einer aufgabenorientierten und in Betrieb und Investition ausgewogenen Finanzausstattung fortgesetzt. Auch die zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur Lösung von internationalen Krisen und Konflikten erforderlichen Mittel werden bereitgestellt. Die neue Konzeption der Bundeswehr erfordert eine Konzentration auf ihre Kernaufgaben. Angesichts einer gewandelten sicherheitspolitischen Lage sind die Aufgaben der Bundeswehr neu zu gewichten und ihre Fähigkeiten entsprechend anzupassen.
- Für die Wiederaufbauhilfe nach dem Seebeben im Indischen Ozean stehen bis 2009 insgesamt 500 Mio. € zur Verfügung, davon 150 Mio. € im Jahr 2006.

## Entwicklungszusammenarbeit

- Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und dem Finanzplan bis 2009 unterstreicht die Bundesregierung ihr Ziel, ihre entwicklungspolitische Verantwortung wahrzunehmen. Deutschland wird seine Zusage erfüllen, im Jahr 2006 eine ODA-Quote von 0,33 % des Bruttonationaleinkommens zu erreichen (ODA: „Official Development Assistance“; Summe der staatlichen Entwicklungsleistungen). Dazu tragen auch Schuldenerlasse und die Deutschland zuzurechnenden Ausgaben der EU für Entwicklungspolitik bei.
- Die Bundesregierung strebt entsprechend dem EU-Ratsbeschluss vom 16./17. Juni 2005 bis 2010 eine ODA-Quote von 0,51% und von 0,7% in 2015 an. Hierzu ist notwendig, dass neben Haushaltsmitteln und weiteren Schuldenerlassen innovative Finanzierungsinstrumente einen wesentlichen Beitrag leisten.

## 4 Personalhaushalt

Der Stellenbestand des Bundes im zivilen Bereich – ohne Ersatz(plan)stellen – wird sich unter Berücksichtigung des Stellenwegfalls aufgrund der Stelleneinsparungen gemäß Haushaltsgesetz 2005 und 2006 bis zum Ende des Jahres 2006 voraussichtlich auf unter 270 000 Planstellen bzw. Stellen reduzieren. Gegenüber dem Stellen-soll 1998 bedeutet dies einen Abbau um rd. 15 %; gegenüber dem einigungsbedingten Höchststand von 1992 wurde der Stellenbestand damit um fast 27 % reduziert.

Die Steigerung der Effizienz in der Bundesverwaltung ist ein wichtiges Ziel der Bundesregierung. Der zunehmende Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente (z.B. Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling) dient der stärker ergebnisorientierten Betrachtung öffentlichen Handelns, führt zu einer verbesserten Informationsbasis für Haushaltsentscheidungen und leistet einen Beitrag zu den auch von der öffentlichen Verwaltung zu fordernden jährlichen Produktivitätssteigerungen.



# Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms

1	Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2009 .....	49
1.1	Gesamtwirtschaftliche Situation im Jahr 2005 .....	49
1.2	Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Gesamtwirtschaft .....	50
2	Finanzpolitik in Deutschland .....	51
2.1	Finanzpolitische Strategie und Maßnahmenpaket der Bundesregierung .....	51
2.2	Reform des Föderalismus .....	52
2.3	Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext .....	53
3	Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte .....	54
3.1	Entwicklung des Finanzierungssaldos .....	54
3.2	Entwicklung des strukturellen Defizits und Anpassungspfad an das mittelfristige Haushaltsziel .....	54
3.3	Entwicklung des Schuldenstandes .....	55
4	Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen .....	55

Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1055/2005 vom 27. Juni 2005 – sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Die Mitgliedstaaten, die nicht die gemeinsame Währung angenommen haben, legen entsprechend Konvergenzprogramme vor.

Die vorliegende Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 22. Februar 2006 durch das Bundeskabinett gebilligt.

Im Folgenden werden die zentralen Elemente des Stabilitätsprogramms – die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der öffentlichen Haushalte sowie die finanz- und wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung zur Erfüllung der europäischen Verpflichtungen – zusammenfassend dargestellt. Die vollständige Version des Stabilitätsprogramms steht auf der Internetseite des Bundesfinanzministeriums ([www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)) zur Verfügung oder kann als Broschüre angefordert werden.

## 1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2009

### 1.1 Gesamtwirtschaftliche Situation im Jahr 2005

Das Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr um real 0,9 % gestiegen. Bereinigt um den Arbeitstageeffekt belief sich die Zuwachsrates auf 1,1 %, genauso viel wie im Jahr zuvor. Unter Berücksichtigung des statistischen Unterhangs aus dem Jahr 2004, mit dem die deutsche Wirtschaft ins vergangene Jahr startete, hat sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik im Jahr 2005 sogar beschleunigt.

Gleichwohl blieb es auch im vergangenen Jahr bei der nun schon seit geraumer Zeit andauernden heterogenen Entwicklung zwischen außenwirtschaftlicher Stärke und binnenwirtschaftlicher Schwäche. So trug der Überschuss der Exporte gegenüber den Importen mit 0,7 Prozentpunkten zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts bei, während die inländische Verwendung weiterhin schwach blieb (+ 0,2 Prozentpunkte Wachstumsbeitrag). Zwar deutete sich eine Erholung der

Ausrüstungsinvestitionen an, aber der private Konsum stagnierte.

## 1.2 Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Gesamtwirtschaft

In ihrer Jahresprojektion rechnet die Bundesregierung in diesem Jahr mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real rund  $1\frac{1}{2}\%$ , spitz gerechnet 1,4 %. Dahinter steht die Erwartung, dass die konjunkturelle Dynamik im Jahr 2006 etwas stärker ausfallen könnte als 2005. Mittelfristig, d. h. im Zeitraum 2005 bis 2009, dürfte das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich real etwa  $1\frac{1}{2}\%$  p. a. zunehmen.

Kurzfristig dürften angesichts einer lebhaften Weltkonjunktur sowie einer weiter verbesserten Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt die wesentlichen Wachstumsimpulse weiterhin von der Auslandsnachfrage ausgehen. Allerdings sind die Aussichten gut, dass die positiven Impulse aus dem Ausland mehr und mehr auf die Binnenwirtschaft ausstrahlen. Zunächst dürften davon die Ausrüstungsinvestitionen verstärkt erfasst werden. Aber auch für den privaten Konsum ist im Jahr 2006 mit einer Belebung zu rechnen. Diese dürfte allerdings im Wesentlichen auf Sonderfaktoren (Fußballweltmeisterschaft, Vorzieheffekte im Vorfeld der Umsatzsteuererhöhung zum 1. Januar 2007) zurückzuführen sein. Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen. Die Erwerbstätigkeit sollte sich wieder aufbauen, im Jahresdurchschnitt ist allerdings von einer Stagnation auszugehen.

Die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung wird sich unter den Bedingungen einer weiterhin stabilitätsgerechten Preisniveauentwicklung vollziehen, obwohl die Energiepreiserhöhungen noch nachwirken werden. Im nächsten Jahr ist zu erwarten, dass sich die wirtschaftliche Dynamik aufgrund der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vorübergehend abschwächen wird. Das reale Wirtschaftswachstum dürfte daher im Jahr 2007 rund 1 % betragen. Auch der Arbeitsmarkt wird von der vorübergehenden Abschwächung der wirtschaftlichen

Dynamik betroffen sein, so dass die Erwerbstätigkeit nur geringfügig zunimmt. Der Beschäftigungsaufbau im Jahresverlauf könnte allerdings noch höher ausfallen als in der Projektion unterstellt, da in dieser noch nicht die jüngste Aufwärtsrevision in der Erwerbstätigenstatistik berücksichtigt werden konnte.

In den Folgejahren 2008 und 2009 wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um durchschnittlich rund  $1\frac{3}{4}\%$  p. a. zunehmen. Wichtigste Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Projektionen zur mittleren Frist sind Überlegungen zu den angebotsseitigen Bestimmungsgründen der Wirtschaftsentwicklung.

Die lang anhaltende wirtschaftliche Schwächephase, die mit einer ausgeprägten Investitionszurückhaltung einherging, hat die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten beeinträchtigt. Bei wieder vermehrten Investitionen in Sach- und Humankapital der Volkswirtschaft wird sich das jährliche Potenzialwachstum gegen Ende des Mittelfristzeitraums voraussichtlich in Richtung  $1\frac{1}{2}\%$  bewegen. Erst in der längeren Frist wird dann wieder mit einer Potenzialwachstumsrate zu rechnen sein, die sich in einer Spanne von  $1\frac{1}{2}\%$  bis 2 % bewegen dürfte.

Die stärksten Wachstumsimpulse werden im gesamten Vorausschätzungszeitraum von den Exporten ausgehen, während die Binnennachfrage erst allmählich wieder stärker zum Wirtschaftswachstum beitragen dürfte. Die für die mittlere Frist erwartete Aufwärtsentwicklung der Investitionstätigkeit dürfte Hand in Hand mit einer Ausweitung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte gehen. Beides würde sich gegenseitig verstärken. Denn einerseits bedeuten mehr Investitionen auch mehr Beschäftigung und damit eine höhere Nachfrage der privaten Haushalte. Andererseits ist eine Ausweitung der Privaten Konsumausgaben mit verbesserten Absatzperspektiven der Unternehmen verbunden, die die Investitionstätigkeit anreizen. Durch diesen sich selbst verstärkenden Prozess würde die Binnennachfrage in Deutschland nachhaltig gestärkt, während die staatlichen Konsumausgaben als Folge des Konsolidierungskurses über den gesamten Projektionszeitraum nur wenig zunehmen werden.

Bei einem mittelfristigen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um real  $1\frac{1}{2}\%$  p. a. und

einer jahresdurchschnittlichen Inflationsrate (BIP-Deflator) von etwa 1 % p.a. könnte das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen um durchschnittlich 2 ½ % p.a. steigen. Als Folge der durchgeführten Reformen sollte die Erwerbsbeteiligung steigen (Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern) und sich zugleich die Sockelarbeitslosigkeit verringern, das Erwerbspersonenpotenzial infolge der strukturellen Reformen also besser ausgeschöpft werden. Die Erwerbstätigkeit dürfte um rund ¼ % p.a. steigen, der Abbau der Arbeitslosigkeit allerdings etwas dahinter zurückbleiben.

Risiken dieser Projektion sind die Entwicklung des Ölpreises auf dem Weltmarkt sowie die unvermindert bestehenden globalen Ungleichgewichte. Aber es bestehen auch Chancen auf eine günstigere weltwirtschaftliche Entwicklung, einen niedrigeren Rohölpreis sowie positive Vertrauenseffekte durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, die die Belebung der Binnenkonjunktur kräftiger als hier unterstellt unterstützen könnten.



## 2 Finanzpolitik in Deutschland

### 2.1 Finanzpolitische Strategie und Maßnahmenpaket der Bundesregierung

Eine zentrale Aufgabe für die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Deutschland ist die Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Nur mit tragfähigen öffentlichen Haushalten können die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und der Globalisierung gemeistert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss zum einen die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme konsequent fortgesetzt werden, zum anderen müssen die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert werden. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass ein sehr moderater Ausgabenkurs allein noch nicht ausreicht, die vor allem durch eine Erosion der Steuerbasis und die anhaltende Wachstumsschwäche verursachte strukturelle Lücke im Bundeshaushalt zu schließen. Deshalb wird die Bundesregierung ihre Handlungsspielräume für strukturelle Reformen in der Haushalts- und Finanzpolitik konsequent nutzen. Die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Konsolidierung der Staatsfinanzen gehören zusammen.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung im Rahmen eines Impulsprogramms die Rahmenbedingungen für Investitionen und Beschäftigung verbessern und somit das Fundament eines sich selbst tragenden Aufschwungs festigen. Die Maßnahmen sind so konzipiert, dass sie insbesondere die Anreize für unternehmerische Tätigkeit und die private Nachfrage verbessern und damit die Wachstumsdynamik in Deutschland spürbar und nachhaltig stärken.

Um die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte zu beheben, sind gleichzeitig Konsolidierungsbeiträge sowohl von der Ausgaben- als auch von der Einnahmenseite erforderlich. Die Maßnahmen stellen zudem die Einhaltung des Defizitkriteriums des Vertrages von Maastricht ab dem Jahr 2007 sicher.

Im Sinne einer solchen Doppelstrategie wurde mit dem Koalitionsvertrag ein ausgewogenes und – nicht zuletzt auch in Bezug auf die zeitliche Verteilung der Belastungen für private Haushalte und Unternehmen – wohl aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel vorgezeichnet, welches nun Schritt für Schritt von der Bundesregierung umgesetzt wird. Ein Kernelement dieser Strategie ist, den Aufschwung im Jahr 2006 durch das Impulsprogramm zu stützen und insbesondere die auf der Einnahmenseite wirkenden Maßnahmen zur strukturellen Konsolidierung des Bundeshaushalts in wesentlichen Teilen erst im Jahr 2007 beginnen zu lassen.

### Unterstützung des Wachstums

Um die Wachstumskräfte in Deutschland dauerhaft zu stützen, wird die Bundesregierung bis zum Jahr 2009 gezielt wachstumsfördernde Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rund 25 Mrd. € umsetzen.

Durch die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte sollen die Beiträge zur Sozialversicherung auf unter 40 % zurückgeführt werden. Mit einer Reform der Unternehmensbesteuerung wird zudem ab 2008 ein modernes und international wettbewerbsfähiges Unternehmenssteuerrecht geschaffen, das die Position deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb stärkt und Investitionen in Deutschland attraktiver macht.

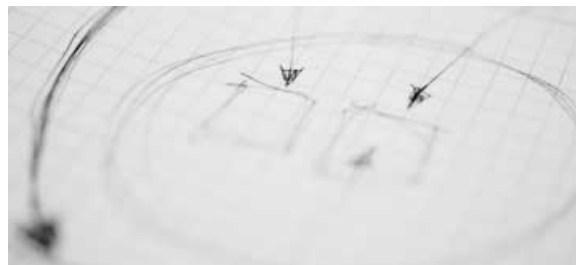
### Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Auf der Ausgabenseite sind bis 2009 Einsparungen in Höhe von insgesamt rd. 32 Mrd. € vorgesehen (u. a. in der öffentlichen Verwaltung, im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende, bei einzelnen Fördertatbeständen sowie bei den Bundesleistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung).

Der kurzfristige Spielraum für Einsparungen ist jedoch – auch im Hinblick auf die Ausgaben disziplin der vergangenen Jahre – begrenzt. Ein weiteres zentrales Element für die nachhaltige Konsolidierung ist deshalb der weitere entschlossene Abbau von Subventionen. Da die

Finanzhilfen seit 1999 bereits um nahezu die Hälfte reduziert werden konnten, liegt der Schwerpunkt der jetzt beschlossenen Maßnahmen im Bereich der steuerlichen Subventionen.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Versicherungsteuer ist ein wichtiges Element der Konsolidierungsstrategie, da sie einen wesentlichen Beitrag zur dauerhaften Stabilisierung der Einnahmenseite des Haushalts leistet und zudem die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung und damit der die Wirtschaftstätigkeit hemmenden Lohnzusatzkosten ermöglicht.



## 2.2 Reform des Föderalismus

Die institutionellen Rahmenbedingungen sind ein Faktor, der die wirtschaftliche Dynamik in einer Volkswirtschaft erheblich mitbestimmt. Sie bilden das konkrete Raster für das wirtschaftliche Handeln der Privaten sowie die (finanz-)politische Leistungsfähigkeit. In Deutschland ist der institutionelle Rahmen für die Politik insbesondere durch den Föderalismus geprägt. Obwohl er wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten beigetragen hat, ist auch seit längerem der Reformbedarf in bestimmten Bereichen erkennbar.

In der Koalitionsvereinbarung wurden konkrete Schritte zur Reform des Föderalismus vereinbart. Grundlage sind die Vorschläge aus der gemeinsam von Bundestag und Bundesrat eingesetzten Verfassungskommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Die erforderlichen Gesetzesentwürfe sind zwischenzeitlich erarbeitet worden. Ziel ist die Verabschiedung des Reformpakets zur Mitte des Jahres 2006.

Die vereinbarte Reform soll die Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern klarer zuordnen. Zu diesem Zweck sind die Stärkung

der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes in überregional bedeutsamen Bereichen sowie der Länder in regionalbezogenen Regelungsfeldern, die Abschaffung der Rahmengesetzgebung, die Reduzierung der Zahl zustimmungsbedürftiger Gesetze und der Abbau von Mischfinanzierungen vorgesehen. Wesentliche Reformmaßnahmen sind ferner Effizienzverbesserungen in der Steuerverwaltung sowie eine regionale Steuersatzautonomie der Länder bei der Grunderwerbsteuer. Die innerstaatliche Verantwortung für finanzielle Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland wegen der Verletzung von Gemeinschafts- oder Völkerrecht nach Zuständigkeits- und Aufgabenbereich von Bund und Ländern wird in der Verfassung klargestellt. Auch in der Frage der innerstaatlichen Umsetzung der Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurde ein deutlicher Fortschritt erzielt. Im Rahmen der Föderalismusreform ist vorgesehen, dass Bund und Länder eventuelle Sanktionszahlungen gemeinsam tragen. 65 % solcher Zahlungen würde der Bund tragen, 35 % die Länder. 35 % des Länderanteils würde die Ländergesamtheit solidarisch entsprechend ihrer Einwohnerzahl tragen, 65 % die Länder, die die Lasten verursacht haben, entsprechend ihres Verursachungsbeitrags. Eine entsprechende Regelung wird in die Verfassung aufgenommen. Dadurch werden gesamtstaatlich die Anreize zur Einhaltung der europäischen Vorgaben erheblich gestärkt, da zukünftig alle öffentlichen Haushalte ein Interesse an der Vermeidung von Sanktionszahlungen haben.

## 2.3 Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext

Basis für die haushaltspolitische Überwachung sowie die Entscheidungen im Rahmen der laufenden Defizitverfahren sind zum einen die einschlägigen Regelungen des Maastricht-Vertrages und zum anderen der im letzten Jahr überarbeitete Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die Bundesregierung begrüßt die Neuregelungen ausdrücklich, da sie eine angemessene Finanzpolitik in der Europäischen Währungsunion auf Basis einer umfassenden ökonomischen Einzelfallanalyse der jeweiligen Mitgliedstaaten

ermöglicht. Der für die Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – insbesondere die im Pakt vorgesehenen Ermessensentscheidungen – zentrale Maßstab ist die Frage, ob ein Mitgliedstaat eine im Sinne einer nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte richtige Finanz- und Wirtschaftspolitik verfolgt.

Für die Analyse der Umsetzung wirksamer Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Defizitverfahrens gegen Deutschland bildet das im Stabilitätsprogramm vom Dezember 2004 dargelegte finanzpolitische Maßnahmenpaket den Bezugspunkt. Diese Maßnahmen hat die Bundesregierung vollständig umgesetzt. Im Jahr 2005 wurde das strukturelle Defizit um  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt des BIP reduziert.

Das von der Bundesregierung vorgesehene Konsolidierungspaket wird die Unterschreitung des Defizitreferenzwertes des Maastricht-Vertrages im Jahr 2007 sicherstellen. Darüber hinaus gehört zu den wesentlichen Zielen die dauerhafte strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, verbunden mit einer Verbesserung der Qualität der öffentlichen Ausgaben. Um diese Ziele zu erreichen, sind weitere Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen vorgesehen.

## 3 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

### 3.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos

Die Entwicklung des Staatsdefizits wird im Wesentlichen beeinflusst durch die oben dargestellten Annahmen einschließlich der dargelegten konjunkturellen Entwicklung sowie der Auswirkungen des Maßnahmenpaketes der Koalition. Das Maßnahmenpaket hätte für sich betrachtet 2006 zu einem Anstieg des strukturellen Defizits geführt. Zusätzlich zur isolierten Betrachtung der Wirkung der Maßnahmen muss aber für die fiskalische Gesamtwirkung der Finanzpolitik berücksichtigt werden, dass in den öffentlichen Haushalten eine restriktive Grundlinie angelegt ist, die sich aus den strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen der Vorjahre ergibt.

Als Ergebnis der finanzpolitischen Konzeption wird das Staatsdefizit im laufenden Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahreswert auf gleichem Niveau verbleiben. Zwar ergeben sich aufgrund der konjunkturellen Erholung bei einer weiterhin restriktiven Ausgabenlinie deutliche Entlastungen. Aber die Einnahmen steigen im Vergleich zur Entwicklung des nominalen BIP noch deutlich unterproportional. Ein Grund hierfür ist, dass die Einnahmen 2005 durch einmalige Beihilferückzahlungen öffentlicher Ban-

ken um 0,1 % des BIP überhöht waren. Hinzu kommt ein im Vergleich zur nominalen BIP-Entwicklung deutlich unterproportionaler Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge. Per saldo ergibt sich daher trotz der unterstellten restriktiven Ausgabenentwicklung kaum ein Rückgang der Defizitquote.

Ab dem Jahr 2007 wird die Entwicklung der Defizitquote insbesondere durch die Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung bestimmt. Dazu kommt eine weiterhin restriktive Grundlinie bei der Ausgabenentwicklung. Zusammen betrachtet bewirkt diese Konsolidierungslinie einen Rückgang der Defizitquote auf  $-2\frac{1}{2}$  % des BIP. In den Folgejahren wird die Defizitquote weiter um einen halben Prozentpunkt jährlich zurückgeführt. Aufgrund der ungünstigen Ausgangsposition kann das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes jedoch nicht bis zum Ende des Planungszeitraumes erreicht werden.

### 3.2 Entwicklung des strukturellen Defizits und Anpassungspfad an das mittelfristige Haushaltsziel

Das mittelfristige Haushaltsziel im Sinne des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Staatshaushalts.<sup>1</sup> Danach sollen Defizite nur noch konjunkturbedingt entstehen und im Laufe eines Konjunkturzyklus durch Überschüsse ausgeglichen werden. Auf dem Weg zum Ziel

#### Entwicklung der Defizitquote

	2005	2006	2007	2008	2009
Defizitquote <sup>1</sup>	in % des BIP				
<b>Projektion Februar 2006</b>	- 3,3	- 3,3	- 2 1/2	- 2	- 1 1/2
Projektion Dezember 2004	- 3	- 2 1/2	- 2	- 1 1/2	-

<sup>1</sup> Die Defizite sind – mit Blick auf die mit jeder Projektion verbundenen Unsicherheiten – in den Jahren 2007 bis 2009 auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

<sup>1</sup> Vgl. Artikel 2a der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 vom 7. Juli 1997, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1055/2005 vom 27. Juni 2005.

eines ausgeglichenen Staatshaushaltes soll das strukturelle Defizit pro Jahr um durchschnittlich einen halben Prozentpunkt abgebaut werden.

Im Jahr 2005 wurde ein Abbau des strukturellen Defizits um rd. einen halben Prozentpunkt erreicht. Bei der Berechnung ist zu berücksichtigen, dass die rechnerisch ausgewiesenen Abbauschritte beim strukturellen Defizit durch die Auswirkungen von Prognoseabweichungen beim Trend-BIP und beim BIP-Deflator zu korrigieren sind.

Im laufenden Jahr wird das strukturelle Defizit auf Vorjahresniveau verbleiben. Die Konsolidierungsmaßnahmen werden im Jahr 2007 konzentriert, was zu einem Rückgang der strukturellen Defizitquote im Jahr 2007 um rd. einen Prozentpunkt führt.

### 3.3 Entwicklung des Schuldenstandes

Gegenüber der vorherigen Projektion entwickelte sich die Kreditaufnahme ungünstiger als erwartet. Zur Erhöhung des gesamtstaatlichen Schuldenstandes trugen auch die Einbeziehung der so genannten Platzhaltergeschäfte sowie die Sektoränderung der Postbeamtenversorgungskasse bei. In der Kombination dieser Effekte wird der Schuldenstand im Jahre 2005 mit 67 ½ % um 1 ½ Prozentpunkte höher ausgewiesen als im Dezember 2004 angenommen.

Auch im Jahr 2006 wird es nicht gelingen, den Schuldenstand zu stabilisieren. Der Schuldenstand wird unter den getroffenen Annahmen auf 69 % im Jahr 2006 steigen. Infolge der weiteren Konsolidierung kann der Schuldenstand bis zum Ende der Programmperiode auf 67 % des BIP zurückgeführt werden.

## 4 Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Anhaltend niedrige Geburtenraten und eine weiter wachsende Lebenserwartung werden in den kommenden Jahrzehnten zu gravierenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung führen. Das gilt für Deutschland ebenso wie für die meisten anderen Mitgliedstaaten der EU.

Kommen derzeit auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter noch weniger als 30 Personen, die 65 Jahre alt oder älter sind, so könnten es im Jahr 2050 mehr als 50 sein. Dieser Trend ergibt sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auch dann, wenn die Gesamtbevölkerung in Deutschland in den kommenden Jahren nicht wesentlich zurückgehen sollte.

Es gibt kaum einen Bereich der Gesellschaft, der von so massiven Veränderungen in der Struktur der Bevölkerung unberührt bleiben wird. Das gilt auch für die öffentlichen Haushalte. Das Bundesministerium der Finanzen hat im vergangenen Jahr einen ersten umfassenden „Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ vorgelegt.<sup>2</sup> Darin werden nicht nur die unter unveränderten Bedingungen zu erwartenden fiskalischen Folgen der Bevölkerungsalterung und bereits erzielte Fortschritte im Hinblick auf tragfähige öffentliche Finanzen aufgezeigt. Es werden auch Ansatzpunkte für ein politisches Gegensteuern entwickelt. Die Ergebnisse der Modellrechnungen belegen, dass noch vorhandene Tragfähigkeitslücken durch politische Maßnahmen geschlossen werden können.

Mit diesem Bericht, den das Bundesministerium der Finanzen in Zukunft einmal pro Legislaturperiode vorlegen wird, ergänzt die Bundesregierung das Instrumentarium, das in Deutschland für eine Überwachung der langfristigen Entwicklung in wichtigen Ausgabenbereichen schon seit längerem zur Verfügung steht.

Der Tragfähigkeitsbericht des BMF verdeutlicht, dass mit den Reformen der Agenda 2010 ein erster substanzieller Schritt zur Reduzierung der Tragfähigkeitslücke erreicht wurde.

<sup>2</sup> Der Bericht ist in deutscher und englischer Fassung auf der Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen verfügbar ([www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)).

Dennoch besteht weiterhin Handlungsbedarf. Die Politik muss mit zusätzlichen Maßnahmen auf die Herausforderungen reagieren. Dazu ist eine Gesamtstrategie notwendig, die Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik kombiniert.

Im Kern müssen alle Reformen zur Sicherung der Tragfähigkeit darauf abzielen, die sozialen Sicherungssysteme demografiefest zu machen und eine wirksame Entfaltung künftiger Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu ermöglichen. Eine Stärkung des Wachstums und ein Abbau der Arbeitslosigkeit tragen ganz wesentlich dazu bei, die Staatsverschuldung abzubauen und die sozialen Sicherungssysteme finanziell auf eine sichere Grundlage zu stellen.



## Was darf die deutsche Kreditwirtschaft von der neuen Bundesregierung erwarten?<sup>1</sup>

Das Kapitel „Finanzmarktpolitik“ ist ein Eckpfeiler des Koalitionsvertrages. In diesem Politikfeld verfolgen wir eine Strategie, die an die Erfolge der bisherigen Finanzmarktförderung anknüpft und diese mit wegweisenden Zukunftsprojekten verbindet. Auf diese Weise sorgen wir für eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung des Finanzstandorts Deutschland. Einen „Dienst nach Vorschrift“ wird es mit uns in der Finanzmarktpolitik nicht geben. Wir gestalten die Finanzmarktpolitik gerade auch im Hinblick auf die damit verbundenen positiven gesamtwirtschaftlichen Effekte.

Alles andere wäre angesichts des gewaltigen Potenzials der Finanzmärkte auch mehr als fahrlässig. So hat der Finanzdienstleistungssektor mit einer Bruttowertschöpfung von rund 86 Mrd. € einen Anteil von etwa 4,6 % am deutschen BIP. In der Finanzbranche arbeiten rund 1,4 Mio. hoch qualifizierte Beschäftigte. Damit sind Finanzdienstleistungen hierzulande eine größere „Jobmaschine“ als der Automobil- und Maschinenbau oder der Bereich Büromaschinen/Elektrotechnik. Darüber hinaus ist der deutsche Finanzmarkt mit über 80 Mio. Privatkunden der größte Retailmarkt für Finanzdienstleistungen in Europa. Dieser Befund unterstreicht einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil des hiesigen Finanzplatzes: Deutschland hat sowohl als Produktions- als auch als Vertriebsstandort für Finanzdienstleistungen enormes Leistungsvermögen. Dieses Potenzial wollen wir nutzen.

Zu den wichtigsten kreditwirtschaftlichen Vorhaben in der aktuellen Legislaturperiode zählt zweifellos die nationale Umsetzung der neuen Eigenkapitalregeln nach Basel II. Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am 15. Februar 2006 den Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten

Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzrichtlinie beschlossen. Das Gesetz dient der Anpassung des Gesetzes über das Kreditwesen an Basel II. Den Erlass der neuen Solvabilitätsverordnung und die Überarbeitung der bestehenden Groß- und Millionenkreditverordnung treiben wir zeitgleich voran.

Inhaltlich orientieren wir uns bei der nationalen Umsetzung von Basel II an den Mindestvorgaben der Kapitaladäquanzrichtlinie. Wir streben eine „1:1-Umsetzung“ an. Nationale Wahlrechte werden wir konsequent zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland nutzen. Auf diese Weise wollen wir zusätzliche Spielräume für die Mittelstandsfinanzierung schaffen. Dass uns das gelingt, darauf deuten die Ergebnisse der letzten Auswirkungsstudie der Bundesbank hin: Banken mit einem höheren Anteil am Mengengeschäft können von zum Teil erheblichen Eigenkapitalentlastungen profitieren. So sind beispielsweise für Mittelstandskredite bis 1 Mio. € nach diesen Berechnungen künftig 17 % weniger Eigenkapital nötig. Von den Banken erwarten wir im Gegenzug, dass diese Entlastungen auch an die Kunden weitergegeben werden.

Basel II wirkt sich jedoch nicht nur auf die Eigenkapitalanforderungen der Banken aus. Die Bankenaufsicht muss sich darüber hinaus einen Eindruck von den Risikomess- und Risikosteuerungsverfahren der Kreditinstitute verschaffen. Dabei gilt der Grundsatz der Risikoangemessenheit. Größere Institute mit risikoträchtigen Geschäften müssen entsprechende Systeme vorhalten. Hingegen müssen kleinere Institute mit einem risikoarmen Geschäft nur vergleichsweise wenige Vorkehrungen treffen. Demzufolge brauchen diese Maßnahmen von der Bankenaufsicht weniger häufig begutachtet zu werden als die komplexen Systeme bei den systemrelevanten Banken mit bedeutenden Risikopotenzialen.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist die redaktionell angepasste Fassung eines Artikels von Herrn Minister Peer Steinbrück in der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“ 2006, Heft 1, S. 12 ff.

Diese Unterscheidung wird mit dem Schlagwort der „doppelten Proportionalität“ beschrieben. Darauf haben sich die Bankenaufsicht und das Kreditgewerbe verständigt. Das Prinzip der doppelten Proportionalität ist ein zentrales Merkmal der neuen bankaufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat die MaRisk als Rundschreiben an die Institute am 20. Dezember 2005 veröffentlicht. Infolgedessen bedeuten die MaRisk keine einschneidenden Änderungen für die Vielzahl der kleineren Institute mit wenig risikoträchtigen Geschäften. Außerdem ermöglicht der Grundsatz der doppelten Proportionalität eine schlanke Ausgestaltung der MaRisk. Dies ist für die Institute und für die Bankenaufsicht gleichermaßen wichtig.

Schlanke Regelungen streben wir auch in anderen Bereichen an. Dabei genießt der Bürokratieabbau im Finanzsektor Priorität. Die Stichworte bessere Regulierung und Deregulierung sind für uns keine bloßen Lippenbekenntnisse. Als Pilotprojekt soll uns dabei das Investmentgesetz dienen. Nach gut zwei Jahren unter dem neuen Investmentregime ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme. Sowohl die Branche als auch die Aufsicht haben in dieser Zeit viele wertvolle Erfahrungen gesammelt. Diesen Erfahrungsschatz wollen wir für eine Weiterentwicklung des Gesetzes nutzen.

Das von uns zum Investmentgesetz durchgeführte Konsultationsverfahren war ein großer Erfolg. Die eingegangenen Stellungnahmen werden derzeit ausgewertet. Unser Ziel ist es, unter Wahrung des Anlegerschutzes mögliche Vereinfachungen vorzunehmen. Dort, wo Deregulierungen möglich sind, wollen wir entschlacken, um die Innovationskraft des Fondsstandorts Deutschland weiter zu steigern.

Wie wichtig schnelles und unbürokratisches Handeln sein kann, zeigt sich bei unseren Anstrengungen zum Ausbau des deutschen Verbriefungsmarktes. Durch die Beseitigung gewerbesteuerrechtlicher Hürden und durch die Schaffung des Refinanzierungsregisters, das für die Insolvenzfestigkeit der in der Praxis weit verbreiteten Treuhandlösungen sorgt, haben wir den Weg für so genannte True-Sale-Verbriefungen in Deutschland bereitet. An diese in der

vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gebrachten und vom Markt mit viel Lob aufgenommenen Initiativen werden wir anknüpfen. Daher wollen wir zum Beispiel bestehende Grenzen beim Erwerb von „Asset Backed Securities“ in den Anlagebestimmungen von Versicherungen, Pensionsfonds und Investmentfonds überprüfen und gegebenenfalls ändern.

Gestaltungskraft ist auch beim Ausbau privater Beteiligungs- und Risikokapitalfinanzierungen gefragt. In einem uns vorliegenden Forschungsgutachten des ZEW Mannheim zur „Private-Equity-Branche“ werden die Rahmenbedingungen für die Eigenkapitalfinanzierung in Deutschland analysiert und Verbesserungsvorschläge gemacht. Auf dieser Basis beabsichtigen wir, das bestehende Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften zu einem „Private-Equity-Gesetz“ fortzuentwickeln.

Mein besonderes Augenmerk gilt der Einführung deutscher REITs (Real Estate Investment Trusts). Dafür bedarf es innovationsfreundlicher rechtlicher und steuerlicher Rahmenbedingungen. Voraussetzungen für die REITs-Einführung sind für uns jedoch, dass eine verlässliche Besteuerung der Anleger sichergestellt wird und positive Wirkungen auf den Immobilienmarkt und den Standort zu erwarten sind. Mit REITs könnten sich Immobilienanlagen in Deutschland zu einem gängigen Kapitalmarktprodukt entwickeln. Die Klärung offener steuerlicher Fragen soll zügig erfolgen.

Um die Einführung einer neuen Asset-Klasse geht es auch beim Stichwort ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft oder Public Private Partnership – PPP). Angesichts der knapper werdenden öffentlichen Ressourcen sind wir entschlossen, wichtige Zukunftsaufgaben etwa im Infrastrukturbereich gemeinsam mit Partnern aus der Privatwirtschaft zu realisieren. Das in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gebrachte ÖPP-Beschleunigungsgesetz war hier nur ein erster Schritt zur Schaffung von mehr Rechtssicherheit und Flexibilität. Der Einsatz des Instruments ÖPP setzt darüber hinaus zweierlei voraus: Es bedarf einer standardisierten und fungiblen Assetklasse ÖPP, und wir benötigen spezialisierte Risikokapitalgeber, die Anlagegelder von Lebensversicherungen, Pensionskassen und sonstigen institutionellen Anlegern investieren. Für beide Voraussetzungen wollen wir den nötigen Ordnungsrahmen schaffen.



In der Vergangenheit war es so, dass etwa 80 % der deutschen Finanzmarktgesetzgebung auf Vorgaben der Europäischen Union beruhten. Im Wesentlichen waren dabei Richtlinien umzusetzen. Der europäische Integrationsprozess hat dabei deutliche Spuren im deutschen Kapitalmarkt hinterlassen. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Es deutet allerdings einiges darauf hin, dass die Regulierungsaktivitäten auf EU-Ebene künftig an Intensität verlieren.

Zwar befinden wir uns gegenwärtig noch mitten in der Umsetzungsphase wichtiger Vorhaben des europäischen Aktionsplans Finanzdienstleistungen von 1999. So sind beispielsweise die Übernahmerichtlinie, die Transparenzrichtlinie und die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente in das deutsche Recht zu inkorporieren. Jedoch hat die Europäische

Kommission in ihrem Ende 2005 vorgestellten Weißbuch Finanzdienstleistungen klargestellt, dass sie den Schwerpunkt der europäischen Finanzmarktintegration in den kommenden fünf Jahren auf die Konsolidierung der bereits beschlossenen Maßnahmen legen will.

In der Tat wäre niemandem damit gedient, wenn sich die europäische Gesetzgebungsmaschinerie in der bisherigen Geschwindigkeit weiterdrehte. Wir unterstützen daher den Kommissionsansatz der „dynamischen Konsolidierung“. Neue Dossiers sollten wir nur vorsichtig und allein auf der Basis eines soliden Fact Finding angehen. Das Stichwort „Better Regulation“ darf hier nicht nur als Feigenblatt dienen, sondern muss mit Leben erfüllt werden.

Ihre neue Regulierungsphilosophie muss die Kommission dabei erst noch unter Beweis stellen. Zum Hypothekarkredit, einem wichtigen kreditwirtschaftlichen Rechtsinstitut, hat die Kommission ein eigenes Grünbuch vorgelegt und ein Konsultationsverfahren durchgeführt. Die deutsche Position haben wir im Rahmen dieses Verfahrens deutlich gemacht. Wir sind uns mit der Kommission einig, dass der Hypothekarkredit für viele Menschen eines der wichtigsten Bankgeschäfte überhaupt darstellt. Darüber hinaus begrüßen wir den ergebnisoffenen Prüfungsansatz der Kommission. Der Bedarf für eine stärkere Integration der europäischen Hypothekarkreditmärkte und der dadurch erzielbare Mehrwert für den Verbraucher müssen sich erst erweisen. Ansonsten sollte in funktionierende Marktstrukturen, wie sie in Deutschland vorherrschen, nicht eingegriffen werden.

Mit einem weiteren Grünbuch beleuchtet die Kommission die europäische Investmentindustrie. So möchte die Kommission den bisherigen legislativen Rahmen besser nutzen und Hindernisse für eine weitere Integration der europäischen Investmentfondsmärkte beseitigen. Wir unterstützen die Vorschläge der Kommission in vielen Punkten. Wir haben jedoch zusätzlich angeregt, gemeinsame europäische Standards auch für Immobilien- und Hedge-Fonds zu erarbeiten, also insgesamt die Produktnovellierung etwas engagierter voranzutreiben. Beim Thema Hedge-Fonds treten wir darüber hinaus für eine international abgestimmte Regulierung und Aufsicht ein.

Das Thema Finanzmarktaufsicht nimmt im Übrigen auch im Koalitionsvertrag breiten Raum ein. Um es deutlich zu sagen: Wir wollen eine starke Aufsicht mit Biss! Aus diesem Grund sprechen wir uns etwa für die Zentralisierung der Börsenaufsicht und eine verstärkte europäische Aufsichtskonvergenz aus. Aufsicht muss aber nicht nur kraftvoll und kämpferisch, sondern im Einzelfall auch behutsam und unbürokratisch erfolgen. In diese Richtung gehen unsere Überlegungen im Bereich Rechts- und Fachaufsicht über die BaFin. Der Koalitionsvertrag sieht eine Verstärkung dieser Rechts- und Fachaufsicht vor.

Das bedeutet: der aufsichtsrechtliche Dreiklang von Integrität, Transparenz und Anlegerschutz bleibt in unserem Blickfeld. Gleichzeitig streben wir jedoch eine Finanzmarktaufsicht mit Augenmaß an, die sich flexibel auf

veränderte Marktbedürfnisse einzustellen vermag. Die Entwicklung der Rechts- und Fachaufsicht über die BaFin stellen wir uns als evolutionären Prozess vor. Aufbauen wollen wir dabei auf unseren Erfahrungen seit Schaffung der BaFin als Allfinanzaufsicht. Helfen kann uns auch ein Blick auf die Aufsichtspraxis in anderen Mitgliedstaaten der EU.

Aufsicht bedeutet für uns nicht nur staatliche Regulierung. Ebenso wichtig sind für uns die Grundsätze zur Leitung und Kontrolle innerhalb der Unternehmen selbst. Neben staatlicher Aufsicht bleibt daher für uns auch die Corporate Governance ein zentraler Begriff. Mit einer guten Corporate Governance, das haben viele Untersuchungen gezeigt, steigern die Unternehmen ihre Attraktivität für institutionelle und private Investoren. Aus diesem Grund sind Fortschritte im Bereich Corporate Governance auch ein Beitrag zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland insgesamt.

Was darf die deutsche Kreditwirtschaft also von der neuen Bundesregierung erwarten? Die Antwort ist leicht: viel, vor allem auch viel Kontinuität. In Fragen der Finanzmarktförderung besteht in Deutschland schon fast traditionell ein großer parteiübergreifender Konsens. Wenn man so will, haben wir in diesem Politikfeld mit „großen Koalitionen“ schon so unsere Erfahrungen. An diese guten Erfahrungen wollen wir anknüpfen. Dann wird der deutsche Finanzmarkt auch in Zukunft seine Bedeutung als Motor für Wachstum und Beschäftigung unter Beweis stellen.

## EU-Frühjahrsgipfel – Position der Bundesregierung zum Lissabon-Fortschrittsbericht

Die Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union steht traditionell im Zentrum des EU-Frühjahrsgipfels. Bei ihrem Treffen am 23./24. März 2006 werden die Staats- und Regierungschefs dabei insbesondere über die weitere Umsetzung der Lissabon-Strategie beraten.

Bei der Lissabon-Strategie handelt es sich um eine umfassende europäische Reformplattform, um nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung voranzubringen. Sie wurde auf dem Frühjahrsgipfel 2000 in Lissabon ins Leben gerufen und liefert die Antwort Europas auf Globalisierung und demografischen Wandel. Beim letzten Frühjahrsgipfel im Jahr 2005 wurde die Lissabon-Strategie stärker auf die Prioritäten Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet und eine klarere Zuständigkeitsverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten vereinbart. Daraufhin haben die Mitgliedstaaten im letzten Herbst erstmals Nationale Reformprogramme zur Umsetzung der Strategie vorgelegt. Parallel hierzu hat die EU-Kommission ein Lissabon-Programm der Gemeinschaft präsentiert. Alle Programme orientieren sich dabei an den Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung, die der Europäische Rat im Juni 2005 beschlossen hatte.

Die EU-Kommission hat jetzt am 25. Januar 2006 ihren jährlichen Fortschrittsbericht veröffentlicht. Darin beurteilt sie den Stand der Umsetzung der Lissabon-Strategie auf europäischer Ebene, bewertet die 25 Nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten und macht Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Strategie. Das deutsche Nationale Reformprogramm bewertet sie dabei insgesamt sehr positiv. Für das kommende Jahr empfiehlt die Kommission, die Umsetzung der Strategie ins Zentrum zu rücken und sich dabei insbesondere auf vier Themen zu konzentrieren:

- mehr Investitionen in Wissen und Innovation;
- Erschließung des Unternehmenspotenzials, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU);
- Antwort auf Globalisierung und Bevölkerungsalterung;
- hin zu einer effizienten und integrierten Energiepolitik.

Im nachfolgenden Positionspapier nimmt die Bundesregierung Stellung zu den Vorschlägen der Kommission und skizziert ihre Prioritäten für den EU-Frühjahrsgipfel. Als besonderen Schwerpunkt auf europäischer und nationaler Ebene hebt sie dabei die Frage von besserer Rechtsetzung und Bürokratieabbau hervor.

## Jetzt aufs Tempo drücken: Die neue Partnerschaft für Wachstum und Arbeitsplätze

Stellungnahme der Deutschen Bundesregierung zum Frühjahrsbericht der EU-Kommission vom 25. Januar 2006

### 1 Einleitung

Der Lissabon-Fortschrittsbericht der EU-Kommission ist ein **wichtiger Impuls und Beitrag** für den vor uns liegenden Frühjahrgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2006. Auf diesem Gipfel muss unsere gemeinsame europäische Botschaft für Wirtschaft und Arbeitsplätze bekräftigt und erneuert werden: Wir müssen alles unternehmen, um nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung voranzubringen.

Insbesondere vor dem **Hintergrund jüngster Umfragen und Erfahrungen** müssen wir den Beweis antreten, dass Europa nicht Teil unserer Probleme, sondern Teil ihrer Lösungen ist – gerade auch im Bereich von Wirtschaft und Arbeitsplätzen. Deshalb ist dieser Bericht im weiteren Sinne auch ein Beitrag zur Diskussion über die Zukunft unserer Europäischen Union, die die Anliegen ihrer Bürger noch stärker aufgreifen muss als in der Vergangenheit.

Die Kommission sieht ein Jahr nach Halbzeitbilanz und **Neuausrichtung der Lissabon-Strategie** einen breiten Konsens in Europa über das, was im Rahmen der Lissabon-Strategie in der gegenwärtigen Lage zu tun ist. Die Bundesregierung stimmt mit ihr überein, dass der Schwerpunkt jetzt auf der Implementierung der bereits geplanten Maßnahmen liegen muss, insbesondere auf nationaler Ebene.

### 2 Allgemeine Einschätzung des Frühjahrsberichts

Für die Bundesregierung ist die **Lissabon-Strategie** die politische Priorität ihres Handelns auf europäischer Ebene. Für diesen Diskussionsprozess bietet der vorgelegte Fortschrittsbericht eine gute und hilfreiche Grundlage. In diesem Kontext wird die Bundesregierung auch verstärkt den Erfahrungsaustausch mit Deutschlands Partnern in der Union suchen.

Wesentlicher Teil dieser Diskussion wird unter anderem die Frage sein, wie wir mit der zentralen **Herausforderung von Globalisierung und demografischem Wandel** in Zukunft umgehen wollen. Die Bundesregierung nimmt diese Herausforderung im Rahmen der Lissabon-Strategie politisch gestaltend an. Trotz der enormen Veränderungen in der Weltwirtschaft setzt die Bundesregierung sich nachdrücklich dafür ein, dass das Europa von morgen wie das Europa von heute ein Europa der Sozialen Marktwirtschaft sein wird und eine menschliche Gesellschaft mit wirtschaftlichem Erfolg sicherstellt.

Dieser Erfolg basiert insbesondere auf funktionierenden Märkten, nachhaltigem Wachstum und einer starken Binnennachfrage. Hierfür kommt auch der Stärkung des Verbrauchervertrauens durch angemessenes Einbeziehen der Verbraucherinteressen hohe Bedeutung zu. Darüber hinaus müssen **sozialer und ökologischer Ausgleich** heute wie morgen Teil einer lebenswerten Gesellschaft sein. Mit anderen Worten: Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik sollten gleichermaßen ihren Beitrag zur Erreichung der Lissabon-Ziele leisten.

Für den **Reformprozess auf nationaler Ebene** hat die Bundesregierung ihr Nationales Reformprogramm (NRP) am 7. Dezember 2005 verabschiedet, d. h. nur wenige Tage nach der Bildung der

neuen Bundesregierung. Sie bringt hiermit ihre klare Entschlossenheit zum Ausdruck, den strukturellen Reformprozess in Deutschland entschieden voranzutreiben. Die vom Ministerrat verabschiedeten gemeinsamen Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung erlauben es, positive Reform Erfahrungen unter den Mitgliedstaaten auszutauschen und damit den nationalen Reformprozessen neue Impulse zu verleihen.

Die **Europäische Kommission** bewertet das deutsche Nationale Reformprogramm insgesamt sehr positiv und bestätigt damit die Bundesregierung in dem von ihr eingeschlagenen Reformkurs. Dies gilt sowohl hinsichtlich der weiteren Haushaltskonsolidierung als auch in Bezug auf die angestrebte weitere Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes und die Stärkung der Wissensgesellschaft sowie schließlich mit Blick auf die bereits angelaufenen Arbeitsmarktreformen.

### 3 Bessere Rechtsetzung

Ein Bereich von ganz besonderer Bedeutung für die Bundesregierung ist die Frage von besserer Rechtsetzung und **Bürokratieabbau**. Unnötige bürokratische Anforderungen behindern unternehmerische Dynamik und stellen eine nicht unerhebliche Hürde für eine innovativere und wissensintensivere Wirtschaft dar. Sie schaden vor allem kleinen und mittleren Unternehmen, die in Europa zwei Drittel der Arbeitsplätze stellen.

Die Bundesregierung erachtet die **bessere Rechtsetzung** auf nationaler und europäischer Ebene als wesentliches Kernelement der Lissabon-Strategie. Erste wichtige Schritte wurden bereits in Angriff genommen. Die Bundesregierung setzt die im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 vorgesehenen Instrumente für den Bürokratieabbau zügig um. Auf europäischer Ebene ist die Folgenabschätzung von Gesetzesvorhaben nun implementiert. Die Kommission hat 68 anhängige Legislativvorschläge zurückgezogen und ein Programm zur Überarbeitung von 222 grundlegenden Rechtsvorschriften auf den Weg gebracht.

Die Bundesregierung wird sich für eine weitere Intensivierung des Bürokratieabbaus einsetzen. Dabei setzt sie **zwei zentrale Prioritäten**:

1. Zusätzliche Innovations- und Wachstumsspielräume für Unternehmen durch Bürokratieabbau entstehen dann, wenn kosten- und zeitintensive staatlich auferlegte Anforderungen klar identifiziert und auf das Maß begrenzt werden, das zur Erfüllung der gewünschten politischen Zielsetzung erforderlich ist. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Union führen derzeit **Verfahren zur Identifizierung und Messung von Bürokratiekosten** ein. Die Europäische Kommission wird diese Verfahren bei der Folgenabschätzung und im Rahmen der Vereinfachungsinitiative anwenden bzw. testen. In Deutschland werden derzeit die organisatorischen und administrativen Voraussetzungen für ein quantitatives Identifizierungsverfahren nationaler staatlicher Informations- und Berichtsanforderungen an Unternehmen in Anlehnung an das Vorgehen anderer Mitgliedstaaten geschaffen.

In diesem Kontext begrüßt die Bundesregierung die Initiative der Kommission, einen intensiven **Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten** zu organisieren, damit sich beste Praktiken rasch verbreiten und Anreize zur Einführung der Bürokratiekostenmessung in allen Mitgliedstaaten geschaffen werden. Die Europäische Kommission wird zudem aufgefordert sicherzustellen, dass die ergänzenden Messungen von Bürokratiekosten der EU-Ebene mit laufenden nationalen Initiativen methodisch und finanziell abgestimmt werden, damit die Mitgliedstaaten nicht mit unnötigem zusätzlichem Ressourcenaufwand belastet werden.

2. Die von Kommissionspräsident Barroso und Vizepräsident Verheugen eingeleitete **Vereinfachung des ordnungspolitischen Umfeldes** wird von der Bundesregierung nachdrücklich unterstützt. Diese Initiative muss über das derzeitige vorläufige Vereinfachungsprogramm hinaus ausgeweitet werden. Die Bundesregierung appelliert an die Kommission, die angekündigte Überprüfung der Rahmenbedingungen für wichtige Industriezweige und den Dienstleistungssektor rasch voranzutreiben. Im Rahmen der Vereinfachung muss der effizienten Ausgestaltung des europäischen Regelungsbestandes auch durch Reduzierung seines Umfangs ein stärkeres Gewicht eingeräumt werden. Um diesem Prozess eine stärkere Dynamik zu verleihen und um den Mitgliedstaaten mehr Anhaltspunkte für den nationalen Bürokratieabbau zu liefern, wird vorgeschlagen, dass die Kommission dem Rat halbjährlich Bericht über ihre Vereinfachungsinitiative erstattet.

#### 4 Die Position der Bundesregierung zu den vier Schwerpunkten des Fortschrittsberichts

Der Frühjahrsbericht der Kommission identifiziert vier wichtige **Themenschwerpunkte**. Die im Rahmen dieser vier Schwerpunkte vorgeschlagenen Maßnahmen müssen in den jeweiligen Ratsgremien sorgfältig diskutiert werden. Einen Blankoscheck für Kommissionsaktivität wird es in keinem der genannten Felder geben. Folgende **Kriterien** sind dabei für diese Diskussion zentral:

- der Beitrag zu nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung;
- die Zuständigkeit der Union sowie die Erzielbarkeit eines europäischen Mehrwerts;
- die Einhaltung bestehender Finanzierungsvereinbarungen.

Im Einzelnen beurteilt die Bundesregierung die vier von der Kommission im Frühjahrsbericht vorgeschlagenen Themenschwerpunkte wie folgt:

##### 4.1 Mehr Investitionen in Wissen und Innovation

Die Bundesregierung begrüßt ein stärkeres Engagement der Mitgliedstaaten für **Forschung und Entwicklung** (FuE) sowie Innovationen. Der Ausbau der Wissensgesellschaft steht deshalb auch im Mittelpunkt ihres Nationalen Reformprogramms.

Im Bereich **FuE** unterstützt die Bundesregierung insbesondere den Vorschlag der Kommission, dass die einzelnen Mitgliedstaaten bis zum Europäischen Rat im März 2006 klare finanzielle Orientierungen festlegen, damit der Europäische Rat ein glaubwürdiges Ausgabenziel für die Gemeinschaft als Ganzes setzen kann. Die Bundesregierung hat für Deutschland ein 3%-Ziel bis 2010 festgelegt und begrüßt die Forderung der Kommission an die Mitgliedstaaten, ihre FuE-Investitionen weiter zu steigern. In Deutschland wird die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode zusätzliche Mittel von 6 Mrd. € für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stellen. Sie werden dazu beitragen, dass die Förderung von **Spitzentechnologien und hochinnovativen Leuchtturmprojekten** in einer Vielzahl von Bereichen die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Technologiestandorts stärkt. Mit einer High-Tech-Strategie wird die Bundesregierung die innovationspolitischen Rahmenbedingungen verbessern. Die Strategie umfasst alle Elemente der Innovationskette, von der Forschungsförderung über die Anwendungsreife bis zur Markteinführung.

Auch die Kommissionsvorschläge zu **Innovationsbeihilfen** werden im Grundsatz unterstützt. Allerdings gibt es Vorbehalte gegenüber Vorstellungen, solche Beihilfen von einem wie immer



gearteten „Marktversagen“ abhängig zu machen. Dies dürfte operationell nicht sinnvoll umsetzbar sein. Eine steuerliche Förderung von FuE hingegen wird abgelehnt, weil hier hohe Mitnahmeeffekte und eine weitere Verkomplizierung der nationalen Steuersysteme zu erwarten wären.

Im Bereich der **Hochschulförderung** sollten sich Universitäten ergänzende private Finanzierungsquellen suchen. Die Einrichtung von Technologietransferbüros ist zu unterstützen, sollte sich jedoch nicht nur auf Technische Universitäten beschränken. Eine Steigerung der staatlichen Investitionen in die Hochschulbildung wird begrüßt, allerdings ist die von der Kommission vorgeschlagene Vorgabe nicht realistisch (2 % des BIP EU-weit bis 2010) angesichts des derzeitigen Niveaus (1,28 % des BIP) und geht zudem über die vom Ministerrat beschlossenen Leitlinien hinaus.

Im Bereich der **Technologieförderung** sind insbesondere beim Vorschlag der Kommission für die Einrichtung eines Europäischen Technologieinstituts noch ganz grundsätzliche Fragen rechtlicher, finanzieller und sachlicher Art wie auch die Frage des europäischen Mehrwerts zu prüfen, um Möglichkeiten auszuloten, neben dem ERC (European Research Council) eine verstärkte Profilbildung der europäischen Wissenschaftslandschaft zu erreichen. Eine Vorfestlegung in dieser Frage durch den Europäischen Rat lehnt die Bundesregierung ab. Gleichzeitig hält die Bundesregierung den europäischen Mehrwert der im 7. Forschungsrahmenprogramm vorgesehenen „Gemeinsamen Technologieinitiativen (JTIs)“ für noch nicht ausreichend geklärt. Deutschland regt an, hier zunächst eine pilothafte Erprobung einiger weniger JTIs (unter Industrieführung) vorzunehmen.

## 4.2 Erschließung des Unternehmenspotenzials, insbesondere von KMU

Die Bundesregierung ist unverändert überzeugt, dass die **Rahmenbedingungen für Unternehmen** und insbesondere für KMU weiter verbessert werden müssen, um die Wirtschaft in der EU auf einen dynamischeren Wachstums- und Beschäftigungspfad zu führen. Die von der Kommission hierfür vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen zur Erleichterung der Unternehmensgründung, zur Erschließung unternehmerischer Begabungen, zur Vereinfachung grenzüberschreitender Geschäftsverbindungen, zur Verbesserung des Zugangs zu den Finanzierungsinstrumenten sowie zur besseren Nutzung der Strukturfonds werden eindeutig unterstützt.

Im Einzelnen begrüßt die Bundesregierung:

- die Schaffung von einheitlichen Ansprechpartnern (**One-Stop-Shops**) zur Vereinfachung der Unternehmensgründungen: In Deutschland sind Vorarbeiten für ein solches Projekt bereits im Gange („startothek“);
- in Bezug auf das vorgeschlagene Gründer-Training in Schullehrplänen: ganz allgemein zunächst eine **stärkere ökonomische Bildung** auch an allgemein bildenden Schulen;
- die Weiterentwicklung der **Finanzierungsinstrumente des Rahmenprogramms Wettbewerbsfähigkeit und Innovation**, um den Kreditzugang für KMU zu verbessern: Allerdings sollte diese kompatibel mit bereits bestehenden Instrumenten sein und auch den nationalen Förderinstituten zugänglich gemacht werden.

Die Einführung einer Sitzlandbesteuerung für KMU wird hingegen abgelehnt. Die Bundesregierung sieht die **Schaffung einer einheitlichen konsolidierten Bemessungsgrundlage** als zielführender an, da dieser Ansatz aussichtsreicher und umfassender ist. Auch die Ein-Ort-Registrierung für Mehrwertsteuer-Zwecke wird abgelehnt, weil dies die heimische Verwaltung belasten würde, ohne den Unternehmern entscheidende Erleichterungen zu bringen. Zudem würde das langfristige Ziel einer Mehrwertsteuer-Besteuerung nach dem Ursprungslandprinzip konterkariert.

### 4.3 Die Antwort auf Globalisierung und Bevölkerungsalterung

Die Bundesregierung teilt die Analyse der Kommission zu den **Herausforderungen von Globalisierung und Bevölkerungsalterung**. Die Bundesregierung wird ihre enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern auch auf europäischer Ebene in diesem Bereich fortführen und ebenfalls den Dialog mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln.

Für die Bundesregierung ist die Sicherstellung der langfristigen **Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen** eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Dies erfordert eine Gesamtstrategie, welche Maßnahmen der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik kombiniert. Die Konsolidierung der Finanzen muss fortgesetzt, die sozialen Sicherungssysteme müssen demografiefest gemacht und die wirksame Entfaltung künftiger Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten muss gesichert werden.

Die Vorschläge der Kommission zur **Beschäftigungsförderung** werden in ihrer Zielsetzung grundsätzlich unterstützt. Allerdings gehen manche Vorschläge über die in den beschäftigungs-politischen Leitlinien verabschiedeten Zielsetzungen und Benchmarks hinaus. Grundlage für Maßnahmen und Aktionen im Rahmen der Lissabon-Strategie sollten die verabschiedeten integrierten Leitlinien sein.

In Einklang mit den Zielsetzungen der europäischen Beschäftigungsstrategie verfolgt die Bundesregierung einen **lebenszyklusorientierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik** mit dem Ziel, dass Menschen jedes Alters angemessene Unterstützung und Beratung erhalten. Die Bundesregierung wird jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot schaffen und ihre Strategien zur Gleichstellung der Geschlechter sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiterentwickeln. Im Einzelnen:

- **Strategien für aktives Altern:** Aufgrund der demografischen Entwicklung ist eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit unerlässlich. Hier ist eine aktivierende Politik notwendig, die es älteren Menschen ermöglicht, ihre Potenziale stärker in Wirtschaft, Arbeitsleben und Gesellschaft einzubringen. Die Sozialpartner sind hier aufgefordert, eine altersgerechte Arbeitszeitgestaltung, gleitende Übergänge in den Ruhestand, aber auch Qualifizierungsmaßnahmen stärker auszubauen. Verpflichtende Zielvorgaben, die Weiterbildungsförderung für Ältere überproportional gegenüber anderen Altersgruppen zu steigern, lehnt die Bundesregierung ab. Die detaillierte Ausgestaltung der Politik des aktiven Alterns sollte den Mitgliedstaaten überlassen bleiben.
- **Flexicurity, Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen:** Die Bundesregierung unterstützt den Ansatz eines Gleichgewichts zwischen Flexibilität und Beschäftigungssicherheit. Sie tritt für eine offene Auslegung des Begriffs „Flexicurity“ ein. Aus Sicht der Bundesregierung ist „Flexicurity“ eine Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Weitere gesetzliche Regelungen zur Arbeitszeitflexibilisierung sind auf europäischer Ebene nicht erforderlich.
- **Systeme der sozialen Sicherheit und Mobilität:** Die Bundesregierung unterstützt eine Erleichterung der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt. Der Richtlinienvorschlag zur Portabilität stellt neue Anforderungen an die betriebliche Alterssicherung, berücksichtigt dabei aber nicht die nationalen Besonderheiten und birgt Risiken einer zusätzlichen Belastung der Arbeitgeber. Dies könnte eine weitere Ausweitung der freiwilligen betrieblichen Altersvorsorge behindern. Vor dem Hintergrund der aktuellen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Entwicklung in Deutschland und Europa ist die beschleunigte Aufhebung „aller“ Einschränkungen der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der EU, wie von der Kommission aktuell gefordert, aus Sicht der Bundesregierung nicht angebracht.

- **Strategien zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Gleichstellung:** Die Bundesregierung schafft Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, z. B. einen bedarfsgerechten Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung. Durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) wurde gesetzlich verankert, dass bis zum Jahr 2010 230 000 zusätzliche Plätze für unter dreijährige Kinder entstehen. Zugleich trägt die Bundesregierung damit zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen bei. Neben dem Ziel, die Erwerbstätigenquote von Frauen weiter zu steigern, verfolgt die Bundesregierung weiterhin das Ziel, die Frauenquote in zukunftsorientierten Berufen und Führungspositionen zu steigern.
- **Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt:** Die Bundesregierung teilt die Ansicht, dass eine stärkere Eingliederung von arbeitslosen Jugendlichen in den Arbeitsmarkt sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene unerlässlich ist. Wir wollen in Deutschland erreichen, dass kein junger Mensch länger als drei Monate arbeitslos bleibt.

#### 4.4 Hin zu einer effizienten und integrierten Energiepolitik

Wie die Kommission erkennt auch die Bundesregierung die **Bedeutung einer wettbewerbsfähigen Energieversorgung** für Wachstum und Arbeitsplätze. Deren Sicherstellung – unter gleicher Berücksichtigung der Belange des Umwelt- und des Klimaschutzes – ist die wichtigste Herausforderung der zukünftigen Energiepolitik. Zentrale Rollen nehmen dabei – angesichts steigender Preise für Erdöl und Erdgas auf den Weltmärkten – entsprechend dem Kommissionsansatz die Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie die Diversifizierung der Energiequellen ein.

Zur Stärkung und Vertiefung des **Binnenmarkts für Energie** (Strom und Erdgas) schließt sich die Bundesregierung der Forderung der Kommission nach einer zügigen Umsetzung des Zweiten Binnenmarktpakets in sämtlichen EU-Mitgliedstaaten mit dem Ziel einer Marktöffnung für alle Kundengruppen bis zum Juli 2007 an. Eine wichtige Rolle bei der Marktöffnung nehmen die grenzüberschreitenden Leitungen (Interkonnektoren) ein. Die Entscheidungen über diesbezügliche weitere Investitionen liegen allerdings in erster Linie in unternehmerischer Verantwortung.

Im Bereich **erneuerbarer Energien und Energieeffizienz** unterstützt die Bundesregierung nachdrücklich den Ansatz der Kommission, zur Steigerung der Versorgungssicherheit in Europa Innovation und Forschung zu stimulieren. Mit Blick auf Energieeffizienzmaßnahmen, für die es insbesondere in den Sektoren Gebäude, Haushalt und Verkehr erhebliche Potenziale gibt, bleibt der Ansatz der Kommission allerdings zu unkonkret. Er wird im Rahmen des von der Kommission angekündigten Aktionsplans für Energieeffizienz näher zu spezifizieren sein. Anstelle der von der Kommission angekündigten Entwicklung eines europäischen Förderrahmens für erneuerbare Energien zum Abbau der bisherigen Unterschiede der nationalen Fördersysteme sieht die Bundesregierung zunächst nur die Notwendigkeit einer Koordinierung. Wesentlich ist die Fortführung des EU-weiten Ausbaus der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung von gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Aspekten und die Fortschreibung der Ausbauziele für erneuerbare Energien für das Jahr 2020.

Nicht näher spezifiziert ist auch der stärker fokussierte, kohärentere und integrierte Kommissionsansatz für die **Versorgungssicherheit**. Zur Krisenvorsorge kann auch in Zukunft auf die bewährten Mechanismen der Internationalen Energieagentur und der EU zurückgegriffen werden. Aus Sicht der Bundesregierung sind in den Beziehungen mit wichtigen Förder- und Verbraucherländern und -regionen sowohl die kommissionsseitig als auch die auf nationaler Ebene geführten Gespräche für die Sicherung unserer Energieversorgung von Bedeutung. Bei kommissionsseitig geführten Dialogen müssen die EU-Mitgliedstaaten zukünftig noch stärker und rechtzeitiger von der Kommission eingebunden werden.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass neben den von der Kommission angesprochenen Bereichen auch die Unterstützung der **Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie** sowie der **Klimaschutz**, insbesondere die Orientierung der EU am Zielwert eines globalen Temperaturanstiegs um höchstens 2° Celsius, berücksichtigt werden müssten; wichtige Anreize liefert hier der Emissionshandel, der mit dem Ziel überprüft und weiterentwickelt werden muss, die ökologische Effektivität und die ökonomische Effizienz zu erhöhen. Bei der Wahl von Instrumenten bei Klimaschutz, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz soll darauf geachtet werden, dass diese sozial vertretbar sind und die Industrie im Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

#### 4.5 Weitere Anliegen der Bundesregierung

Neben den von der Kommission zu Recht hervorgehobenen vier Handlungsschwerpunkten sollten weitere Aspekte nicht aus den Augen verloren werden. Vor dem Hintergrund der Neufokussierung der Lissabon-Strategie wird die Bundesregierung insbesondere Vorschläge unterstützen, die gleichzeitig der gesteigerten Ressourceneffizienz sowie Wachstum und Beschäftigung dienen. Im Bereich der Umweltpolitik bedauern wir zudem, dass die Ausführungen im Frühjahrsbericht hinter den Aussagen des Europäischen Rates vom März 2005 zurückbleiben. Ebenso sollte die Bedeutung von **leistungsfähiger Infrastruktur, Interoperabilität sowie Transport und Logistik** im Rahmen einer ressourceneffizienten Mobilität für einen funktionierenden Binnenmarkt und damit für Wachstum und Beschäftigung Beachtung finden. Hier wird verstärktes Engagement gefordert sein, insbesondere auch im Hinblick auf eine Zusammenführung der Aktivitäten in den verschiedenen Politikbereichen (u. a. Forschung, Verkehr).

Vor diesem Hintergrund muss aus Sicht der Bundesregierung der Realisierung von Verkehrsnetzen, einer intelligenten Nutzung der bestehenden Verkehrswege einschließlich der Verbesserung der Interoperabilität innerhalb der Verkehrssysteme, z. B. beim grenzüberschreitenden Schienenverkehr, sowie der Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsträger durch eine **integrierte Verkehrspolitik** weiterhin große Aufmerksamkeit geschenkt werden.

### 5 Überlegungen zum weiteren Vorgehen bei der Lissabon-Strategie

Im Bereich der so genannten Governance der Lissabon-Strategie gilt es, die von der Kommission im Rahmen der Lissabon-Halbzeitbilanz propagierte „**neue Partnerschaft**“ mit Leben zu füllen. Die Mechanismen der neu ausgerichteten Lissabon-Strategie werden den Reformprozess in den Mitgliedstaaten ganz wesentlich beflügeln. Der Erfahrungsaustausch zwischen Mitgliedstaaten sollte hierbei im Vordergrund stehen.

Als Grundlage hierfür sollte die Kommission auch weiterhin die Nutzung von geeigneten Formen von **Benchmarking und Erfahrungsaustausch** zwischen Mitgliedstaaten propagieren, die den Prozess des Strukturwandels in den Mitgliedstaaten konstruktiv begleiten und bereichern. Eine vertiefte vergleichende Analyse von in den Mitgliedstaaten angewandten Instrumenten könnte dabei hilfreich sein. Auch die so genannten Strukturindikatoren können in diesem Kontext eine nützliche Rolle spielen.

**Mitgliedstaaten und Kommission** werden in Zukunft daran gemessen werden, inwieweit die Lissabon-Strategie nach ihrer Refokussierung im März 2005 einen noch wirksameren Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in Europa leistet. Dies gilt auch für das Lissabon-Programm auf europäischer Ebene, für das die Kommission die Verantwortung trägt.

Im Kontext der neuen Partnerschaft begrüßt die Bundesregierung die Bereitschaft der Kommission, mit den Mitgliedstaaten auch bilateral Fragen struktureller Reformpolitik zu erörtern. Sie unterstreicht gleichwohl, dass diese bilateralen Kontakte nicht die **multilaterale Surveillance** ersetzen dürfen, wie sie seit langem erfolgreich in den Ratsgremien durchgeführt wird.

Für die Zukunft muss im Weiteren dafür Sorge getragen werden, dass die **Abgrenzung der Zuständigkeiten** zwischen Union und Mitgliedstaaten gebührende Beachtung findet. Im vorgelegten Kommissionsbericht ist dies in einigen Feldern nicht hinreichend berücksichtigt worden. So enthält der Bericht unter anderem eine Reihe zusätzlicher Zielvorgaben für Politikbereiche, die klar in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen. Dies betrifft zum einen den Bereich der Hochschulbildung und zum anderen quantitative Beschäftigungsziele. Wegen der bekannten Position der Bundesregierung in diesen Fragen können derartige Vorschläge nicht umgesetzt werden.

Die Bundesregierung bekräftigt in diesem Kontext ihre bereits in ihrer Stellungnahme zur Halbjahresbilanz der Lissabon-Strategie und im Nationalen Reformprogramm geäußerte Absicht, ihre Reformvorstellungen in Zukunft ausführlich zu kommunizieren und Wirtschaft und Gesellschaft **rechtzeitig und umfassend** in den Reformprozess einzubinden. Sie wird bereits das nächste Nationale Reformprogramm nach diesen Orientierungen erstellen und es auf Grundlage der Bewertung und Anfang 2007 gegebenenfalls vorliegender länderspezifischer Empfehlungen der Kommission unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft beraten.



# Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinvestitionen

ZUSAMMENFASSUNG EINER STUDIE DES FiFo KÖLN UND DER PTV AG KARLSRUHE, AUTOREN: RA ROMAN BERTENRATH, FiFo KÖLN; DR. CHRISTOPH WALTHER, PTV AG KARLSRUHE; DR. MICHAEL THÖNE, FiFo KÖLN.

1	Einleitung .....	71
2	Der outputorientierte Ansatz .....	72
3	Wirkungsketten .....	74
4	Der ressourcenorientierte Ansatz .....	74
5	Zusammenschau der Verfahren .....	76
6	Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Rahmen wachstumsorientierter Haushaltsplanung .....	77

## 1 Einleitung

Die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen ist ein zentrales Anliegen der deutschen Finanzpolitik. Ziel der qualitativen Konsolidierung ist es, unter Beachtung der jeweiligen nationalen und europäischen Budgetbeschränkungen eine Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte weg von vergangenheitsbezogenen, hin zu wachstumsfördernden Ausgaben zu erreichen.

Im Rahmen einer qualitativen Konsolidierung sind diejenigen staatlichen Ausgaben zu identifizieren, von denen eine positive Wirkung auf Entstehung und Erhalt langfristiger Wachstumspotenziale erwartet werden kann. Aufbauend auf bisher eher allgemein gehaltenen Studien in diesem Bereich<sup>1</sup> kann die Analyse der Verkehrsinvestitionen als eine exemplarische Vertiefung dieses Themenkomplexes anhand eines konkreten Betrachtungsgegenstandes dienen. Die Kernfrage lautet dabei, unter welchen Voraussetzungen Verkehrsinvestitionen positive Effekte auf das Potenzialwachstum einer Volkswirtschaft auslösen können.

Das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo) hat diese wie auch weitere Fragen in Zusammenarbeit mit der Planung Transport Verkehr AG (PTV) im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen analysiert.<sup>2</sup> Die folgenden Abschnitte geben eine Zusammenfassung der Untersuchung wieder.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Monatsbericht des BMF, März 2004, „Wachstums- und nachhaltigkeitswirksame öffentliche Ausgaben („WNA“)“ oder Monatsbericht des BMF, Oktober 2005, „Die Arbeitsgruppe des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Europäischen Union zur Qualität der öffentlichen Finanzen“.

<sup>2</sup> Die vollständige Studie wird vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln veröffentlicht.

<sup>3</sup> Die dargelegten Ergebnisse und Schlussfolgerungen geben die Meinung der Autoren und nicht notwendigerweise die des Bundesministeriums der Finanzen wieder.



## 2 Der outputorientierte Ansatz

Verschiedene internationale Forschungsvorhaben haben den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur untersucht. Kernelemente der Untersuchung waren jeweils die Feststellung der Kausalitätsrichtung (d.h. verursachen Verkehrsinfrastruktur Investitionen Wachstum oder zieht Wachstum Verkehrsinfrastruktur Investitionen nach sich?) sowie die Ermittlung des quantitativen Effekts der Investition, ausgedrückt durch so genannte Output-Elastizitäten (d.h. um wie viel Prozent erhöht sich das BIP, wenn sich die Verkehrsinfrastruktur Investitionen um 1% erhöhen?).

Erste Studien über den Zusammenhang zwischen Infrastruktur-Investitionen und Wachstum gelangten mit Hilfe eines stark vereinfachten makroökonomischen Produktionsfunktionsansatzes zu recht hohen Elastizitätswerten. Hierbei wurde allerdings die Frage, auf welche Art öffentlicher Infrastruktur der Outputeffekt exakt zurückzuführen ist, völlig ausgeblendet. Die traditionellen Produktionsfunktionsansätze beinhalteten zudem nicht das „Straßenverkehrskapital“ als Inputfaktor, obwohl inzwischen nachgewiesen werden konnte, dass gerade das für Schnellstraßen verwendete Kapital einen signifikanten Einfluss auf die Leistungsfähigkeit bestimmter Industriezweige hat; auch demografische Effekte, der Industrie-Mix in einer Region sowie Qualität und Niveau der sonstigen Infrastruktur beeinflussen die Nachfrage nach Verkehrsinfrastruktur einzelner Betriebe nicht unerheblich.

In der Folgezeit wurden die Modellierungen verfeinert. Es wurden weitaus geringere Investitionseffekte auf das Wachstum ermittelt, erst recht, je kleiner das räumliche Untersu-

chungsgebiet war. Obwohl sowohl Produktions- als auch Kosten- und Gewinnfunktionsansätze – je nach konkreter Modellierung und Datenqualität – quantitativ recht unterschiedliche Ergebnisse aufweisen, gelangen diese Ansätze insgesamt zumindest zu einem schwach positiven Wirkungszusammenhang zwischen öffentlichen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen und Wirtschaftswachstum.

Keine hinreichend belastbaren Aussagen können die konventionellen makroökonomischen Studien hingegen zu konkreten regionalen Auswirkungen treffen, da sie auf einer hoch aggregierten Ebene ansetzen. So ist es unmittelbar einleuchtend, dass z.B. eine Verkehrsinfrastrukturmaßnahme in Norddeutschland kaum messbare Wachstumseffekte in Süddeutschland auslöst; gesamtwirtschaftlich ist dieser Wachstumseffekt mit klassischen makroökonomischen Modellen kaum messbar bzw. zurechenbar. Anders ausgedrückt: Wachstumseffekte, die mit klassischen makroökonomischen Modellen auf hoch aggregierter Ebene grob identifiziert werden, können mit diesem Modell nicht mehr zweifelsfrei auf eine konkrete (verkehrsspezifische) Investition in einer bestimmten Region zurückgeführt werden. Des Weiteren bleiben im Rahmen klassischer makroökonomischer Studien die Effekte vieler Infrastrukturvariablen und Rahmenbedingungen ausgeblendet; neben Wirkungen von Angebots- und Nachfrageänderungen werden auch Folgen des technologischen Fortschritts auf regionales Wachstum und Produktivitätsverbesserungen nicht weiter ausdifferenziert und analysiert.

Im Bewusstsein dieser Mängel der klassischen makroökonomischen Studien behandeln stärker disaggregierte Ansätze in der Folgezeit die Beziehung zwischen Infrastrukturinvestitionen und Wirtschaftswachstum aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln. Sie konstatieren infolgedessen variierende Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung je nach Region oder hauptsächlich betroffener Branche. Um regionale Besonderheiten besser einzufangen, werden in neueren Studien Quasi-Produktionsfunktionsansätze verwendet, bei denen man die öffentliche Infrastruktur nicht mehr als aggregierten Inputfaktor begreift, sondern als Potenzialfaktor, der in einer gesonderten Potenzialfaktoranalyse auf regio-



naler Ebene ermittelt und separat in die Produktionsfunktion der Region eingebracht wird.<sup>4</sup>

Im Unterschied zur rein makroökonomischen Betrachtung wird hier deutlich, dass privates und öffentliches Kapital nur in ihrem Zusammenspiel wachstumswirksam sein können: Ein durch reichhaltige Infrastrukturbereitstellung bedingter hoher Potenzialfaktor führt ohne private Investitions- und Produktionstätigkeit nicht zu mehr Wachstum und vice versa. Zwar leiden diese Ansätze wiederum an dem Problem fehlender Inputdaten und mangelhafter intraregionaler Vergleichbarkeit. Gleichwohl zeigt sich auch bei Verwendung von Quasi-Produktionsfunktionen ein zumindest gesicherter und schwach positiver Zusammenhang zwischen Infrastrukturausstattung und (regionalem) Wachstum. Bei der konkreten Bemessung regionaler Wachstumseffekte muss zudem eine detaillierte, einzel-fallbezogene Analyse der regional vorherrschenden Bedingungen erfolgen, um Entwicklungs- und Wachstumseffekte zumindest grob abschätzen zu können; allerdings bleiben diese Effekte schwer messbar. Ob das erschlossene Wachstumspotenzial einer Region dann tatsächlich in Wachstum umgesetzt wird, hängt wiederum von komplementären Faktoren ab, z. B. dem regionalen Arbeitskräftepotenzial oder der privaten Investitionsbereitschaft.

Andere Studien wiederum untersuchen primär den Effekt von Infrastrukturinvestitionen auf verschiedene Branchen und Wirtschaftssektoren. Wenngleich sich in diesem Zusammenhang eine pauschalisierte Betrachtung verbietet, bestätigen die Ergebnisse doch nahe liegende Vermutungen: Arbeitsintensive Branchen, Unternehmen mit transportintensiver Produktion bzw. der Massengutverarbeitung sowie Unternehmen mit überregionalen Absatz- und Beschaffungsmärkten profitieren deutlich stärker als andere vom Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Die Richtung der Kausalitätsbeziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Infrastrukturinvestitionen ist auch nach Auswertung einer Vielzahl von Studien über die Wirkungsrichtung noch nicht eindeutig geklärt; vielmehr kann die Wirkungsrichtung temporär und regional vari-

ieren. Insbesondere existiert keine langfristig stabile Kausalitätsbeziehung in der Weise, dass öffentliche Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zugleich auch immer regionale Wachstumseffekte durch induzierte private Investitionen auslösen; eine derart pointiert formulierte These kann in dieser Absolutheit nicht aufrechterhalten werden.

Im Rahmen der Anwendungserfahrungen ist insbesondere die jüngere Modellentwicklung in Österreich hervorzuheben, wo makroökonomische Modelle um Potenzialfaktoren erweitert wurden, die nunmehr eindeutiger Aussagen über die Kausalität erlauben und differenziertere Effekte je nach Verkehrsträger, Branche und Region abbilden können. Die Berücksichtigung von Veränderungen der Erreichbarkeit sowie die Differenzierung nach Regionstypen unter Sensitivitätsaspekten erbringen analytische Fortschritte, wenngleich die statistischen Probleme makroökonomischer Modelle weiter bestehen bleiben.

Es bleibt festzuhalten, dass makroökonomische Analysen in der Regel zu aggregiert sind, um die Beziehung zwischen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen und Wirtschaftswachstum in Form privater wirtschaftlicher Aktivität mit belastbaren Ergebnissen untermauern zu können, so dass verschiedene Ansätze mit stärker disaggregierten Datensätzen entwickelt wurden. Ferner gestalten sich Messungen der Beziehung zwischen Infrastrukturinvestitionen und Wirtschaftswachstum anhand des BIP als schwierig und sind mit erheblichen Unsicherheiten und Ungenauigkeiten behaftet. Zwar konnte eine Vielzahl empirischer Studien hierzu eine positive Korrelation ermitteln, konkrete Ergebnisse in Form von Output-Elastizitäten konnten in der Forschung bislang aber nur für den Bereich der Straßeninfrastruktur erbracht werden. Sie wiesen zudem in ihren konkreten Werten weite Streuungen auf. Hoch aggregierte makroökonomische Studien lassen weitere Spezifizierungen und Ausdifferenzierungen nicht zu; weniger aggregierte Studien zeigen hingegen, dass Wirtschaftswachstum aufgrund von Infrastrukturinvestitionen je nach Industriesektor oder Region variiert (siehe oben).

<sup>4</sup> Dabei ist es wichtig im Blick zu haben, dass regionales Wachstum und Produktivitätseffekte v. a. durch die Ausstattung einer Region mit Infrastruktur beeinflusst werden.

### 3 Wirkungsketten

Der outputorientierte Ansatz beurteilt die Wirkung von Verkehrsinvestitionen anhand von Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In diesem Ansatz kann jedoch nur unzureichend berücksichtigt werden, dass die entscheidenden Einflussfaktoren gerade nicht unabhängig voneinander sind. Insofern verwundert es nicht, dass anhand des outputorientierten Ansatzes empirische Aussagen zu Wirkungszusammenhängen nur schwer getroffen werden können. Die Ergebnisse sind oft unscharf, in wenigen Fällen auch widersprüchlich. Um diese Erklärungslücke zu schließen, werden in der Studie zentrale Wirkungsketten herausgearbeitet, die – von den wesentlichen Input- bzw. Produktionsfaktoren herkommend – anschaulich die wechselseitigen Einflüsse einzelner Faktoren aufeinander und letztlich auf das Wirtschaftswachstum aufzeigen. Anhand von Beispielwirkungsketten wird gezeigt, dass

- die verbesserte Erreichbarkeit eine notwendige Auswirkung von Infrastrukturverbesserungen ist, ohne die keine regionalwirtschaftlichen Impulse ausgelöst werden können;
- nicht jede Infrastrukturerweiterung zu Erreichbarkeitsverbesserungen führt;
- die zentralen Folgewirkungen von Erreichbarkeitsverbesserungen Senkungen der Transportzeiten und -kosten sind;
- positive Auswirkungen von Verbesserungen der Infrastruktur dazu führen, dass die Wirkungsketten letztlich in ein verbessertes Einkommen der Beschäftigten bzw. eine höhere Anzahl von Beschäftigtenverhältnissen, in größere Unternehmensgewinne und somit in eine verbesserte Finanzsituation der Region über die zu entrichtenden Steuern münden.

Auf Basis dieser Überlegungen werden fünf allgemeine Wirkungsketten zu Produktion, Arbeitsmarkt, Absatzmarkt, kommunalen Haushalten und Verlagerungseffekten abgeleitet, die das Gros möglicher regionalwirtschaftlicher Effekte von Infrastrukturerweiterungen umfassen.

### 4 Der ressourcenorientierte Ansatz

Dem dargestellten outputorientierten Herangehen steht der ressourcenorientierte Ansatz gegenüber. Während in makroökonomischen Untersuchungen der statistische Zusammenhang zwischen der Verkehrsinfrastrukturinvestition und der Zielgröße Wirtschaftswachstum in Ex-post-Perspektive betrachtet wird und tatsächliche Ursache-Wirkungsbeziehungen nicht im Vordergrund stehen, geht der ressourcenorientierte Ansatz die Untersuchungsfrage von der entgegengesetzten Richtung an. Dabei werden die Ressourcen als Input der regionalwirtschaftlichen Produktion aufgefasst, die Frage nach Verkehrsinvestitionen stellt sich hier im Kontext optimaler Ressourcenkombination. Im Gegensatz zum outputorientierten Ansatz kommt der ressourcenorientierte Ansatz auch ex ante, also in der Planungsphase zum Einsatz. Eine zentrale Untersuchungsfrage war entsprechend auch, welche ressourcenorientierten Indikatoren als zeitliche „Vorstufe“ der outputorientierten Indikatoren dienen und welche andere Dimensionen abdecken können.

Das prominenteste Verfahren für den ressourcenorientierten Ansatz ist im Verkehrsbereich die Nutzen-Kosten-Analyse (NKA), die auch in der Bundesverkehrswegeplanung zur Anwendung kommt. Die NKA ist die unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten vorgenommene systematische Bewertung von Maßnahmen im Hinblick auf bestimmte Ziele – wobei diese Ziele sich in der Praxis nicht nur auf eine „eindimensionale“ Wachstumsorientierung beschränken. Konkrete Zielsysteme beschreiben die Erwartungen und Forderungen, die Entscheidungsträger an die Verkehrsplanung haben. Die Ziele sind auch die Messlatte für die Erfolgskontrolle der Verkehrsplanung, an der später – nach der Durchführung der einzelnen Handlungsempfehlungen und Vorhaben – die Wirksamkeit und Effizienz der Planung insgesamt beurteilt werden kann.

Die Anwendung der NKA im Bereich der Infrastrukturplanung ergibt sich aus der Bundeshaushaltsordnung, die für Maßnahmen mit gesamtwirtschaftlicher Bedeutung Wirtschaftlich-

keitsuntersuchungen vorschreibt. Die Bewertung erfolgt im Vergleich der Situation bei Realisierung der Infrastrukturinvestitionen mit der Situation ohne Realisierung des Vorhabens. Die Indikatoren sind in der Regel den Bereichen Verkehrsqualität, Wirtschaft und Umwelt zuzuordnen.

Die Berechnung der optimalen Mittelverwendung bei Neubau und Erhaltung der Infrastruktur ist jährlich rollierend angelegt, da die Maßnahmen, die in einem Jahr aus Budgetgründen nicht durchgeführt werden können, im nächsten Jahr mit mindestens gleicher Dringlichkeit wieder anstehen. Im Erhaltungsbereich dürfen zudem bestimmte Mindeststandards in Leistungsfähigkeit und Sicherheit nicht unterschritten werden, so dass Maßnahmen nicht beliebig aufschiebbar sind. Grundlage insbesondere der Erhaltungsplanung sind somit Verhaltensfunktionen, die die Entwicklung des Zustands von Bauteilen beim „Nichts-Tun“ beschreiben. Eine Planung und Bewertung von Neubaumaßnahmen in Form einer mehrjährigen Betrachtung und unter Berücksichtigung von jährlichen

Budgetrestriktionen bedeutet, dass die Nutzen-Kosten-Quotienten in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Realisierung der Maßnahme und damit in Abhängigkeit von anderen dann bereits realisierten Maßnahmen – und auch deren Erhaltungszustand – zu bestimmen sind.

Die Bewertung von Erhaltungs-, Erneuerungs- und Ausbaumaßnahmen an der Infrastruktur erfordert also eine mehrfache Dynamisierung; unter anderem die Dynamisierung der Qualität des Angebotszustands, der Nachfrage und der Reihenfolgeermittlung.

Im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung (BVWP) werden neun Indikatoren zur Bestimmung der Vorteilhaftigkeit einer Investition in die Verkehrsinfrastruktur angewendet, wobei die Indikatoren teilweise zur detaillierteren Erfassung einzelner Aspekte weiter differenziert sind.

Der Indikator „Räumliche Vorteile“ ragt aus den Indikatoren heraus, da er nicht den ressourcenorientierten Ansatz einer Nutzen-Kosten-Analyse verfolgt, aber dennoch in diese integriert ist.

**Tabelle 1: Indikatoren der Nutzen-Kosten-Analyse**

Nr.	Nutzenkomponente	Verkehrsträger		
		Straße	Schiene	Wasserstraße
1	Verbilligung von Beförderungsvorgängen (NB) – NB1 Senkung von Kosten der Fahrzeugvorhaltung – NB2 Senkung der Kosten des Fahrzeugbetriebs – NB3 Transportkostenänderungen durch Aufkommensverlagerungen	x	x	x
2	Erhaltung der Verkehrswege (NW) – NW1 Erneuerung der Verkehrswege – NW2 Instandhaltung der Verkehrswege	x	nur NW2	x
3	Erhöhung der Verkehrssicherheit (NS)	x	–	x
4	Verbesserung der Erreichbarkeit von Fahrtzielen (NE)	x	x	x
5	Räumliche Vorteile (NR) – NR1 Beschäftigungseffekte aus dem Bau von Verkehrswegen – NR2 Beschäftigungseffekte aus dem Betrieb von Verkehrswegen – NR3 Beiträge zur Förderung internationaler Beziehungen	x	x	x
6	Entlastung der Umwelt (NU) – NU1 Verminderung von Geräuschbelastungen – NU2 Verminderung von Abgasbelastungen – NU3 Verminderung innerörtlicher Trennwirkungen	x	x, nicht NU3	x
7	Wirkungen des induzierten Verkehrs (NI)	x	–	–
8	Verbesserte Anbindung von See- und Flughäfen (NH)	–	x	–
9	Erfüllung verkehrsfremder Funktionen (NF)	–	–	x
10	Investitionskosten (K)	x	x	x

## 5 Zusammenschau der Verfahren

Stellt man outputorientierte (makroökonomische) und ressourcenorientierte (mikroökonomische) Ansätze einander gegenüber, so wird deutlich, dass – zumindest was die „übliche Praxis“ angeht – bestimmte ökonomische Effekte nur durch mikro- oder nur durch makroökonomische Beurteilungen abgebildet werden können, während andererseits auch eine Schnittmenge von „gemeinsamen“ Effekten existiert, die durch beide Herangehensweisen dargestellt werden können.

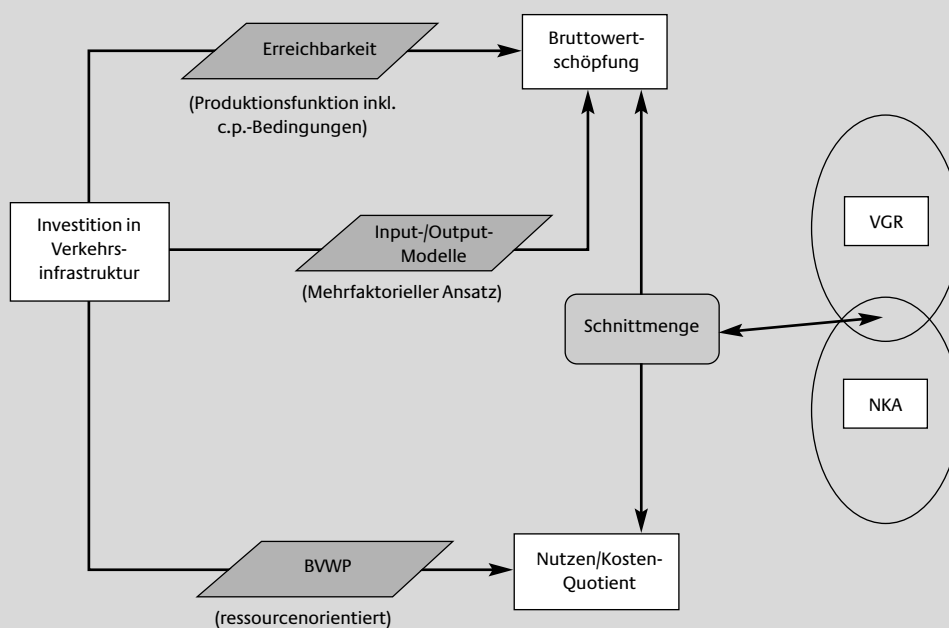
Wenn es nun darum geht, die Stärken beider Ansätze zu kombinieren, gilt es eine Vereinigungsmenge der Kriterien und Indikatoren zu identifizieren, mit der die jeweiligen „blinden Flecken“ der einzelnen Verfahren behoben werden können. Um Komplementarität der Ansätze herzustellen, müssen Doppelnennungen vermieden werden, wozu die Schnittmenge der

Ansätze betrachtet wird. Ziel ist die Erweiterung des BVWP-Indikatorensets durch die um Überschneidungen bereinigte Vereinigungsmenge beider Verfahren. Hierbei stehen grundsätzlich die Wachstumswirkungen von Verkehrsinvestitionen im Mittelpunkt der Analyse. Andere mögliche Ziele der Verkehrspolitik, die mittels der NKA abgebildet werden können, werden explizit aus der Betrachtung ausgeschlossen.

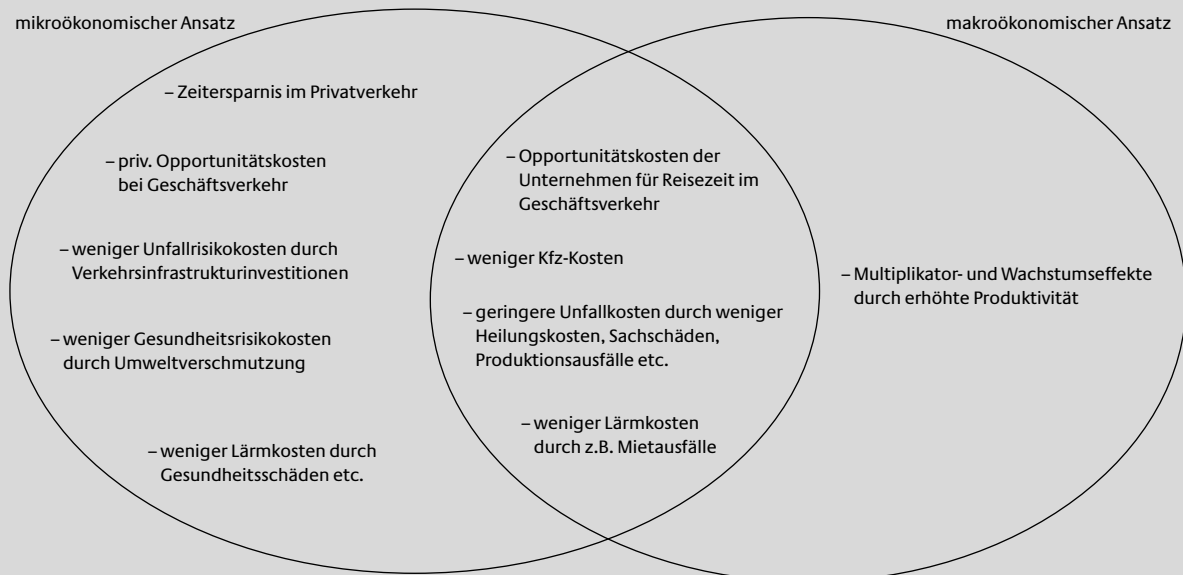
Die Überlappung beider Verfahren kann dabei nur auf solchen Indikatoren der NKA beruhen, die eingesparte Einheiten an Ressourcen beschreiben, welche für zusätzliche Produktionsprozesse und damit für eine zusätzliche Bruttowertschöpfung in der Region zur Verfügung stehen. Zu diesen Indikatoren zählen: Zeitverbrauch, Fahrzeugbetriebskosten, Energieverbrauch, Unterhaltungskosten, Umwelt- und Unfallschäden (siehe Abbildung 2, S. 77).

In den aufgestellten Wirkungsketten finden sich immer die Indikatoren Zeiteinsparung und geringere Transportkosten als Ausdruck der verbesserten Erreichbarkeit wieder, in deren Folge

**Abbildung 1: Zusammenhang zwischen Nutzen-Kosten-Analyse (NKA) und der Bruttowertschöpfung als Messgröße für das Wirtschaftswachstum**



**Abbildung 2: Vergleich zwischen mikroökonomischen und makroökonomischen Ansätzen<sup>1</sup>**



<sup>1</sup> Nach Lindberg (1992) sowie Goodwin (2001), Fig. 3.1., S. 23.

sich Produktions-, Distributions- und Konsumprozesse verändern. Damit ist die Schnittstelle zwischen dem ressourcenorientierten Ansatz und dem outputorientierten Ansatz aufgezeigt.

Als Ergänzung zum bisherigen Indikatorenset der BVWP würden sich die Größen Bruttowertschöpfung, verfügbares Einkommen (Kaufkraft) bzw. Steueraufkommen sowie Preissenkungen bei der Produktion in anderen Sektoren empfehlen. Diese Größen werden in der Verkehrswegeplanung noch nicht berücksichtigt, entscheiden aber über die Wachstumswirksamkeit einer Verkehrsinvestition. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es für die genannten Indikatoren aktuell keine beobachtete Empirie gibt, wie dies z.B. Zusammenhänge zwischen der Erreichbarkeitsverbesserung und der Bruttowertschöpfung sind. Hier tut sich Forschungsbedarf in Form weiterer Ex-post-Analysen auf.

## 6 Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Rahmen wachstumsorientierter Haushaltsplanung

Zusammenfassend erinnern die Wachstumswirkungen der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen als Untersuchungsobjekt in gewisser Weise an Mandelbrots berühmte Deutung von Lewis F. Richardsons Untersuchungen zur Küstenlänge Großbritanniens: Die empirischen Befunde zu den volkswirtschaftlichen Effekten von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen hängen entscheidend von der Beobachtungsperspektive ab. Je näher man herankommt, desto weniger eindeutig sind die volkswirtschaftlichen Erträge zu bestimmen. Der Befund, dass die analytische Kette im mittleren Bereich zwischen Makro- und Mikroebene – zumindest hinsichtlich der Erwartungen, die aus WNA-Perspektive<sup>5</sup> daran gestellt werden – unvoll-

<sup>5</sup> Der WNA-Ansatz („Wachstums- und nachhaltigkeitswirksame Ausgaben“) wird nicht als Konzept sui generis verstanden, sondern er dient als ein Beispiel für die Arbeiten, in denen in ähnlicher Weise innerhalb des Gesamtbudgets „zukunftsorientierte“ Staatsausgaben identifiziert werden.

ständig ist, verlangt nach einer Alternative zur herkömmlichen Betrachtung. Diese wurde mit den skizzierten Verfahrensverbesserungen für die Verkehrsplanung im einzelnen „Ressort“ schon skizziert. Zudem stellt sich die Frage nach dem darüber stehenden Verfahren der Haushaltsplanung und -kontrolle.

Zunächst werden die zentralen Anforderungen mithilfe eines vereinfachenden Idealtyps skizziert. Beschränkt man sich auf die Wachstumsdimension als (fiktives) Staatsziel, so reduziert sich die NKA auf ein einfaches volkswirtschaftliches Rentabilitätskalkül. Unter der Prämisse, dass die Wachstumswirkungen aller staatlichen Maßnahmen verlässlich zu ermitteln wären, reduzierte sich die eindimensionale Ausgabenplanung darauf, die Programme und Einzelaktivitäten in eine eindeutige Rangfolge nach Maßgabe des Rentabilitätskalküls (z.B. Output-Elastizitäten) zu bringen und in dieser Hierarchie umzusetzen. Ob und in welchem Ausmaße in diesem Verfahren auch Verkehrsinfrastrukturen realisiert würden, wäre lediglich eine empirische Frage, keine politische.

Für einen „reinen“ Bottom-up-Ansatz wird vorgeschlagen, die Seite der volkswirtschaftlichen Kosten mit den Schattenkosten öffentlicher Mittel („dead-weight loss“ der Besteuerung) – z.B. über die „marginal costs of public funds“ – zu operationalisieren. Die Umsetzung dieser Methode ist mit einigen Herausforderungen verbunden. Sie sollten aber auch schon heute den Einsatz der Schattenkosten in der konkreten Planung nicht verhindern. Jenseits methodischer Fragen bleibt freilich die Frage, wie stark überhaupt die politischen Präferenzen für wachstumswirksame Ausgaben sind; dies hängt ab von den Zielprioritäten über die Ressorts hinweg. Liegen derartige Zielprioritäten fest, kann die Verkehrsplanung in die Systematik der ergebnisorientierten Steuerung aller Ausgabenprogramme integriert werden.

Die Langfassung der Studie skizziert abschließend am britischen Beispiel kurz die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um die Verkehrsplanung bruchlos in ein System der effizienz- und ergebnisorientierten Haushaltsplanung zu integrieren. Die dortigen Erfahrungen sind durchaus ermutigend: Wenn auch noch mit einigen „Haken und Ösen“ bewehrt, kann im

Großen und Ganzen konstatiert werden, dass im Vereinigten Königreich die Verkehrsplanung voll in die Systematik der sonstigen Haushaltsplanung integriert ist. Die verfahrensseitige Konsistenz mit anderen Ressorts ist gewährleistet, „evaluatorische Insellösungen“ wie z.B. in Deutschland werden vermieden.



## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	82
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	104
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	108





# Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>82</b>
1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen .....	82
2 Gewährleistungen .....	83
3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009 .....	83
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009 .....	84
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005 .....	86
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 .....	90
7 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 2001 bis 2007 .....	92
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	94
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	95
10 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	96
11 Entwicklung der öffentlichen Schulden .....	97
12 Entwicklung der Staatsquote .....	98
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	99
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	100
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	101
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	102
17 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006 .....	103
<b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>	<b>104</b>
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005 .....	104
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2005 .....	104
3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2005 .....	105
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2005 .....	106
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>108</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	108
2 Preisentwicklung .....	108
3 Außenwirtschaft .....	109
4 Einkommensverteilung .....	109
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich .....	110
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	111
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich .....	112
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	113
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	114
10 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	115

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand: 31. Januar 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 28. Februar 2006 <sup>2</sup> Mio. €
Anleihen	532 050	7 000	6 250	532 800
Bundesobligationen	178 449	0	14 250	164 199
Bundesschatzbriefe	10 627	124	18	10 733
Bundesschatzanweisungen	119 000	0	0	119 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 807	5 922	5 938	35 791
Finanzierungsschätze	1 278	183	91	1 370
Schuldscheindarlehen	26 832	66	258	26 640
Medium Term Notes Treuhand	266	0	0	266
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>904 308</b>			<b>890 799</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Januar 2006 Mio. €	Stand: 28. Februar 2006 <sup>2</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	160 372	157 867
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	309 822	291 822
langfristig (mehr als 4 Jahre)	434 115	441 111
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>904 308</b>	<b>890 799</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

<sup>2</sup> Vorläufig.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2005 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2005 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2004 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	106,5	104,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	30,2	29,8
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,0	60,6	62,7

## 3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.- Entwurf	Finanzplanung		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
<b>1. Ausgaben</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,7</b>	<b>269,1</b>	<b>272,5</b>	<b>275,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,0	3,3	0,7	2,8	1,3	1,0
<b>2. Einnahmen</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>223,2</b>	<b>246,9</b>	<b>251,0</b>	<b>255,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,6	7,8	– 2,3	10,6	1,7	1,6
darunter:						
Steuereinnahmen	287,0	190,1	192,5	212,3	221,1	228,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,5	1,7	1,2	10,3	4,1	3,3
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>– 39,8</b>	<b>– 31,4</b>	<b>– 38,5</b>	<b>– 22,2</b>	<b>– 21,5</b>	<b>– 20,2</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (–)</b>	<b>199,6</b>	<b>224,2</b>	<b>234,8</b>	<b>238,1</b>	<b>242,3</b>	<b>241,0</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>160,0</b>	<b>193,0</b>	<b>196,5</b>	<b>216,2</b>	<b>221,2</b>	<b>221,0</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>– 39,5</b>	<b>– 31,2</b>	<b>– 38,3</b>	<b>– 22,0</b>	<b>– 21,3</b>	<b>– 20,0</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>
<b>8. Finanzierungssaldo</b>	<b>– 39,8</b>	<b>– 31,4</b>	<b>– 38,5</b>	<b>– 22,2</b>	<b>– 21,5</b>	<b>– 20,2</b>
in % der Ausgaben	15,8	12,1	14,7	8,2	7,9	7,3
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,4	23,8	23,2	23,3	23,3	23,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 13,0	6,2	– 2,3	0,3	– 0,2	0,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,3	0,7	3,0	3,0	3,0	3,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 758</b>	<b>26 372</b>	<b>26 245</b>	<b>26 246</b>	<b>26 269</b>	<b>26 240</b>
Aktivitätsbezüge	20 332	19 891	19 827	19 800	19 799	19 742
Ziviler Bereich	8 748	8 537	8 530	8 587	8 657	8 658
Militärischer Bereich	11 584	11 353	11 297	11 212	11 142	11 084
Versorgung	6 426	6 481	6 418	6 446	6 469	6 498
Ziviler Bereich	2 463	2 434	2 337	2 295	2 269	2 243
Militärischer Bereich	3 963	4 047	4 081	4 151	4 201	4 255
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>16 878</b>	<b>17 712</b>	<b>18 068</b>	<b>18 414</b>	<b>18 606</b>	<b>18 905</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 522	1 596	1 475	1 484	1 493	1 505
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	7 992	8 426	8 744	9 230	9 626
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 371	8 124	8 167	8 185	7 883	7 773
<b>Zinsausgaben</b>	<b>36 274</b>	<b>37 371</b>	<b>37 991</b>	<b>39 752</b>	<b>41 206</b>	<b>42 618</b>
an andere Bereiche	36 274	37 371	37 991	39 752	41 206	42 618
Sonstige	36 274	37 371	37 991	39 752	41 206	42 618
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	36 230	37 326	37 947	39 708	41 162	42 574
an Ausland	3	3	2	2	2	2
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>148 950</b>	<b>154 274</b>	<b>156 970</b>	<b>160 379</b>	<b>162 845</b>	<b>163 077</b>
an Verwaltungen	14 797	13 921	13 764	12 187	12 391	12 772
Länder	6 735	8 381	8 294	6 579	6 571	6 571
Gemeinden	238	66	39	28	26	24
Sondervermögen	7 823	5 473	5 430	5 580	5 793	6 175
Zweckverbände	1	2	1	1	1	1
an andere Bereiche	134 153	140 353	143 206	148 192	150 453	150 305
Unternehmen	15 062	13 474	16 716	20 027	23 700	23 851
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	25 396	32 747	30 386	27 296	25 884	24 436
an Sozialversicherung	90 079	90 219	92 089	96 908	96 922	98 091
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	783	767	797	805	796	789
an Ausland	2 828	3 140	3 212	3 151	3 146	3 133
an Sonstige	5	5	5	5	5	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>228 860</b>	<b>235 728</b>	<b>239 274</b>	<b>244 792</b>	<b>248 925</b>	<b>250 839</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 891</b>	<b>7 246</b>	<b>6 967</b>	<b>6 780</b>	<b>6 823</b>	<b>6 848</b>
Baumaßnahmen	5 466	5 779	5 495	5 271	5 343	5 395
Erwerb von beweglichen Sachen	922	961	936	1 002	975	959
Grunderwerb	503	506	536	507	505	493
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>12 912</b>	<b>12 977</b>	<b>13 142</b>	<b>13 481</b>	<b>13 497</b>	<b>13 012</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 556	12 617	12 748	13 113	13 150	12 680
an Verwaltungen	5 607	5 587	5 540	5 567	5 171	5 142
Länder	5 516	5 527	5 459	5 497	5 094	5 064
Gemeinden und Gemeindeverbände	91	60	74	70	76	79
Sondervermögen	0	0	6	0	0	0
an andere Bereiche	6 949	7 030	7 209	7 546	7 979	7 538
Sonstige – Inland	0	0	0	0	0	0
Ausland	4 931	4 933	5 047	5 311	5 655	5 171
Sonstige Vermögensübertragungen	2 018	2 096	2 162	2 235	2 324	2 367
an andere Bereiche	356	360	394	368	347	332
Unternehmen – Inland	356	360	394	368	347	332
Sonstige – Inland	1	0	0	0	0	0
Ausland	153	160	174	171	162	157

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>						
Darlehensgewährung	2 932	3 899	3 501	3 400	3 282	3 898
an Verwaltungen	2 383	3 340	2 913	2 766	2 524	3 086
Länder	68	53	38	26	21	15
Gemeinden	68	53	38	26	21	15
an andere Bereiche	2 315	3 287	2 874	2 740	2 503	3 071
Sozialversicherungen	0	900	0	0	0	0
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 384	1 505	1 891	1 753	1 509	2 007
Ausland	931	882	984	987	993	1 064
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	548	559	588	634	758	812
Inland	1	0	0	0	0	0
Ausland	547	558	588	634	758	812
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>22 734</b>	<b>24 121</b>	<b>23 610</b>	<b>23 662</b>	<b>23 601</b>	<b>23 758</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	22 378	23 761	23 216	23 294	23 254	23 426
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>- 1 183</b>	<b>647</b>	<b>- 27</b>	<b>702</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>251 594</b>	<b>259 849</b>	<b>261 700</b>	<b>269 100</b>	<b>272 500</b>	<b>275 300</b>

Stand: Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>47 505</b>	<b>43 435</b>	<b>23 753</b>	<b>13 653</b>	–	<b>6 029</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 866	7 598	3 736	1 330	–	2 532
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 893	2 919	444	116	–	2 360
03 Verteidigung	27 768	27 347	15 400	11 168	–	779
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 757	2 498	1 768	711	–	20
05 Rechtsschutz	321	313	222	76	–	15
06 Finanzverwaltung	2 899	2 759	2 184	252	–	323
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>11 444</b>	<b>8 234</b>	<b>486</b>	<b>623</b>	–	<b>7 125</b>
13 Hochschulen	1 845	918	7	5	–	906
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 427	1 427	–	–	–	1 427
15 Sonstiges Bildungswesen	470	413	9	57	–	347
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 666	5 177	470	556	–	4 151
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 036	298	1	4	–	293
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>133 048</b>	<b>131 301</b>	<b>199</b>	<b>733</b>	–	<b>130 369</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	85 695	84 795	36	0	–	84 759
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 497	4 496	–	–	–	4 496
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 984	3 777	–	153	–	3 624
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	37 523	37 392	45	519	–	36 829
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	130	130	–	–	–	130
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 220	711	118	61	–	532
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>912</b>	<b>697</b>	<b>240</b>	<b>244</b>	–	<b>212</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	326	310	133	136	–	42
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	326	310	133	136	–	42
32 Sport	128	99	–	16	–	83
33 Umwelt- und Naturschutz	209	149	72	38	–	38
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	249	139	35	54	–	49
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 788</b>	<b>962</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	–	<b>957</b>
41 Wohnungswesen	1 262	921	–	2	–	919
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	49	40	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	475	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>987</b>	<b>529</b>	<b>27</b>	<b>135</b>	–	<b>368</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	665	235	–	2	–	234
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	130	130	–	56	–	74
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	130	130	–	56	–	74
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	192	164	27	77	–	60

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>1 035</b>	<b>1 572</b>	<b>1 464</b>	<b>4 071</b>	<b>4 039</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	267	1	0	269	269
02 Auswärtige Angelegenheiten	53	1 480	1 441	2 974	2 972
03 Verteidigung	334	87	0	421	392
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	259	–	–	259	259
05 Rechtsschutz	09	–	–	9	9
06 Finanzverwaltung	113	4	23	140	140
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>97</b>	<b>3 113</b>	<b>–</b>	<b>3 211</b>	<b>3 210</b>
13 Hochschulen	2	925	–	927	927
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	56	–	57	57
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	95	1 394	–	1 489	1 488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	737	–	738	738
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>835</b>	<b>901</b>	<b>1 747</b>	<b>521</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	900	900	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	204	1	207	3
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	127	–	130	7
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	7	503	0	509	509
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>144</b>	<b>72</b>	<b>–</b>	<b>216</b>	<b>214</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	11	5	–	16	16
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	11	5	–	16	16
32 Sport	–	29	–	29	29
33 Umwelt- und Naturschutz	30	30	–	60	59
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	102	7	–	110	110
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>–</b>	<b>767</b>	<b>59</b>	<b>825</b>	<b>825</b>
41 Wohnungswesen	–	283	59	341	341
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	9	–	9	9
44 Städtebauförderung	–	475	–	475	475
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>5</b>	<b>452</b>	<b>1</b>	<b>458</b>	<b>458</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	429	0	430	430
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	23	1	28	28

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 458</b>	<b>3 035</b>	<b>48</b>	<b>300</b>	–	<b>2 687</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	332	307	–	153	–	155
621 Kernenergie	152	152	–	–	–	152
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	180	156	–	153	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 905	1 889	–	4	–	1 885
64 Handel	86	86	–	55	–	31
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	199	–	2	–	197
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 910	554	48	86	–	419
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>11 119</b>	<b>3 539</b>	<b>1 072</b>	<b>1 831</b>	–	<b>636</b>
72 Straßen	7 565	962	–	852	–	110
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 396	786	481	248	–	57
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	301	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	168	167	42	9	–	116
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 690	1 622	549	721	–	352
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 465</b>	<b>5 912</b>	<b>6</b>	<b>16</b>	–	<b>5 890</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	3 954	440	6	16	–	418
832 Eisenbahnen	3 443	80	–	1	–	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	511	360	6	14	–	340
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 511	5 472	–	–	–	5 472
873 Sondervermögen	5 472	5 472	–	–	–	5 472
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	39	–	–	–	–	–
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>38 122</b>	<b>38 084</b>	<b>537</b>	<b>175</b>	<b>37 371</b>	<b>1</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	39	1	–	–	–	1
92 Schulden	37 396	37 396	–	25	37 371	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	688	688	537	150	–	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>259 849</b>	<b>235 728</b>	<b>26 372</b>	<b>17 712</b>	<b>37 371</b>	<b>154 274</b>



## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>1</b>	<b>1 067</b>	<b>1 355</b>	<b>2 423</b>	<b>2 423</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	24	–	24	24
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	24	–	24	24
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	15	–	15	16
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	1 027	–	1 027	1 027
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 355	1 356	1 356
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 871</b>	<b>1 709</b>	<b>0</b>	<b>7 580</b>	<b>7 580</b>
72 Straßen	5 202	1 400	–	6 602	6 602
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	609	–	0	609	609
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	300	–	300	300
75 Luftfahrt	0	–	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	59	9	0	68	68
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>82</b>	<b>3 352</b>	<b>119</b>	<b>3 553</b>	<b>3 553</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	43	3 352	119	3 514	3 514
832 Eisenbahnen	–	3 269	94	3 364	3 364
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	43	83	25	150	150
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	39	–	–	39	39
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	39	–	–	39	39
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>7 246</b>	<b>12 977</b>	<b>3 899</b>	<b>24 121</b>	<b>22 862</b>

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>232,9</b>	<b>225,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>192,8</b>	<b>193,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 40,1</b>	<b>- 32,5</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>27,0</b>	<b>26,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>26,0</b>	<b>27,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>31,2</b>	<b>28,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>173,1</b>	<b>169,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 40,0</b>	<b>- 32,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3,4</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Juni 2005.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	-
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	-
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	-
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	-
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	-
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	-
darunter: Bund	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	-

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Juni 2005.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 7 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>	2006	2007
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	603,5	609,5	618,3	613,7	626	627 ½	638 ½
Einnahmen	556,3	552,4	549,8	547,2	572	568 ½	600
Finanzierungssaldo	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 66,5	- 54	- 59 ½	- 38 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261 ½	269
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223	247
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38 ½	- 22
Länder							
Ausgaben	255,1	257,0	258,6	256,1	259,3	256 ½	258 ½
Einnahmen	229,4	227,7	227,0	231,7	235,3	234 ½	243 ½
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 24,4	- 24,1	- 22	- 15
Gemeinden							
Ausgaben	147,9	149,2	149,8	149,2	153	155	155
Einnahmen	144,0	144,6	141,4	145,3	150	151 ½	153
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 3,8	- 3	- 3	- 2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	0,7	1,0	1,4	- 0,7	2	½	1 ½
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- 0,5	4½	- ½	5 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	½	3
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2 ½	10 ½
Länder							
Ausgaben	1,8	0,7	0,6	- 1,0	1,3	- 1	1
Einnahmen	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2,1	1,6	- ½	4
Gemeinden							
Ausgaben	1,3	0,9	0,4	- 0,4	2½	1	0
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,8	3	1	1

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2002, 2003, 2004: Ist; 2005: Bund und Länder Ist, Gemeinden Schätzung; 2006, 2007: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

## 7 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>	2006	2007
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,2	- 3,0	- 2½	- 2½	- 1½
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1½	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1,1	- 1,1	- 1	- ½
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 10,8	- 8½	- 9½	- 6
darunter:							
Bund	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 14½	- 8½
Länder	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 9,5	- 9,3	- 8½	- 6
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 2,5	- 2	- 2	- 1
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,7	28	27½	27
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11½	11½
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,7	7	7	6½
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	21,1	20,6	20,4	20,0	20	20	21

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2002, 2003, 2004: Ist; 2005: Bund und Länder Ist, Gemeinden Schätzung; 2006, 2007: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

## 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 <sup>2</sup>	447,9	215,4	232,5	48,1	51,9
2006 <sup>2</sup>	457,4	221,5	236,0	48,4	51,6

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005.

Stand: November 2005.

## 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 <sup>3</sup>	21,7	39,6	20,0	36,8
2005 <sup>3</sup>	21,9	39,5	20,1	36,7

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 10 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,7	- 1,2	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,2
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 32,6	- 6,1
1976	- 20,5	- 20,2	- 0,3	- 3,5	- 3,5	- 0,1	- 24,6	- 4,2
1977	- 16,0	- 13,2	- 2,8	- 2,6	- 2,1	- 0,4	- 15,9	- 2,6
1978	- 17,5	- 15,8	- 1,7	- 2,6	- 2,4	- 0,3	- 20,3	- 3,0
1979	- 19,2	- 18,5	- 0,7	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 23,8	- 3,3
1980	- 22,5	- 23,6	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,8
1981	- 32,0	- 34,2	2,2	- 4,0	- 4,3	0,3	- 38,7	- 4,8
1982	- 29,3	- 32,2	2,8	- 3,5	- 3,9	0,3	- 35,8	- 4,3
1983	- 25,5	- 24,8	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,2
1984	- 18,3	- 17,5	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,6
1985	- 10,9	- 12,8	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,1
1986	- 11,6	- 15,7	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,0	- 21,6	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,3	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	0,8	- 7,4	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 25,1	- 34,9	9,8	- 2,0	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,8
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,4
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,1	- 2,2
2002 <sup>5</sup>	- 79,6	- 72,7	- 6,9	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 <sup>5</sup>	- 86,6	- 78,6	- 8,0	- 4,0	- 3,6	- 0,4	- 68,5	- 3,2
2004 <sup>5</sup>	- 81,2	- 79,9	- 1,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 66,5	- 3,0
2005 <sup>5</sup>	- 74,5	- 71,2	- 3,4	- 3,3	- 3,2	- 0,1	- 54	- 2 1/2

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.



## 11 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2002	2003	2004	2005 <sup>3</sup>
	<b>in Mrd. €<sup>1</sup></b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,4
darunter:				
Bund	719,4	760,5	803,0	872,7
Länder	384,8	415,0	442,9	468,3
Gemeinden	82,7	84,1	84,3	83,5
Sonderrechnungen des Bundes	59,2	58,8	57,3	15,4
	<b>in % der Gesamtschulden</b>			
Bund	57,4	57,4	57,6	60,3
Länder	30,7	31,3	31,8	32,4
Gemeinden	6,6	6,3	6,0	5,8
Sonderrechnungen des Bundes	4,7	4,4	4,1	1,1
	<b>in % des BIP</b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	58,4	61,3	63,0	64,5
darunter				
Bund	33,5	35,2	36,2	39,5
Länder	17,9	19,2	20,0	20,9
Gemeinden	3,9	3,9	3,8	3,7
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,7	2,6	0,7
<b>nachrichtlich</b>	<b>in % des BIP</b>			
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	60,3	63,8	65,5	67,7

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 12 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	39,1	26,5	12,6
1975	49,9	31,8	18,1
1976	49,1	31,0	18,1
1977	48,7	30,6	18,1
1978	47,5	29,7	17,8
1979	47,2	29,7	17,5
1980	47,9	30,1	17,8
1981	48,8	30,4	18,4
1982	48,9	30,2	18,7
1983	47,7	29,5	18,2
1984	46,9	28,8	18,1
1985	46,3	28,4	17,9
1986	45,4	27,9	17,5
1987	45,8	28,0	17,8
1988	45,3	27,3	18,0
1989	44,0	26,9	17,1
1990	44,5	27,8	16,7
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 <sup>5</sup>	48,1	26,3	21,7
2003 <sup>5</sup>	48,4	26,4	22,0
2004 <sup>5</sup>	46,9	25,7	21,2
2005 <sup>5</sup>	46,7	25,9	20,8

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>- 2,9</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 2,0</b>	<b>- 3,3</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 3,8</b>	<b>- 4,1</b>	<b>- 3,7</b>	<b>- 3,9</b>	<b>- 3,7</b>	<b>- 3,3</b>
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,5	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	- 0,3	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,4	1,2	2,9	3,7	3,0	2,7
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,9	- 5,7	- 6,6	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2	0,1	- 0,4
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 3,2	- 4,1	- 3,7	- 3,2	- 3,5	- 3,5
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,4	- 0,4	- 0,3	- 0,1
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 2,0	- 2,7	- 3,2	- 3,2	- 4,3	- 4,2	- 4,6
Luxemburg	-	-	4,8	2,6	6,1	2,1	0,2	- 1,2	- 2,3	- 2,0	- 2,2
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,2	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,2	- 2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,5
Österreich	- 1,6	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,9	- 1,8	- 1,4
Portugal	- 7,3	- 8,8	- 6,4	- 5,3	- 3,2	- 2,8	- 2,9	- 3,0	- 6,0	- 5,0	- 4,8
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	4,3	2,5	2,1	1,9	1,9	1,8
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,1	- 0,3	0,2	1,6	1,4	0,8	1,1
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	- 1,7	- 3,3	- 3,2	- 3,4	- 3,3	- 3,0
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,7	- 2,9	- 2,8	- 2,8
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	1,5	2,6	1,7	1,1	0,6	0,4
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	- 1,2	- 1,5	- 1,5
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,5	- 1,4	- 1,2	- 1,4	- 2,0	- 1,8	- 1,6
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 5,8	-10,4	- 5,1	- 4,2	- 3,0	- 2,5
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,3	- 4,8	- 3,9	- 3,6	- 3,6	- 3,4
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 7,8	- 3,8	- 3,1	- 4,1	- 3,0	- 2,5
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,7	- 2,7	- 2,1	- 1,7	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,8	-12,5	- 3,0	- 3,2	- 3,7	- 3,3
Ungarn	-	-	-	-	- 3,0	- 8,5	- 6,5	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 6,9
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,8	- 2,8	- 2,4
EU-25	-	-	-	-	-	- 2,4	- 3,0	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,7
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,5	- 6,1	- 5,8
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,9	- 4,7	- 4,9

- = keine Angaben

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: November 2005.

## 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>31,2</b>	<b>40,7</b>	<b>42,3</b>	<b>56,6</b>	<b>59,9</b>	<b>61,2</b>	<b>64,8</b>	<b>66,4</b>	<b>68,6</b>	<b>70,0</b>	<b>71,4</b>
Belgien	74,1	115,2	125,7	133,4	109,3	105,8	100,4	96,2	94,9	91,1	88,1
Dänemark	39,1	75,0	62,0	73,3	52,3	47,6	45,0	43,2	36,0	33,0	31,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	111,6	108,8	109,3	107,9	106,8	106,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,9	59,9	53,2	49,4	46,9	44,2	41,9	40,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,7	57,2	58,8	63,2	65,1	66,5	67,1	68,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,9	38,4	32,4	31,5	29,8	29,0	28,7	28,2
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,4	108,3	106,8	106,5	108,6	108,3	107,9
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	6,8	6,7	6,6	6,8	7,0	7,3
Niederlande	44,0	67,5	73,7	75,2	54,4	51,3	52,6	53,1	54,0	54,2	53,8
Österreich	35,4	48,1	56,1	68,8	66,7	66,7	65,1	64,3	64,3	64,2	63,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	62,0	51,2	56,1	57,7	59,4	65,9	69,8	72,1
Finnland	11,4	16,1	14,1	57,1	44,6	42,3	45,2	45,1	42,8	41,5	40,6
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	52,4	52,0	51,1	50,6	49,4	47,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	41,9	38,2	39,7	41,5	43,1	44,3	45,1
Euro-Zone	33,9	50,8	57,3	73,5	70,1	69,2	70,4	70,8	71,7	71,7	71,8
EU-15	–	–	–	70,7	63,9	62,5	64,0	64,3	65,1	65,2	65,3
Estland	–	–	–	–	4,7	5,8	6,0	5,5	5,1	4,0	3,1
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,2	14,6	14,7	12,8	13,0	13,2
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,4	21,4	19,6	20,7	20,2	19,6
Malta	–	–	–	–	57,2	63,2	72,8	75,9	77,2	77,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	41,2	45,3	43,6	46,3	47,0	47,3
Slowakei	–	–	–	–	49,9	43,7	43,1	42,5	36,7	38,2	38,5
Slowenien	–	–	–	–	27,4	29,8	29,4	29,8	29,3	29,5	29,2
Tschechien	–	–	–	–	18,2	29,8	36,8	36,8	36,2	36,6	36,9
Ungarn	–	–	–	–	55,4	55,5	57,4	57,4	57,2	58,0	59,2
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,8	72,0	70,4	69,1	67,4
EU-25	–	–	–	–	62,7	61,4	63,0	63,4	64,1	64,2	64,3
Japan	55,0	72,1	68,6	87,1	134,0	149,4	154,6	157,6	161,9	165,2	166,9
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	60,7	63,2	63,8	66,6	69,0	–

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Stand: November 2005.

## 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,5</b>	<b>24,6</b>	<b>22,3</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>21,1</b>	<b>21,1</b>	<b>20,4</b>
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,5	31,6	31,0	31,5
Dänemark	37,7	43,2	46,7	48,5	48,3	47,5	47,1	48,4
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	32,8	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	27,3	27,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,4	22,8	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	24,4	25,3	25,7
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,0	30,4	29,5
Japan	15,3	18,0	21,4	17,7	17,2	15,9	15,6	15,8
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	28,9	28,6	28,0
Luxemburg	19,1	29,1	29,8	31,1	30,2	29,9	29,8	29,3
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,3	24,7	24,8
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,2	33,8	33,5	35,2
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	29,1	28,6	28,3
Polen	–	–	–	25,8	23,0	23,3	20,0	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	25,2	25,3	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,1	35,0	35,8	36,2
Schweiz	17,0	19,8	19,9	20,3	23,1	22,4	22,0	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,6	19,5	18,7	18,4
Spanien	9,9	11,5	20,8	20,3	22,6	22,6	22,5	22,9
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	20,7	21,3	21,3
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,1	26,8	26,3
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,4	18,8	18,7
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,9	31,1	29,6	29,0	29,4

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

## 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>32,3</b>	<b>37,5</b>	<b>35,7</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>35,4</b>	<b>35,5</b>	<b>34,6</b>
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	39,2	43,9	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,7	34,2	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz	22,2	28,5	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei	–	–	–	–	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	15,8	22,4	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

## 17 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	– 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	– 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	– 18,6	4,6	21,4	19,9	– 5,3	10,0
Interne Politiken	– 1,3	24,0	– 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	– 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	– 19,0	– 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	– 12,2
Ausgleichszahlungen					– 7,8	– 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	– 0,2	– 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	– 2,1	– 26,0	– 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	– 15,7	– 18,1	– 6,7	23,0	11,7	– 30,9
MwSt-Eigenmittel	– 12,8	– 26,1	– 3,8	– 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	– 8,3	33,1	10,4	36,7	– 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

### Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1–8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

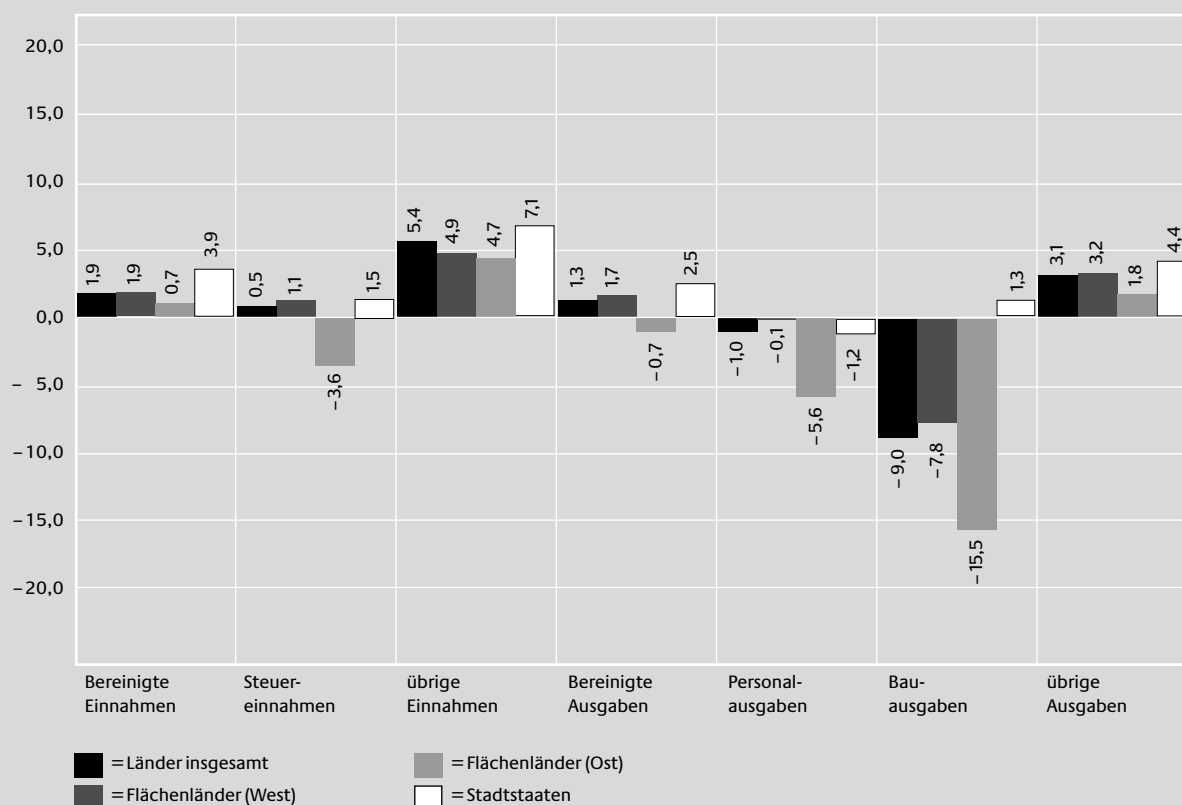
# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>159 604</b>	<b>161 947</b>	<b>49 179</b>	<b>48 261</b>	<b>28 726</b>	<b>30 768</b>	<b>232 166</b>	<b>235 387</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	122 777	124 164	22 774	22 475	17 363	17 306	162 913	163 945
übrige Einnahmen	36 827	37 783	26 406	25 786	11 364	13 463	69 253	71 442
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>177 224</b>	<b>178 269</b>	<b>52 915</b>	<b>51 409</b>	<b>34 463</b>	<b>35 432</b>	<b>259 259</b>	<b>259 520</b>
darunter:								
Personalausgaben	72 200	72 239	13 068	12 802	11 619	11 293	96 888	96 334
Bauausgaben	2 459	2 161	1 581	1 350	887	730	4 927	4 240
übrige Ausgaben	102 565	103 870	38 265	37 257	21 957	23 410	157 445	158 947
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 17 615</b>	<b>- 16 322</b>	<b>- 3 736</b>	<b>- 3 147</b>	<b>- 5 724</b>	<b>- 4 664</b>	<b>- 27 074</b>	<b>- 24 133</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2005

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %





### 3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Dezember 2004			November 2005			Dezember 2005		
		Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>211 835</b>	<b>230 997</b>	<b>427 261</b>	<b>193 976</b>	<b>202 678</b>	<b>381 420</b>	<b>228 409</b>	<b>235 387</b>	<b>446 729</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	187 005	163 204	350 208	158 365	142 394	300 758	190 150	163 945	354 094
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	231 885 <sup>4</sup>	76 002	307 887	207 594 <sup>4</sup>	76 532	284 127	230 545 <sup>4</sup>	80 843	311 388
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>251 594</b>	<b>256 160</b>	<b>492 184</b>	<b>246 909</b>	<b>233 506</b>	<b>465 181</b>	<b>259 849</b>	<b>259 520</b>	<b>502 302</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	26 758	97 282	124 040	24 668	90 595	115 262	26 372	96 334	122 705
122	Bauausgaben	5 466	4 661	10 127	4 643	3 291	7 934	5 779	4 240	10 019
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	– 15	– 15	–	– 183	– 183	–	– 181	– 181
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	192 486	53 060	245 547	180 125	55 421	235 546	199 482	59 425	258 908
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 39 760</b>	<b>– 25 163</b>	<b>– 64 922</b>	<b>– 52 932</b>	<b>– 30 828</b>	<b>– 83 761</b>	<b>– 31 440</b>	<b>– 24 133</b>	<b>– 55 573</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	0
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen <sup>2</sup>	39 760	21 081	60 841	27 758	20 718	48 476	31 440	21 244	52 685
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 1 563	– 1 563	–	– 1 161	– 1 161	–	– 1 161	– 1 161
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	–	8 262	8 262	13 936	8 452	22 388	0	7 270	7 270
32	Vorschüsse	–	10 230	10 230	–	6 969	6 969	–	7 917	7 917
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	4 009	4 009	–	5 146	5 146	–	5 432	5 432
34	Saldo (31–32+33)	–	2 041	2 041	13 936	6 629	20 565	0	4 785	4 785
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	0	– 3 603	– 3 603	– 11 239	– 4 643	– 15 881	0	735	735
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	5 747	5 747	11 239	4 265	15 504	–	3 186	3 186
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	335	335	–	–	–
56	Zusammen	–	5 747	5 747	11 239	4 600	15 839	–	3 186	3 186
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	2 144	2 144	0	– 43	– 43	0	3 921	3 921
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>5</sup>	–	683	683	–	431	431	–	664	664
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	971	971	–	1 647	1 647	–	2 006	2 006

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. <sup>4</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>5</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.  
Stand: Februar 2006.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklb.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>29 915,6</b>	<b>33 154,9<sup>6</sup></b>	<b>9 152,2</b>	<b>17 033,5</b>	<b>6 575,0</b>	<b>19 014,2</b>	<b>43 814,7</b>	<b>10 541,2</b>	<b>2 464,8</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	22 228,0	25 943,4	4 326,6	13 119,2	2 864,9	14 121,4	34 700,7 <sup>7</sup>	7 168,9	1 855,8
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	550,4	–	417,9	343,6	–	271,9	100,9
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	6 764,5	4 029,3	1 592,2	3 217,5	1 542,9	7 708,5	20 795,0	5 407,4	1 271,4
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>31 610,4</b>	<b>34 365,4<sup>6</sup></b>	<b>9 664,3</b>	<b>17 621,5</b>	<b>6 944,0</b>	<b>21 781,5</b>	<b>50 589,6</b>	<b>11 427,5</b>	<b>3 372,2</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	12 807,7	14 795,3	2 094,6	6 771,3	1 788,1	8 393,5 <sup>3</sup>	20 261,8 <sup>3</sup>	4 660,9	1 282,5
122	Bausausgaben	382,6	839,2	178,9	364,7	233,6	119,0	198,7	61,7	85,8
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	2 309,0	2 159,0	–	1 298,0	–	–	460,9	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 078,1	2 193,2	1 759,3	2 680,6	1 333,5	6 017,6	14 911,6	4 377,0	651,7
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 1 694,8</b>	<b>– 1 210,5<sup>6</sup></b>	<b>– 512,1</b>	<b>– 588,0</b>	<b>– 369,0</b>	<b>– 2 767,3</b>	<b>– 6 774,8</b>	<b>– 886,3</b>	<b>– 907,4</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Landeshaupthauptkasse <sup>2</sup>	1 695,0	2 067,6	23,3	566,3	214,3	1 542,3	5 888,5	905,7	757,7
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>									
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
22		–	– 762,1	–	0,1	–	–	–	–	–
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	1 569,6	1 724,1	210,0	502,9	–44,7	476,8	1 788,8	789,8	66,2
32	Vorschüsse	510,8	4 552,3	11,5	51,3	0,6	605,2	272,4	807,2	4,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	113,5	2 413,2	–	177,6	139,6	713,8	593,2	–1,3	5,2
34	Saldo (31–32+33)	1 172,3	–415,0	198,5	629,2	94,3	585,4	2 109,6	–18,7	66,9
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>1 172,5</b>	<b>–320,0</b>	<b>–290,3</b>	<b>607,6</b>	<b>–60,4</b>	<b>–639,6</b>	<b>1 223,2</b>	<b>0,6</b>	<b>–82,8</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	320,0	393,8	5,4	–	847,0	500,0	–	82,8
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	320,0	393,8	5,4	–	847,0	500,0	–	82,8
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>1 172,5</b>	<b>0,0</b>	<b>103,5</b>	<b>613,0</b>	<b>–60,4</b>	<b>207,4</b>	<b>1 723,2</b>	<b>0,6</b>	<b>0,0</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>8</sup>	–	–	–	–	–	483,4	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupthaupt- kasse/Landeshaupthauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	713,8	593,2	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Januar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 33 076,5 Mio. €, die Ausgaben 34 150,6 Mio. € und der Finanzierungssaldo –1 074,1 Mio. €. <sup>7</sup> NW – Darin enthalten 654,4 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>8</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshaupthauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>9</sup> HH – lt. vierteljährlicher Kassenstatistik (SFK3) Kreditmarktmittel (brutto): 2 149,0 Mio. € und Tilgungsausgaben: 2 038,6 Mio. €. Stand: Februar 2006.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>15 341,2</b>	<b>9 134,4</b>	<b>6 833,3</b>	<b>8 058,3</b>	<b>18 351,1</b>	<b>3 079,8</b>	<b>9 655,7</b>	<b>235 387,1</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	7 143,0	4 239,7	5 026,8	3 900,9	8 120,3	1 803,1	7 382,2	163 944,9
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	954,6	563,5	108,6	558,8	2 504,3	358,3	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 940,5	6 379,4	4 367,5	2 505,3	11 137,1	2 074,1	110,4 <sup>9</sup>	80 843,0
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>	<b>15 544,4</b>	<b>10 187,1</b>	<b>8 326,0</b>	<b>9 068,7</b>	<b>21 583,1</b>	<b>4 143,5</b>	<b>10 023,8</b>	<b>259 520,2</b>
	für das laufende Haushaltsjahr								
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	4 163,5	2 320,2	3 265,6	2 435,6	6 645,7	1 278,4	3 368,8	96 333,5
122	Bausubstanz	650,9	73,4	108,8	213,2	210,0	113,7	405,8	4 240,0
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	6,0	–	–	–	318,5	–181,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 679,4	5 325,1	2 822,2	1 514,7	7 548,6	1 532,6	– <sup>9</sup>	59 425,2
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 203,2</b>	<b>– 1 052,7</b>	<b>– 1 492,7</b>	<b>– 1 010,4</b>	<b>– 3 232,0</b>	<b>– 1 063,7</b>	<b>– 368,1</b>	<b>– 24 133,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	109,2	1 052,7	1 547,9	987,7	3 261,3	511,6	113,3	21 244,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–399,2	–	–	–	–1 161,2
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	312,0	85,8	–	–290,9	–275,3	151,9	202,9	7 269,9
32	Vorschüsse	558,6	150,9	–	50,0	–	97,6	243,8	7 916,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	290,3	40,3	–	3,0	260,6	340,8	342,3	5 432,1
34	Saldo (31–32+33)	43,7	–24,8	– <sup>5</sup>	–337,9	–14,7	395,1	301,4	4 785,3
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–50,3	–24,8	55,2	–759,8	14,6	–157,0	46,6	735,3
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	761,9	–	160,1	115,0	3 186,0
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	–	761,9	–	160,1	115,0	3 186,0
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	–50,3	–24,8	55,2	2,1	14,6	3,1	161,6	3 921,3
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>8</sup>	–	–	–	–	–	–	180,7	664,1
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,6	260,6	95,4	342,3	2 005,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Januar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 33 076,5 Mio. €, die Ausgaben 34 150,6 Mio. € und der Finanzierungssaldo –1074,1 Mio. €. <sup>7</sup> NW – Darin enthalten 654,4 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>8</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>9</sup> HH – lt. vierteljährlicher Kassenstatistik (SFK3) Kreditmarktmittel (brutto): 2 149,0 Mio. € und Tilgungsausgaben: 2 038,6 Mio. €. Stand: Februar 2006.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,1	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,3	0,9	17,4
2005	38,8	– 0,2	51,6	3,9	9,1	0,9	1,1	1,5	17,1
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3
2005/2000	39,0	– 0,2	51,3	3,4	8,1	0,7	0,9	1,4	18,7

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	- 0,0
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,6
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,5	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,8
2003	0,9	1,0	1,0	0,8	1,5	1,1	0,7
2004	2,4	0,8	- 0,2	0,9	1,4	1,6	- 0,9
2005	1,3	0,5	- 1,5	1,0	1,4	2,0	- 0,9
2000/1995	2,2	0,2	- 1,1	0,5	0,8	1,3	0,0
2005/2000	1,7	1,0	0,2	1,0	1,4	1,6	0,1

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlands-konzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,12	47,69	35,7	31,2	4,5	2,2
2003	0,9	2,5	87,56	45,66	35,7	31,7	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	109,46	82,36	38,0	33,1	4,9	3,7
2005	7,0	7,7	112,07	88,44	40,2	35,2	5,0	3,9
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,5	3,0	76,0	39,4	36,3	32,8	3,5	1,8

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reale Nettolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p. a.	
				in %			
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,3	2,8	0,7	71,4	72,3	1,4	- 0,2
2003	1,2	3,6	0,2	70,7	71,8	1,2	- 0,9
2004	3,6	11,7	0,3	68,4	69,8	0,5	0,8
2005	1,5	6,0	-0,5	67,0	68,7	0,4	- 0,8
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	- 0,1
2005/2000	2,0	5,5	0,5	70,2	71,4	1,0	0,1

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).  
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>2,2</b>	<b>5,7</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,6</b>	<b>0,8</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,4	2,1	2,0
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,6	2,1	2,7	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,6	4,7	3,5	3,4	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,1	2,7	3,0	3,1	3,4	3,2	3,0
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,5	1,8	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,4	4,8	5,0
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	0,4	0,3	1,2	0,2	1,5	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	2,5	2,9	4,5	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	- 0,1	1,7	0,5	2,0	2,4
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,7	1,9	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,8	0,5	- 1,2	1,2	0,4	0,8	1,2
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	1,9	3,5	3,1
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	2,0	1,5	3,6	2,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,2	1,6	2,3	2,8
Euro-Zone	2,4	3,6	2,5	3,8	0,9	0,7	2,1	1,3	1,9	2,1
EU-15	2,6	3,0	2,6	3,8	1,1	1,1	2,3	1,4	2,0	2,2
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	8,4	7,2	7,4
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	6,4	7,2	8,3	9,1	7,7	7,1
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,0	6,2	5,8
Malta	-	-	6,2	6,4	0,8	- 1,9	0,4	0,8	0,7	1,1
Polen	-	-	7,0	4,0	1,4	3,8	5,3	3,4	4,3	4,5
Slowakei	-	-	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	5,1	5,5	6,3
Slowenien	-	-	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,8	4,0	4,2
Tschechien	-	-	5,9	3,9	1,5	3,2	4,4	4,8	4,4	4,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	2,9	4,2	3,7	3,9	3,9
Zypern	-	-	9,9	5,0	2,1	1,9	3,8	3,9	4,0	4,2
EU-25	-	-	2,7	3,8	1,2	1,2	2,4	1,5	2,1	2,4
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	- 0,3	1,4	2,7	2,5	2,2	1,8
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

- = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Stand: November 2005.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>1,9</b>	<b>1,3</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>1,6</b>	<b>1,1</b>
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,7	2,6	1,9
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	1,9
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,1	3,0
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,6	3,3	2,6
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	2,0	2,1	1,9
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,5	2,4
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,1	1,9
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	4,1	4,4	2,2
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,7	2,0	1,9
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,2	2,1	1,7
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,2	2,7	2,2
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	1,0	1,4	1,3
Schweden	2,7	2,0	2,3	1,0	0,7	1,4	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,4	2,2	2,0
Euro-Zone	2,4	2,3	2,1	2,1	2,3	2,2	1,8
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,3	2,2	1,9
Estland	2,5	3,6	1,4	3,0	4,1	3,3	2,6
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,8	6,0	4,8
Litauen	1,3	0,4	– 1,1	1,1	2,6	2,8	2,9
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	3,1	2,6	2,2
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	2,3	2,5
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,9	3,6	2,1
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,5	2,5
Tschechien	4,5	1,4	– 0,1	2,6	1,7	2,9	2,6
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,7	2,0	3,0
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1	2,1
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,3	2,2	1,9
Japan	– 0,6	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,2	0,3	2,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,3	2,9	2,2

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.  
Stand: November 2005.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,2</b>	<b>8,2</b>	<b>9,0</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>9,3</b>	<b>9,1</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,3	8,0	7,9	8,0	7,9	7,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,6	5,6	5,4	4,6	4,2	4,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	10,4	10,0	9,7
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,4	11,5	11,5	11,0	9,2	8,5	8,1
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,6	9,3	8,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,3	4,6	4,5	4,3	4,4	4,5
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,6	7,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,6	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	5,1	4,9	4,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,0	5,0	5,1
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	5,0	6,3	6,7	7,4	7,7	7,8
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,8	7,2
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	6,8	5,9	5,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,6	4,9	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,3	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,1
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,6	7,9	8,1	7,9	7,7	7,4
Estland	–	0,6	9,7	12,5	9,5	10,2	9,2	7,2	6,0	5,4
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,6	10,4	9,8	9,7	9,4	9,3
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,7	10,9	9,0	8,1	7,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,7	8,0	7,6	7,2	7,1	7,1
Polen	–	–	13,2	16,4	19,8	19,2	18,8	17,8	16,8	15,5
Slowakei	–	–	13,3	18,7	18,7	17,5	18,2	16,7	16,2	15,8
Slowenien	–	–	6,9	6,6	6,1	6,5	6,0	5,8	5,7	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,5	7,4
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,8	6,0	7,0	6,9	6,7
Zypern	–	–	3,9	5,2	3,9	4,5	5,2	4,9	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,6	8,6	8,7	9,0	9,0	8,7	8,5	8,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,5	4,2	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	5,0	5,3

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Stand: November 2005.



## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft der unabhängigen Staaten</b>	<b>7,9</b>	<b>8,4</b>	<b>6,0</b>	<b>5,7</b>	<b>12,0</b>	<b>10,3</b>	<b>12,6</b>	<b>10,5</b>	<b>6,3</b>	<b>8,3</b>	<b>10,6</b>	<b>10,3</b>
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,2	5,5	5,3	13,7	10,9	12,8	10,7	8,2	10,3	13,2	13,0
Ukraine	9,6	12,1	5,5	5,4	5,2	9,0	14,2	12,1	5,8	10,5	5,0	0,2
<b>Asien</b>	<b>7,5</b>	<b>7,9</b>	<b>7,3</b>	<b>6,9</b>	<b>2,4</b>	<b>4,0</b>	<b>3,9</b>	<b>4,4</b>	<b>4,3</b>	<b>4,1</b>	<b>3,7</b>	<b>3,4</b>
darunter												
China	9,5	9,5	9,0	8,2	1,2	3,9	3,0	3,8	3,2	4,2	6,1	5,6
Indien	7,4	7,3	7,1	6,3	3,8	3,8	3,9	5,1	1,2	− 0,1	− 1,8	− 2,0
Indonesien	4,9	5,1	5,8	5,8	6,8	6,1	8,2	6,5	3,4	1,2	− 0,4	0,7
Korea	3,1	4,6	3,8	5,0	3,5	3,6	2,8	2,9	2,0	4,1	2,0	1,5
Thailand	6,9	6,1	3,5	5,0	1,8	2,7	4,2	2,7	5,6	4,5	− 2,5	− 2,5
Türkei <sup>2</sup>	5,8	8,9	5,0	5,0	25,2	10,3	8,4	6,9	− 3,3	− 5,1	− 5,6	− 5,3
<b>Lateinamerika</b>	<b>2,2</b>	<b>5,6</b>	<b>4,1</b>	<b>3,8</b>	<b>10,6</b>	<b>6,5</b>	<b>6,3</b>	<b>5,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>
darunter												
Argentinien	8,8	9,0	7,5	4,2	13,4	4,4	9,5	10,4	5,8	2,0	1,3	0,1
Brasilien	0,5	4,9	3,3	3,5	14,8	6,6	6,8	4,6	0,8	1,9	1,7	0,7
Chile	3,7	6,1	5,9	5,8	2,8	1,1	2,9	3,3	− 1,5	1,5	0,3	− 0,7
Mexiko	1,4	4,4	3,0	3,5	4,5	4,7	4,3	3,6	− 1,4	− 1,1	− 1,1	− 0,8
Venezuela	− 7,7	17,9	7,8	4,5	31,1	21,7	16,6	18,0	13,6	12,7	15,9	14,9

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

<sup>2</sup> Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2005.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100 %

(3. Januar 2005 bis 15. März 2006)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Schlussstände 15.3.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	11 210	10 718	4,59	10 012	10 941
Eurostoxx 50	3 536	3 349	5,59	2 763	3 364
Dax	5 898	5 408	9,06	4 258	5 459
CAC 40	5 128	4 715	8,75	3 816	4 773
Nikkei	16 319	16 111	1,29	15 060	16 344

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Schlussstände 15.3.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2005	Hoch 2005
			in %		
USA	4,73	4,40	–	3,89	4,66
Bund	3,67	3,30	– 1,06	3,02	3,78
Japan	1,73	1,47	– 3,01	1,17	1,78
Brasilien	13,96	6,90	9,23	6,90	9,43

### Währungen

	Schlussstände 15.3.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,21	1,18	1,93	1,17	1,36
Yen/Dollar	117,34	117,92	– 0,49	102,05	121,00
Yen/Euro	141,61	139,32	1,64	131,00	143,19
Pfund/Euro	0,69	0,69	0,42	0,66	0,71







**HERAUSGEBER:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN  
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
ODER  
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

**REDAKTION:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT  
[REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE](mailto:REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE)  
BERLIN, MÄRZ 2006

**SATZ UND GESTALTUNG:**

HEIMBÜCHEL PR,  
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,  
BERLIN/KÖLN

**DRUCK:**

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES  
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 88 / 80 80 800  
(0,12 €/MIN.)  
PER TELEFAX 0 18 88 / 10 80 80 800  
(0,12 €/MIN.)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.